

So, den Versuch gemacht hätte, sich vermittelnd zwischen den Parteien einzufügen. Der Handelsminister Müller hat seinen Trevel im Jahre 1905 mit seinem Sturz hüben müssen. Bis zum letzten Augenblick haben auch diesmal die Grubenherren ihren Herrenstandpunkt gewahrt. Auch noch die verschiedenen Forderungen beantworteten sie mit der höhnischen Erklärung, daß allgemeine Lohnerböhrungen mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse der einzelnen Reviere unmöglich seien, daß Ueberhöhrungen bei steigender Konjunktur nicht entbehrlich seien, und daß sie die geleglich den Unternehmern zur Last fallenden erhöhten Anforderungen der Reichsversicherungsordnung nicht tragen könnten.

Neben diesem mächtigen Gegner stand die Treulosigkeit der Christlichen. Ihre früheren Zusicherungen, sich in die Reihen der Kämpfenden zu stellen, bielten sie nicht. Nach leeren Ausflüchten kam der offene Verrat. Dazu der mächtige wirtschaftliche Druck der Grubenherren: die Androhung der Strafschichten, die Kündigung der Werkswohnungen. Nur wer die große wirtschaftliche Abhängigkeit kennt, in die die Bergherren die Bergarbeiter zu zwingen wußten, kann ermessen, von wie großem Einfluß das auf die Lohnbewegung sein mußte.

Die drei vereinigten Bergarbeiterverbände hatten diese Schwierigkeiten nicht gering geschätzt. Doch zu oft schon mußten sie die Bergarbeiter zur Zurückhaltung mahnen, da der Kampf zu wenig Chancen versprach. So erst bei Einführung des Zwangsarbeitsnachweises, damals schon stieg der Groll bei den Bergarbeitern hoch, doch den Verhandlungen gelang es noch einmal, den Kampf zu ungünstiger Zeit nicht ausbrechen zu lassen.

Jetzt erschien die Situation günstig. Die Konjunktur war äußerst gut. Die Unzufriedenheit der Bergarbeiter hatte durch die jahrelangen Schikanen den Höhepunkt erreicht. Die Vergleute drängten energisch zum Kampf. In allen anderen Industrien hatten sich die Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen erkämpft. Nur der Bergmann mußte die Lebensmittelerzeugung ohne Lohnerböhrung ertragen. Seit Jahren schon hatte die Organisation der Bergarbeiter keine wesentlichen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen verschaffen können. Gätte in dieser Situation die Verhandlungsweg wieder eine zuwartende Stellung eingenommen, die Mitglieder tröten über die Verhandlungsweg hinweg zum offenen Kampfe geschritten. Es hätte viele wilde, völlig undisciplinierte Streiks gegeben, deren Ausschließlichkeit von vornherein feststehen mußte.

Am Montag früh voriger Woche setzte der Streik nicht allzu stark ein. Aber schon die Mittags- und Abenddicht zeigte große Beteiligungsziffern. Und am Dienstag war die Zahl der Streikenden eine so hohe, daß der Erfolg des Streiks verbiligt erschien.

Doch die Machinationen der Gegner verfehlten ihre Wirkung nicht. Am Montag und Dienstag in dieser Woche sank die Zahl der Streikenden sehr rapide. Nur 150 000 Streikende wurden am Dienstag noch gezählt, nur etwa 45 Proz. der Belegschaften. Eine Fortführung des Streiks unter solchen Umständen mußte den Erfolg zweifelhaft erscheinen lassen. So haben sich die Verhandlungen der drei Verbände gezwungen, den Stand des Streiks einer Vertrauensmännerkonferenz zu unterbreiten.

In dieser Vertrauensmännerkonferenz der drei Verbände, die Dienstag in Bochum stattfand und die von 577 stimmberechtigten Delegierten besucht war, stimmten 349 für die Fortsetzung des Streiks, 215 für die Beendigung. Da also eine Zweidrittelmajorität für die Fortsetzung des Streiks nicht erreicht worden war, beschloß die Konferenz den Abbruch des Streiks.

Die Delegierten, die für die Aufhebung des Streiks sprachen, wiesen auf die Faltung der Polizei, auf die Haltung der bürgerlichen Presse, auf den Streikbruch der Christlichen und auf die Drohung der Bergherren hin, wodurch der Streik immer mehr abflauen mußte. Die Presse habe die Bergarbeiter verhöhrt gemacht durch falsche Zahlen, falsche Gerüchte und durch Verleumdungen gemeinsten Art. Besonders die Zentrums Presse und der Gewerbeverein christlicher Arbeiter hätten das Menschenmögliche geleistet, um die Bergarbeiter den Grubenbesitzern auszuliefern. Die gleichen oder noch stärkeren Wirkungen hätten die Werkdrohungen gehabt. Wenn auch die größte Zahl der im Streik befindlichen auf Wochen noch aushalten würde, so sei an einen rechten Erfolg kaum zu denken. Die streikenden Bergarbeiter geben den Streik auf. Sie wissen, in welcher Weise die Organisationen in Zukunft zu arbeiten hätten: Stärkere Organisationen, bessere Aufklärung der Bergarbeiter sei dringend notwendig. Trotz der Stärke der Bergarbeiterverbände habe die noch herrschende Herplitterung unter den Bergarbeitern wesentlich zum Wippen des Streiks beigetragen.

Selbstverständlich war die Stimmung über den Abbruch des Streiks eine sehr geteilte. Am allerwenigsten waren diejenigen Vertrauensleute für eine Aufhebung des Streiks, die aus stark bestreikten Revieren kamen; das war deutlich am Abstimmungsresultat erkennbar. Wenn trotzdem auch sie zum Teil für Aufhebung des Streiks stimmten, so deshalb, um den Streik nicht weiter abflauen zu lassen. Den Kampf, so meinten sie, habe man in allen Bezirken gemeinsam begonnen, man solle ihn jetzt auch gemeinsam aufheben.

Bemerkenswert ist, daß die Delegierten durchaus keine Niedergeschlagenheit zeigten. Sie erkannten klar und offenen Auges die Situation. Sie sprachen sich so aus und handelten so, wie es sich für organisierte Arbeiter gebührt. Mancher erklärte: Der Streik sei aufgeschoben, nicht aufgehoben!

Nach reichlicher Diskussion machte die Konferenz eine Pause. Die Unterhaltung an den Tischen wird sehr lebhaft geführt. Da ertönt die Glocke des Vorsitzenden. Lautlose Stille! Gusemann gibt das Abstimmungsresultat bekannt, das mit großer Ruhe entgegengenommen wird. Nach Gusemann spricht Hue, der folgende Resolution unterbreitet:

Die heutige Revierkonferenz der drei Bergarbeiterverbände protestiert mit Entrüstung gegen die Ueberstimmung des Streikgebiets mit Polizisten, Gendarmen und Militär und gegen die im Anschluß an diese ungeschickliche Maßregel vielfach eingetretene Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der streikenden Vergleute durch Verzeigerung und Verhaftung der geschicktesten Streikposten, durch Aufhebung von Streikbureaus, durch Versammlungverbote, unbegründete Versammlungsauflosungen, durch das Verhindern der Verbreitung aufklärender und beruhigender Druckschriften an die Streikenden und an die

übrige Bevölkerung durch Bedrängung und Einschüchterung der Streikenden und der übrigen Volksteile, durch außerordentlich rücksichtslos vorgehende Polizeimassnahmen, durch die aus rein wirtschaftlichen Gründen unternommene Lohnbewegung der Vergleute in unerhörter Weise niedergedrückt worden ist. Von der arbeitserfeindlichen Presse wurde mit Erfolg alles daran gesetzt, um durch sensationelle Aufblasung auch der kleinsten Zwischenfälle, sogar durch freie Erfindung von Nachrichten über vorgekommene Unruhen die öffentliche Meinung gegen die Streikenden aufzuheben. Die aus der Luft gegriffenen Nachrichten der für die Arbeiter ungünstigen Diktionen über die Streikbeteiligten kann die über ein großes Gebiet verteilte Waffe der Streikenden irreführen und nach und nach so auseinanderreißen, daß es nicht mehr möglich ist, den Kampf mit Aussicht auf Erfolg weiterzuführen. Die Konferenz hat deshalb beschlossen, den Streik sofort aufzuheben und fordert die Kameraden auf, diesem Beschluß zu folgen.

Die Konferenz erklärt, daß nur die rigorosen Maßregeln gegen die staatsbürgerlichen Rechte und die systematische Verzeigerung und Verhehlung der öffentlichen Meinung durch die arbeitserfeindliche Presse es vermocht haben, den Kämpfenden ihren Erfolg aus der Hand zu schlagen. Hierzu hat die Waffe Streikbruchhe der Führer des sogenannten christlichen Gewerbevereins, die sich als größere Arbeiterführer erwiesen haben als die Gelben, ein Bedeutendes beigetragen. Dieses skandalöse Gebahren hat die christlichen Streikführer der Verachtung aller ehrlichen Arbeiter überwiefen. Die Konferenz fordert alle Bergarbeiter auf, durch Stärkung der an diesem Kampfe beteiligten Organisationen dazu beizutragen, daß wir möglichst bald auf dem Kampfplatze erscheinen können.

Die Konferenz ging in völliger Ruhe und Einigkeit auseinander. Von den streikenden Bergarbeitern ist zu hoffen, daß sie einmütig, wie sie die Arbeit niedergelegt haben, nun auch die Arbeit wieder aufnehmen. Manche Niederlage haben die Gewerkschaften ertragen müssen, ohne deshalb den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auch nur zurückstellen zu müssen. Der Sieg der Gewerkschaften führt über schwere Hindernisse. Manche stolze Feste des Kapitalismus fiel nach wiederholtem, starkem Ansturm der organisierten Arbeiter. Auch für die Bergarbeiter wird die Zeit kommen, wo die Zwingburg der Bergherren fallen wird. Stärkung der Organisation, Geschlossenheit und Einigkeit im Handeln sind die nächsten Aufgaben, um dieses Ziel erreichen zu können.

Die Versammlungen der Bergarbeiter.

Dortmund, 19. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Im ganzen Ruhrrevier fanden heute Versammlungen statt, in denen über die Konferenz berichtet wurde, die den Abbruch des Streiks beschloß. Die Versammlungen verliefen ruhig und stimmten den Gründen der Revierkonferenz zu. Etwas stürmisch ging es zu Anfang in der von etwa 3000 Bergarbeitern besuchten Versammlung in der Robertsburg zu Dortmund zu. Es wurde gegen den Abbruch des Streiks protestiert. Nach einer längeren Aussprache wurde jedoch die Resolution der Konferenz gutgeheißen. Im Dortmunder Revier stand der Streik am günstigsten für den alten Verband. Der anfängliche Protest ist daher sehr leicht zu verstehen.

In der Essener Versammlung wurde besonders betont, daß die Streikenden sich morgen beim Streikbureau zu melden haben, um dann geschlossen erhöhten Forderungen zu den Forderungen zu gehen.

Sieg der Streikenden in Lothringen.

Saarbrücken, 19. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Streik auf den Felsen Saar und Mosel ist mit einem vollen Erfolg der Arbeiter beendet worden. Es ist eine Lohnerböhrung von 46 Pfennigen zugesprochen worden, so daß der Durchschnittslohn von 1907 wieder erreicht ist. Auch wurde die Erfüllung seiner Forderungen zugesichert.

Der Stand des Bergarbeiterstreiks in Sachsen.

In Lugau im Oelsnitzer Bezirk haben Dienstag früh beim Schichtwechsel abermals große Scharen von Vergleuten ihre Abmeldung gegeben. Die Streikbeteiligung wird auf 70 Proz. angegeben, das sind von 10 400 Arbeitern etwa 7000. Zwei Werke haben vollkommen geschlossen und haben den Rest ihrer Belegschaft an andere Gruben abgegeben. In Zwickau streiken von 13 000 Bergarbeitern nahezu 8000. Auf Keitners Schacht sind beim Abendwechsel nur sechs Arbeiter angefahren. Auf den Vereinseinschichtwerken, die eine Belegschaft von 900 Mann zählen, sind Dienstagabend nur 30 angefahren; auf Gottesgacht sind nur 40 Streikbrecher vorhanden. Auf dem Vertrauensschacht, der bisher in drei Schichten arbeitete, wurden nur zwei Schichtwechsel gefahren.

Die öffentliche Meinung ist auf Seiten der Bergarbeiter. Die bürgerliche Presse erkennt rücksichtslos an, daß die Kampfführung der Vergleute durchaus von Ruhe und Besonnenheit getragen sei. Auch von öffentlichen Personen, selbst von Geistlichen und Gendarmen, wurde das ausgesprochen und zugleich bemerkt, es sei ein großes Unrecht, daß die Grubenbesitzer den Vergleuten die Lohnerböhrung verweigern, da doch feststehe, daß die Lohnerböhrung allein, wenn die Bergherren nicht einen Extraprofit herauszuschlagen beabsichtigen, den Preis der Kohle um nicht ganz 30 Pf. pro Tonne steigern würde.

Die Grubenbesitzer bestreiten in Einzelabends in bürgerlichen Blättern die Richtigkeit der vom Ministerialdirektor Böhle im Landtag gegebenen Darlegung, daß die Bergarbeiterlöhne seit 1907 bis 1910 ununterbrochen gefallen seien. Ein Werk hat der Belegschaft bekanntgegeben, daß allerdings bis zum Jahre 1910 der Lohnrückgang pro Arbeiter und Jahr 48 M. betragen habe, daß aber allein im Jahre 1911 der Lohn um 51 M. gestiegen sei. Die Bergarbeiter erklären, davon nichts gemerkt zu haben.

Sonstige Streiknachrichten.

Jabray, 19. März. Eine Bewegung der Schlepper vom Hermannsschacht hat in ziemlichem Umfang auf die Verembasschichte übergegriffen und scheint sich auf den Georgschacht auszudehnen zu wollen, während auf dem Westfelde alles ruhig ist. Bei der gestrigen Nachtschicht fehlten auf dem Hermannsschacht 319 von 684 und auf dem Verembasschichten 233 von 684 Mann. Heute früh fuhren auf dem Hermannsschacht 581 von 777, auf den Verembasschichten 255 von 702 und auf dem Georgschacht 95 von 506 Mann ein.

Hannover, 19. März. Wie aus Warfinghausen gemeldet wird, ist die Streiklage gegen gestern unverändert. In Hannover sind 20 Schulleute eingetroffen, die auf die verschiedenen in Verzeicht kommenden Orte verteilt sind.

Hildesburg, 19. März. Heute nachmittags fanden in verschiedenen Orten des Harzentrums stark besuchte Versammlungen des fiscalischen Gesamtlohlenbergwerks in Obergöttingen statt, in denen über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Arbeiterausschuß und Vertretern des Bergamts beraten wurde. Die von dem Bergamt zugestandene Erhöhung des Schichtlohnes um 10 Pf. ab 1. April wurde als unzureichend bezeichnet und dann mit etwa Fünftel Mehrheit der Streik

endgültig beschlossen. Die Gesamtbelegschaft beträgt etwa 2500 Arbeiter.

Der Streik in Nordfrankreich.

Balenciennes, 19. März. Die Delegierten der Syndikatsabteilungen haben den Streik beschlossen. Man werde versuchen, ihn zu einem Generalstreik zu machen. Die Vergleute des Gebietes von Abbecon stimmten gleichfalls für den Streik; sie fordern den achtstündigen Arbeitstag, und nach 25 Jahren Arbeit eine Pension von 2 Frank täglich.

Balenciennes, 19. März. Der Streik der Bergarbeiter breitet sich über das ganze Revier aus. Von 13 000 streiken 6500 Mann.

In Böhmen.

Prag, 19. März. In Prag sind bei der Nachmittagschicht von 738 Vergleuten 634 nicht angefahren. Zum Schutz der Arbeitswilligen ist Gendarmerie aufgeboden worden. Im Teplicher Gebiet wird der Ausstand für den 31. März angekündigt, falls die Forderungen unbeantwortet bleiben. Doch hält ein Teil der Arbeiterschaft diesen Zeitpunkt für zu weit hinausgeschoben mit Rücksicht auf die der Lösung sich nähernde Streiklage in Deutschland und England.

Im Radnoer Revier haben die Grubenbesitzer beschlossen, eine Lohnerböhrung vom 1. April ab in Aussicht zu stellen.

Das Minimallohngesetz in England.

London, 19. März. Unterhaus. Premierminister Asquith brachte heute bei stark besetztem Hause den Gesetzentwurf über den Mindestlohn in der Kohlenindustrie ein. Er erklärte, daß er diese Maßregel nur mit großem und aufrichtigem Bedauern vorschläge, aber eine jämmerliche Annahme des Gesetzentwurfes sei absolut notwendig zum Besten des Landes, und die Regierung habe zu einem Gesetz erst ihre Zustimmung genommen, als jede Hoffnung auf eine Verlegung des Streiks durch Vergleich geschwunden war. Er erläuterte dann den Gesetzentwurf, der festsetzt, daß den unter Tage Arbeitenden ein Mindestlohn gezahlt werden soll. Dieser Lohn soll von dem Augenblick an zahlbar sein, wo die Arbeiter ihre Arbeit wieder aufnehmen, und soll durch Bezirksausschüsse festgesetzt werden. Die Bezirksausschüsse würden auch Bestimmungen ausarbeiten, um die Regelmäßigkeit der Arbeit zu sichern, während der Arbeiter berechtigt sein würde, den Arbeitgeber wegen des Mindestlohnes zu verklagen. Andererseits enthält der Entwurf keinerlei Strafbestimmungen. Der Arbeitgeber hat dem Arbeiter unter Tag nicht weniger Lohn zu zahlen, als in dem Entwurf bestimmt werden wird. Indessen wird der Entwurf den Grubenbesitzern nicht zwingen, seine Kohlengrube zu öffnen, ebensowenig wie den Arbeiter dazu, einzufahren. Ein Zwang wird also noch keiner Seite hin ausgeübt werden. Auch ist der Entwurf nur eine vorübergehende Maßnahme, die drei Jahre lang in Kraft bleiben wird. Er, Asquith, glaube und hoffe, daß der Entwurf Erfolg haben werde. Aber das ist alles, was vom Parlament augenblicklich verlangt wird. Die Stellung des Parlaments würde durch diese Maßnahme gefestigt sein, wenn es, was der Himmel verhüten möge, zu anderen und abweichenden Maßregeln gezwungen sein würde, um die Industrie und das Volk gegen Lähmung und Not zu schützen.

Wonaq Law erklärte es für möglich, daß das von der Regierung vorgeschlagene Mittel gegen die herrschende Notlage sich als weit gefährlicher herausstellen könnte, als die Notlage selbst. In dem Entwurf sei keine von den Bürgerchaften gegen eine Verminderung der Kohlenförderung vorgesehen, die Asquith den Grubenbesitzern versprochen habe. Die Lage sei die, daß die Bergarbeiterorganisation so mächtig gewesen sei, daß sie einen Druck auf die Regierung und das Parlament ausüben konnte, um ihre Forderungen durchzusetzen, und dadurch, daß das Haus den Entwurf annehme, würde es jeden anderen Handelszweig, der eine starke Organisation besäße, auffordern, seine Macht zur Erreichung desselben Erfolges zu gebrauchen, und die Bildung neuer Organisationen hervorzuufen? wo sie augenblicklich noch nicht beständen.

Ramsay MacDonald erklärte, jedermann wüßte den Streik unter Bedingungen beilegen zu sehen, die von den Grubenbesitzern verwirklicht und von den Arbeitern angenommen werden könnten. Wenn der vorliegende Entwurf dies erreichte, so würde die Arbeiterpartei ihre Unterstützung dazu geben. Obgleich sie für die Aufnahme von gewissen Bürgerchaften in den Entwurf einträte, würde sie doch alles tun, was in ihrer Macht stehe, um die Durchbringung des Gesetzes noch in dieser Woche zu sichern.

Eine mißlungene Staatsaktion.

Vor einiger Zeit erschienen in der Buchhandlung Vorwärts mehrere Beauftragte der Polizei, um nach den vorhandenen Exemplaren der Gedichtsammlung „Von unten auf“, herausgegeben von Franz Diederich, zu fahnden und die Exemplare in Beschlag zu nehmen. Die Staatsanwaltschaft glaubte in mehreren der in die Sammlung aufgenommenen Gedichte auf räthrerische Tendenzen entdeckt zu haben, denn sie eröffnete nach der Beschlagnahme des Werkes gegen den Genossen Weber als Verleger ein Strafverfahren wegen Uebertretung der §§ 111 und 130 des Strafgesetzbuches.

In schreiendem Widerspruch zu den Anschauungen der verschiedensten bürgerlichen Literaturkennner stand natürlich auch der Beschluß des Amtsgerichts, das die Beschlagnahme verfügte. Das eigenartige Kulturdelikt lautet:

Beschluß.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird die Beschlagnahme der Druckschrift „Von unten auf“, ein neues Buch der Freiheit, gesammelt von Franz Diederich, Berlin, 1911, Verlag Buchhandlung Vorwärts (Hans Weber), bestehend aus 2 Bänden, beschlossen, soweit folgende Gedichte darin enthalten sind:

- Band I S. 287 1. Der Tag wird kommen.
- Band I S. 300 2. Den Reichen.
- Band II S. 72 3. Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.
- Band II S. 76 4. Die Arbeiter an ihre Bräder.
- Band II S. 79 5. Die Internationale.
- Band II S. 87 6. Lösung der Arbeiter: Wese der Welt.
- Band II S. 91 7. Am Ausgang des Jahrhunderts.
- Band II S. 96 8. Selbstgespräch eines Proletariers.
- Band II S. 297 9. Käthehuter März.

In den Gedichten werden die einzelnen Klassen der Bevölkerung zueinander in Gegensatz gebracht, die Reichen und die Armen, die Besitzenden und die Nichtbesitzenden, die Arbeiter und die Angehörigen anderer sozialer Schichten. Die Besitzenden werden als Bedränger, Drohnen, Ausbeuter, die Arbeiter als Bedrückte, Geknechtete, Ausgebeutete, Dienen bezeichnet, deren Lohn für ihr mühseliges Arbeiten und Schaffen geizige und körperliche Anecktschaft sei.

Unter faischer und übertriebener Schilderung seiner Lage wird der Arbeiterstand aufgefordert, sein Loch abzuschütten und die Ketten der Anecktschaft zu sprengen. Dabei ist nicht an den Kampf mit geistigen Waffen oder auf wirtschaftlichem Boden gedacht, vielmehr wird unter Hinweis auf die Macht, die die Klasse der Arbeiter in ihrer Gesamtheit in den Händen hat, zu gewalt-

famer Befreiung von den Banden angezeit; der Revolution wird zugerufen, wiederzukehren.

Die aufwühlende Eigenschaft des Inhalts der Gedichte wird noch gesteigert durch die in das Werk eingestreuten Bilder, die entweder geschichtliche Zustände wiedergeben oder in anderer Weise die Auflehnung des Volkes gegen die bestehende Ordnung darstellen oder das Elend an Angehörigen des Arbeiterstandes veranschaulichen sollen. Bezeichnend ist auch das Bild in Bd. II S. 272, das die Fälligkeit von Aufständischen wiedergibt.

Nicht ohne Absicht in gleicher Hinsicht sind auch die Ueberschriften der Unterabteilungen des Werkes gewählt, so bei den Gedichten oben Nr. 1 und 2: „Ich bin das Schwert“, bei den Gedichten Nr. 9: „Opferblut — Heldengut“, bei den Gedichten Nr. 3—8: „Majenschrift“.

Das Gedicht Nr. 4 wendet sich an die Soldaten mit der Aufforderung, den Gehorsam zu verweigern; die Gedichte enthalten danach die Tatbestandsmerkmale des § 130 des Strafgesetzbuchs, in einem Falle, dem des Gedichts Nr. 4, die des § 111 des Strafgesetzbuchs. Die sie enthaltenden Teile der Sammlung unterliegen gemäß § 94 der Strafprozedurordnung, § 20 des Preßgesetzes der Eingekerkelung und sind deshalb zu beschlagnahmen.

Berlin, den 19. Dezember. Königl. Amtsgericht Mitte, Abt. 125; gez. Manns. Für richtige Abschrift: Berlin, den 9. Januar 1912. gez. (Unterschrift), Sekretär.

Inzwischen scheint die Anklagebehörde sich bei einigen Sachverständigen über den hohen literarischen Wert der Gedichtsammlung Auskunft geholt zu haben, denn das, was wir im voraus wußten, ist eingetroffen. Die Oberstaatsanwaltschaft mußte auf die eingelegte Beschwerde gegen die Beschlagnahme des Werks wieder freisprechen. Dem Verleger ging gestern das folgende Schreiben der Staatsanwaltschaft zu:

Das gegen Sie wegen Preßvergehens betreffend das Buch: Diederich „Von unten auf“ geführte Vorverfahren habe ich eingestellt.

Die beschlagnahmten Exemplare werden den Stellen, bei denen sie beschlagnahmt sind, alsbald wieder zugehen.

Bei etwas besserer Kenntnis der Literatur hätte sich die Staatsanwaltschaft die unausbleibliche Blamage nicht gezogen. Handelte es sich doch bei den beschlagnahmten Gedichten um Werke von Frau, Herwegh, Freigraf u. a. Und auch die staatsgefährlichen Bilder sind Reproduktionen von Werken der berühmtesten Meister, wie Wenzel, Reunier, Klingner, Crane, Doré, David, Fidus usw.

Aber was weiß davon die Polizei und Staatsanwaltschaft? Und das ist immerhin ein mildere Umstand in dieser kläglich vorbeigelungenen Staatsaktion.

Der Krieg.

Die Friedensbedingungen.

Konstantinopel, 18. März. Vom Ministerium des Aeußern wird amtlich erklärt, daß während des letzten diplomatischen Empfanges die Vorkämpfer der Mächte keine amtliche Erklärung in bezug auf die italienischen Friedensbedingungen abgegeben hätten. — Nach ergänzenden Mitteilungen wird in der Antwort Italiens an die Mächte nicht von der Anerkennung der Annexion, sondern von der Souveränität Italiens über Libyen gesprochen. Ferner soll es darin heißen, Italien werde die persönliche religiöse Freiheit der Muselmanen anerkennen, sei auch unter Umständen zum Verzicht auf die italienische Post in der Türkei und zur Zahlung einer Entschädigung für die Staatsdomänen bereit.

Russische Truppenbewegung.

Konstantinopel, 19. März. (Meldung des Wiener K. K. Telegraphen-Bureaus.) Wie auf der Spote erklärt wird, dauern die russischen Truppenkonzentrationen an der Kaukasusgrenze fort. In amtlichen Kreisen glaubt man, Rußland wolle die Spote einschütern, um die Zurückziehung der türkischen Truppen aus dem persischen Gebiet zu erzwingen.

Nach anderen unkontrollierbaren Meldungen soll neben einer italienischen Flottenaktion im ägäischen Meere, die nach Ablehnung der Friedensbedingungen durch die Türkei erfolgen würde, auch eine Aktion der russischen Flotte hergehen. Ein solches Vorgehen Rußlands würde natürlich die internationale Lage gewaltig verschärfen und die schon oft vorausgesagte Erhebung der kleinen Völkchen zur Folge haben.

Italienische Kriegsschiffe im Archipel.

Wien, 19. März. Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, sind in Wien Meldungen eingetroffen, deren Wichtigkeit außer Zweifel steht. Danach soll sich ein großes italienisches Eskadron, bestehend aus mehreren Schlachtschiffen, Kreuzern und kleineren Einheiten bereits im Archipel befinden. Sie wurden am 17. d. M. bei der Insel Tenedos in der Nähe des Dardanellenenganges gesichtet und befinden sich in einer derartigen strategischen Position, daß sie innerhalb sechs bis zehn Stunden sofort zur Aktion gegen die Häfen von Smyrna, Saloniki und gegen die Dardanellen vorgehen können.

Von der Arbeit der Kriegsgerichte.

Rom, 16. März. (Eig. Ber.) Von Zeit zu Zeit gelangt Kunde von der Arbeit der Kriegsgerichte nach Italien und man erzählt dabei wirklich recht merkwürdige Dinge. So ist unlängst ein Sekondeleutnant Gadalini unter Anklage gestellt worden, weil er sich momentan von der ihm anvertrauten Patrouille entfernt hatte. Er war ausgefahndet worden, um die feindlichen Stellungen auszuforschen und kehrte mit seinem Peloton nach der Aufschaffung zurück, als ein feindlicher Schuß einen Soldaten tötete. Der Leutnant überzeugte sich, daß dem Soldaten nicht mehr zu helfen war, ordnete den Transport der Leiche ins Lager an und begab sich dann im Lauffschritt zu seinem Hauptmann, dem er den Verlauf der Aufschaffung und den Verlust des Soldaten meldete. Darauf ging er wieder zu seinem Peloton, mit dem er ins Lager zurückkehrte. Und wegen dieses Vorgehens wurde er wegen Feigheit unter Anklage gestellt, weil der General Cappella sein Vorgehen in diesem Sinne beurteilt hatte. Die Soldaten und die Vorgesetzten sagten mit großer Entschiedenheit aus, daß der Angeklagte nur seine Pflicht getan hätte und wiesen auf sein tapferes Verhalten in drei früheren Gefechten hin. Trotzdem forderte der Vertreter der Anklage 20 Jahre Gefängnis, wobei er dem jungen Offizier mildernde Umstände zugestanden sah: im anderen Falle hätte er die Todesstrafe durch Schuß in den Rücken fordern müssen. Das Gericht sprach den Leutnant frei, immerhin ist es aber ungeheuerlich genug, daß derartig ehrenrührige und vernichtende Anklagen einfach durch die Phantasie der Vorgesetzten erhoben werden können.

Ein „Kampf um Tripolis“ in München.

Zu schlimmen Ausschreitungen wäre es am Sonntagabend beinahe gekommen aus Anlaß eines Vortrages, den der Wiener Afrikaforscher O. C. Arthauer vor sehr zahlreichem Publikum über die tripolitanischen Kämpfe hielt. Wir haben über den Vortrag, der von Arthauer auch in Berlin gehalten wurde, vor kurzem

berichtet. Der Redner geißelte scharf die Rassenhinzichtungen von Eingeborenen durch die Italiener. Das ging der sehr stark im Saale vertretenen italienischen Kolonie arg wider den Strich und sie protestierte mit unausgesetzten Rufen und ohrenbetäubendem Pfeiffongert. Nur mit Mühe gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Nach dem Vortrage wartete Jungitalien vor dem Versammlungsort auf den Redner, doch hatte sich dieser bereits durch eine Seitentür entfernt.

Die Revolution in China.

Japan und die Anleihe.

Tokio, 19. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Es bestätigt sich, daß Japan das Angebot, sich an der chinesischen Anleihe zu beteiligen, angenommen und die Spezialbank mit seiner Vertretung im Anleihekomitee beauftragt hat.

Mahnahmen gegen die meuternden Soldaten.

Pongtong, 19. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die provisorische Regierung in Kanton hat beschlossen, die meuternden Truppen aus den Regierungsorten der Dong-Insel in der Nähe von Whampoa zu vertreiben. Chinesische Kanonenboote beschießen die Forts, die das Feuer erwidern. Ein britischer Flugbomber meldet, daß die Kanonade sehr heftig sei.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. März 1912.

Bethmann Hollweg amtsüde?

Im Reichstag kursierte am Dienstag mit aller Bestimmtheit das Gerücht, daß der Reichskanzler sich ernstlich mit dem Gedanken trägt, endlich aus seinem Amte zu scheiden. Mit ihm will auch der Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Herr v. Alderlen-Wachter zurücktreten und als Votschafter nach Konstantinopel gehen.

Sicher ist jedenfalls, daß innerhalb der Reichsregierung eine Krise herrscht. Ob aber auch der Philosoph von Hohenstein gehen wird, ist zweifelhaft, denn ist es auch um seine Philosophie mühselig bestellt, so verzieht er doch das Nebenbleiben vorzüglich.

Kaligeseh und Statistisches Amt.

Aus dem Reichstag, 19. März. Zu Beginn der ersten Sitzung — denn die vorgestrige Drohung des Präsidenten mit einer Nachsitzung wurde schreckensvolle Wirklichkeit — ging Genosse Dr. Cohn noch einmal auf die Forderung des öffentlichen Anschlages der Durchschnittslöhne in den Kalwertern wie auf die Frage der Propagandagelder ein. Er wies nach, wie die Verstaatlichung des Kaliprodukts gleichermaßen im Interesse der Erhaltung der Bodenschätze, im Interesse der Landwirtschaft, wie auch im Interesse der Arbeiter liege. Der Redner benutzte die Gelegenheit, dem preussischen Minister Fallwig eine auszuweisen, der vorgestern im Dreiklassenparlament, vom Präsidenten nicht behelligt, den Genossen Saxe wütend angerüpelt hatte. Unterstaatssekretär Richter bestritt, daß der Bund der Landwirte Kali-Propagandagelder zu Wahlzwecken verwendet habe, und Herr Gothein zählte die Bedenken der Fortschrittlichen Volkspartei gegen eine Verstaatlichung auf. Nachdem sich dann noch Graf Westarp von dem Genossen Doh hatte belehren lassen müssen, daß der Antrag der Kommission nicht etwa das ganze Gesetz über den Haufen werfen, sondern nur einen unhaltbaren Paragraphen beseitigen wolle, wurde die Debatte geschlossen und der Antrag der Kommission angenommen.

Zum Titel Statistisches Amt verbreitete sich Genosse Schumann an der Hand eines guten Materials sehr ausführlich über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in einzelnen Betriebszweigen, so im Binnenverkehrsgewerbe, im Transportgewerbe, wo auch die Automobildrauffeure vor dem um den marshallbraunen Anstrich so besorgten Polizeipräsidenten nicht vor 16—24stündiger Arbeitszeit geschützt würden, und bei den Straßenbahn-Gesellschaften. Er zitierte dabei Verträge von Straßenbahnen, die tatsächlich die Zwangsverhältnisse des achtzehnten Jahrhunderts in das zwanzigste übertragen. Nach kurzen Ausführungen des Abgeordneten Sittart (Z.) und des Geheimrats Caspar kam Herr Schulze-Gaevernitz zu Wort. Er hat den Marxismus zu verschiedenen Malen totgeschlagen, nur daß leider der Marxismus heute lebendiger ist denn je. Im Reichstag enttäuschte diese professorale Fortschrittsleuchte erheblich. Was er zur Begründung eines Antrags zur Herbeiführung von statistischen Erhebungen über die Zahl der Landwirte, die an den Getreideböden ein Interesse haben, sagte, war zwar nicht neu, aber im wesentlichen richtig — nur wirkte die Art des Redners, sein solches fatales Pathos und sein selbstgefälliges Lächeln, einigermaßen peinlich. Nach einer kurzen Replik des Herrn Dr. Dertel wurde die nächste Sitzung auf 8 Uhr abends anberaumt.

Es muß weiter geredet werden . . .

Zur Deckung der sogen. Wehrvorlagen.

Die „Nordd. Allg. Zeitung“ vom Mittwoch schreibt: Die Entschliessungen des Bundesrats über die Deckung der Wehrvorlagen werden von einem Teile der Presse parteipolitisch auszunutzen versucht, um eine Unterwerfung des Reichskanzlers unter den schwarzblauen Völk zu erweisen. Damit wird ein altes und abgestandenes Gerücht aufgewärmt. Als neue Verlage erscheint die Behauptung, die Entschliessungen bedeuteten einen Sieg Bayerns über den Reichskanzler. Wir stellen demgegenüber, zum Teil in Wiederholung früherer Mitteilungen, folgendes fest:

1. Man war im Bundesrat einstimmig der Ansicht, daß die Einbringung der früheren Erbschaftsteuer zur Deckung der Wehrvorlagen mit Rücksicht auf die Stellung der Sozialdemokraten zu den Wehrvorlagen ein politischer Fehler sei und nicht einmal Erfolg verspreche.

2. Man war ferner einig darin, daß eine mit einzelstaatlicher Besitzsteuer verknüpfte Reichserbschaftsteuer starken Bedenken für das Reich und für die Bundesstaaten unterliege.

3. Ueber die Aufhebung der Liebesgabe waren im Reichsschatzamt Vorarbeiten aufgestellt. Dieser Plan war bis zu seiner Veröffentlichung weder direkt noch indirekt mit irgend einer Partei besprochen worden.

4. Den Vorschlag, durch die Aufhebung der Liebesgabe die erforderlichen Mittel zu beschaffen, hat Bayern weder gemacht noch inspiriert. Er ist von norddeutscher Seite ausgegangen und nach eingehender Diskussion von allen Staaten akzeptiert worden.

5. Der vom Reichskanzler mit aller Entschiedenheit betonte Auffassung, daß die Kosten der Wehrvorlagen nicht ohne die Erschließung neuer Einnahmen gedeckt werden könnten, sind auch diejenigen Staaten, darunter auch Bayern, begetreten, welche die gegenwärtige Finanzlage des Reiches günstiger beurteilen, als es der Reichskanzler tun zu können glaubte.

Schließlich spricht die „Nordd. Allg. Ztg.“ noch ihre Verwunderung darüber aus, daß eine Agitation gegen die Aufhebung der sogenannten Liebesgabe einsehen konnte, nachdem diese Liebesgabe ein Jahrzehnt lang Agitationsstoff gegen die rechtsstehenden Parteien abgegeben habe.

Von Wichtigkeit ist in obiger Auslassung der „Nordd. Allg. Ztg.“ der Hinweis, daß die „Kosten der Wehrvorlagen nicht ohne die Erschließung neuer Einnahmen gedeckt werden können“.

Die Agrarkonservativen und die Aufhebung der Liebesgabe.

Die großen Strategen der konservativen Partei tun so, als sei es ihnen höchst schmerzlich, daß die Regierung von der Einbringung einer neuen Erbschaftsteuer absehen und die Kosten der geplanten Heeres- und Flottenvermehrungen teilweise durch eine Aufhebung der Branntwein-Liebesgabe decken will. So schreibt die parteiamtliche „Konservative Korrespondenz“:

Was den übrigens sehr überraschend kommenden Vorschlag der Verbündeten Regierungen wegen Abschaffung des Branntweinsteuerkontingents selbst anlangt, so entspricht es nicht den Gepflogenheiten der konservativen Partei, zu Geschenkenwürfen Stellung zu nehmen, ehe sie nicht im vollen Vorlaute vorliegen. Dies ist hier um so weniger angängig, als es sich nicht um eine politische Parteifrage, sondern um eine Angelegenheit wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit handelt, bei der alle Begleitumstände sorgfältig und sachlich zu prüfen sind. Wir werden daher warten müssen, bis die vom Bundesrat vorgeschlagene Abschaffung des Branntweinsteuerkontingents mit einer näheren Begründung und einer ziffernmäßigen Darlegung des zu erhoffenden finanziellen Ergebnisses versehen worden ist. Der in der offiziösen Verlautbarung bisher allein angeführte Umstand, eine an sich nur durch Sachkenntnis und Gegnerschaft gegen die Landwirtschaft begründete Forderung des Liberalismus aus dem letzten Wahlkampfe erfüllen zu wollen, kann ernstlich kaum dazu dienen, auf der anderen Seite eine befriedigte Stimmung auszulösen oder bei ihr die Empfindung zurückdrängen, daß hier die Landwirtschaft vorzugsweise belastet werden soll. Die fortgesetzte Verunahmung eines Gewerbes, das bereits jetzt mit Abgaben überlastet ist, wie kein anderes, und dessen Erhaltung im Landeskulturinteresse von der größten Wichtigkeit ist, dürfte aber auch in nicht landwirtschaftlichen Kreisen schwer empfunden werden.

Das ganze Geschäft hat lediglich den Zweck, den Anschein zu erwecken, als würde dem Patriotismus der Konservativen zugemutet, „zum Schutze unserer nationalen Machtstellung“ ein großes Opfer zu bringen und willig eine Steuer zu übernehmen, die die Landwirtschaft schwer schädigt. Ein allerliebster Mumpitz; denn die meisten der ostelbischen Großbrenner haben heute von der Liebesgabe keinen oder doch nur noch einen sehr geringen Nutzen, da sie fast alle an die Spirituszentrale angeschlossen sind, und diese, was die Preisfestsetzung anbetrifft, nahezu unumschränkt zu schalten und zu walten vermag. Wie verlaudet, hat denn auch die Spirituszentrale nach dem Bekanntwerden des Aufhebungsplanes sofort ihre früheren Preisnotierungen zurückgezogen, um schon für die inzwischen einlaufenden Bestellungen höhere Preise zu verlangen. Die bisherige Liebesgabe geht also den ostelbischen Großbrennern nicht verloren, sie wird vermittels der Spirituszentrale einfach den Konsumenten aufgebürdet. Und selbst, wenn das nicht im vollen Maße gelingen sollte, hat doch der ostelbische bzw. norddeutsche Großbrenner insofern ein beträchtliches Interesse an der Aufhebung, als ihm dadurch in noch weit größerem Umfang als bisher der süddeutsche Spiritusmarkt ausgeliefert wird. Vermag doch schon jetzt der süddeutsche Kleinbrenner nur schwer gegen den norddeutschen Großbetrieb zu konkurrieren. Das ganze Geklörre der „Konservativen Korrespondenz“ hat also wahrscheinlich nur den Zweck, die Konservativen als die großen Patrioten hinzustellen, die großherzig die schwersten Opfer für das teure Vaterland tragen. Vielleicht auch gedenken die geschäftsgeriebenen Herren, für die Aufhebung der Liebesgabe irgend welche einträglicheren Entschädigungen auf anderen Gebieten zu fordern.

Herr Wermuth im Lichte der Merikalen Presse.

Die Merikale Presse vermag es sich nicht zu versagen, dem durch Merikale Intrigen aus dem Reichsschatzamt hinausgedrängten Staatssekretär Wermuth nachträglich noch einige derbe Fußtritte zu verfehen. In einem Artikel, den nach Erzberger'scher Manier duftet, leistet sich die „Merikale Volkszeitung“ allerlei schöne Entstellungen über Wermuths bisherige schädlichen Einflüsse auf die Regierung, und zwar besteht nach der Ansicht des Zentrumsblattes die Schädlichkeit darin, daß Wermuth sich wiederholt den enormen Heeres- und Flottenforderungen der Herren v. Heeringen und v. Tirpitz widersetze. Das würdige Zentrumsorgan weiß durch Aufklärung „von besonderer Seite“ (allem Anschein nach: Erzberger) darüber zu berichten:

Zweifellos ist Herr Wermuth zwar kein schöpferisches Finanzgenie, wohl aber einer der tüchtigsten Finanzmänner, die das Reich seit langer Zeit gesehen hat. Selbst sein ärgster Gegner wird das dankbar anerkennen. Doch ebenso zweifellos ist es, daß Herr Wermuth bei seinen Kollegen in den Reichsämtern und auch bei den preussischen Ministern keine allzu großen Sympathien genos. Das datiert längst vor Herrn Wermuths Staatssekretärzeit her, und der Graf im Vort, Herrn Wermuths Vorgänger im Reichsamt des Innern, könnte manches Interessante ausplaudern über Meinungsverschiedenheiten, die er schon mit dem sehr bedeutenden, aber auch sehr schwierigen Mann durchgesehen gehabt hat. Es ist ja schon höchst charakteristisch, daß Herr Wermuth, nicht wie sein Vorgänger, Herr Schow, Mitglied des preussischen Ministeriums wurde, die preussischen Minister fürchteten seinen Einfluß und Herr von Bethmann ganz gewiß auch; es ist ja genau ebenso charakteristisch, daß es so eingerichtet wurde, daß der Reichsschatzsekretär fast niemals persönlichen Vortrag beim Kaiser zu halten hatte. Trotzdem hat wohl nie ein Staatssekretär einen solchen Einfluß auf die gesamte Leitung der Politik ausgeübt, wie gerade Herr Wermuth. Daß Herr von Einem gehen mußte, ist sein Werk, wenn es auch offiziös geleistet wird, ebenso wie der bekannte Konflikt zwischen Herrn von Tirpitz und ihm bestritten wurde; ein Konflikt, dessen Bestehen jedem Einsichtigen niemals zweifelhaft war. Der Chef des Marineamts hat den Tropfen „Wermuth“ in seinem Freudenbecher gar oft bitter geschmeckt, und auch Herr von Heeringen wird nicht allzulange das Lob des so spärlichen Mannes gesungen haben. . . .

Die Differenzen zwischen dem Reichsmarineamt und dem Schahamt, das ist der eigentliche Ausgangspunkt der endgültigen Krise, nahmen besonders scharfe Formen an, als Herr von Tirpitz nach den Erfahrungen des letzten Sommers die neue Marinevorlage, die ursprünglich eine viel größere Fassung hatte, für notwendig hielt! Damals verbündeten sich Auswärtiges Amt und Schahamt zum Kampf gegen Herrn von Tirpitz; damals hielten Herr von Bethmann und endlich einmal auch Herr Bernuth dem Kaiser Vortrag: Der Reichskanzler fürchtete, für den europäischen Frieden könne die Flottenvorlage gefährlich sein, der Staatssekretär wollte die Finanzen schützen. Beide hatten unrecht: die Flottenvorlage ist eine Notwendigkeit, was Herr von Bethmann auch später ein sah, des Viscounts Ghalbane Besuch beruhigte ihn über die Konsequenzen; seitdem zog sich der Reichskanzler etwas von Herrn Bernuth zurück. Diesem aber war zweierlei gegliedert: die Flottenvorlage zu ermäßigen und die vorläufige Zusage zu erhalten, die gesparten Ueberschüsse — im Etat sorgsam versteckt — sollten nicht zur Deckung der Kosten der Wehrvorlage herangezogen werden.

Das Stichwahlabkommen.

Der Parteivorstand hat gestern eine Erklärung veröffentlicht, deren Schlusssatz durch ein Verlesen des Pressebureaus im „Vorwärts“ falsch wiedergegeben worden ist. Der Satz muß richtig lauten, wie er auch in der übrigen Parteipresse zum Abdruck gekommen ist: „Die Einzelheiten des Abkommens sollten allerdings im beiderseitigen Einverständnis bis zum Abschluß der Stichwahlen nicht veröffentlicht werden“.

Abgeordnetenhaus und Arbeiterbildungsschule.

Als am vergangenen Mittwoch unser Genosse Hoffmann dem Abgeordnetenhause Mitteilung machte von der „Rednerakademie“, die der Bundeshauptling Diederich Hahn in den Räumen des preussischen Parlaments abgehalten hat, kündigte er zugleich an, daß wir Sozialdemokraten künftig das gleiche Recht in Anspruch nehmen würden, wobei der konservative Führer Herr v. Pappenheim in ihm zurief: „Ist es Ihnen abgelehnt? Kommen Sie auch!“ Infolge dieser freundlichen Aufforderung des Herrn v. Pappenheim ist der Versuch selbstverständlich sofort gemacht worden, indem Genosse Vorchardt folgendes Schreiben an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses richtete:

Berlin, 15. 3. 1912.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Da nach dem Ergebnis der Debatte über den Etat des Abgeordnetenhauses am 13. d. die Benutzung einzelner Zimmer des Hauses durch Abgeordnete für Abhaltung von Redner- oder Vortragsskizzen als allgemeine Uebung aller Parteien angesehen werden darf, so erlaube ich mir, ebenfalls um Ueberlassung eines Zimmers für eine Reihe von zehn Vorträgen, die ich im Auftrage der Berliner Arbeiterbildungsschule zu halten gedenke, ergebenst zu ersuchen. Die Vorträge sollen stattfinden vom 15. April d. an an sämtlichen folgenden Montagen (ausgenommen natürlich den Pfingstmontag), also bis einschließlich den 24. Juni, abends von 8½ bis 10 Uhr. Zugelassen wird nur eine Teilnehmerzahl von höchstens 30 Personen.

Der Saal 18 würde besonders gut dazu passen, seiner Größe wegen, wie auch, weil sich dort eine Tafel befindet.

Hochachtungsvoll
Julian Vorchardt (Berlin).

Aber o weh! Herr v. Pappenheim scheint seinen Einfluß auf die Führung der Geschäfte im Hause verloren zu haben. Denn mit großer Geschwindigkeit kam vom Präsidenten der folgende ab- lehrende Bescheid:

Eure Hochwohlgeboren haben durch das an mich gerichtete gefällige Schreiben von gestern den Wunsch ausgesprochen, daß Ihnen für eine Reihe von 10 Vorträgen, die Sie im Auftrage der Berliner Arbeiterbildungsschule zu halten gedenken, ein Saal im Geschäftsgebäude des Abgeordnetenhauses überlassen werden möge.

Ich erwidere darauf ergebenst, daß die Erfüllung dieses Wunsches meines Erachtens mit der Zweckbestimmung des Geschäftsgebäudes des Hauses der Abgeordneten nicht vereinbar sein würde. Wenn Sie auf der Rede des Herrn Abgeordneten Hoffmann vom 13. d. Mts. den Schluß ziehen, daß „die Benutzung einzelner Zimmer des Hauses durch Abgeordnete für Abhaltung von Redner- oder Vortragsskizzen als allgemeine Uebung aller Parteien angesehen werden darf“, so kann ich dieser Auffassung nicht beitreten. Uebrigens ist weder mir noch dem Direktor des Hauses etwas davon bekannt, daß früher von Abgeordneten Rednerkurse in den Räumen des Hauses abgehalten worden sind.

Der Präsident

Dr. Fehr. v. Erffa.

Aus den letzten Worten dieser Antwort geht hervor, daß Herr Dr. Hahn — mit teuflischem Mannesmut — seine Rednerkurse heimlich abgehalten haben muß, d. h. er muß die Räume des Hauses benutzt haben, ohne dem Präsidenten oder auch nur dem Bureau-Direktor den wahren Zweck seiner Veranstaltung mitzuteilen. Solche Schleichwege verschmähen wir Sozialdemokraten natürlich. Wir sagen offen heraus, was wir wollen, und werden dann, wie Figura zeigt — abgewiesen. Was uns aber nicht das Vertrauen zu dem alten guten Wort rauben soll, daß ehrlich schließlich doch am längsten währt.

Es wird sich wohl noch Gelegenheit finden, es im Abgeordnetenhause durchzusetzen, daß die ehrlichen Leute nicht hinter die Schleicher zurückgestellt werden.

Die Notwendigkeit der Erschließung neuer Steuerquellen

wird in den „Berliner Politischen Nachrichten“ noch einmal, anscheinend offiziell, mit allem Nachdruck betont. Es wird hervorgehoben, daß die Einnahmen des Reiches nicht weiter in dem Maße steigen werden, wie in den letzten Jahren, um so weniger, als ein Ausfall bei der Zucksteuer zu erwarten ist. Die Darlegung schließt: „Alle diejenigen Kreise, die die kommenden Wehrvorlagen als eine Notwendigkeit ansehen, werden im Interesse des Zustandekommens der letzteren gut tun, den Standpunkt, daß neue Einnahmen für die Deckung ihrer Kosten unnötig seien, zu verlassen, und sowohl im Interesse der Stärkung der Wehrfähigkeit des Vaterlandes, wie der Geländung der Reichsfinanzen den Weg zur Deckung durch neue und durch alte Einnahmen zu beschreiten.“

Das klingt sehr mutig, wird aber dem Zentrum nicht entfernt imponieren, nachdem der Kanzler mit der Preisgebung Vermutungs gezeitigt hat, wie sehr er bereit ist, die Wünsche der Zentrum zu erfüllen.

Frankreich.

Die Wissenschaft und die Polizei.

Paris, 17. März. (Fig. Ver.) Die französische „Academie der moralischen und politischen Wissenschaften“ hat ein neues Mitglied erwählt — den Polizeipräfekten Spina. Vermutlich haben die praktischen Leistungen dieser Persönlichkeit auf dem Gebiet sozialer Wohlfahrt, als da sind: Verhinderung von Arbeiterdemonstrationen, Einspernung von Streikposten usw. den gelehrten Akademikern nicht minder wohlgefallen, als seine theoretischen Anschauungen, die er erst kürzlich in Reden ausgesprochen hat. v. W. Berantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

daß der Feiertag zum Gelingen führen würde und daß es so viele Verbrecher gibt, weil zu wenig gestraft wird. Für diese Gesellschaft ist soziale Wissenschaft noch immer „Polizeiwissenschaft“.

Das Wahlreformgesetz.

Paris, 19. März. Die Deputiertenkammer hat gestern mit 288 gegen 245 Stimmen den vom Minister des Inneren Steeg befürworteten Artikel des Wahlreformgesetzes angenommen, wonach in jedem Departement bzw. Wahlkreis mehrere Listen sich verbinden können. Die Gegner der Wahlreform hatten diesen Artikel seit Wochen leidenschaftlich bekämpft.

Spanien.

Bergarbeiterstreik.

Das Amtsblatt veröffentlicht die Ausführungsverordnung zu dem Ende 1910 erlassenen Gesetze betreffend die Regelung der Arbeit in Bergwerken. Es bezieht sich auf den eigentlichen Bergbau, ferner auf Torfstecherei, Gewinnung von Baumaterialien, Bauhöfe, Salzgewinnung aus See- oder Mineralwasser. Die Arbeitszeit wird darin auf zehn, unter der Erde auf neun Stunden beschränkt. Jugendliche unter 16 Jahren und weibliche Personen jeden Alters dürfen nicht zu unterirdischer Arbeit verwendet werden, Knaben auch nicht zur Beförderung von Material unter der Erde oder zur Arbeit unter Verwendung von Explosivstoffen. Arbeiterinnen unter 18 Jahren dürfen nur mit Sortieren und Reinigen, nicht mit Laden oder Transport von Material beschäftigt werden. — Jetzt fehlt nur noch, daß das bescheidene Schutzesetz auch durchgeführt wird.

Marokko.

Ermordung eines französischen Offiziers.

Fes, 19. März. Der französische Instruktions-offizier Guilasse wurde während einer Uebung von einem eingeborenen Soldaten getötet. Der Mörder wurde von den anderen scharifischen Soldaten halb tot geschlagen. — Der Nord stellt, wie die „Agence Havas“ meldet, einen vereinzelten Fall (?) von Fanatismus dar. Der Offizier, der dem zweiten Schützen-Regiment angehörte, war von sehr ruhiger Natur.

Amerika.

Für Schaffung einer Bundes-Einkommensteuer.

Die Parteivorstellung der demokratischen Kongreß-mitglieder beschloß Einbringung einer Vorlage zur Besteuerung aller Einkommen von 5000 Dollar (20 000 M.) an. Die Steuer soll mindestens 53 Millionen Dollars bringen und den Ausfall aus der beabsichtigten Aufhebung des Zuckersolls decken. Da das Oberbundesgericht schon einmal die Einkommensteuer als verfassungswidrig, mithin ein solches Gesetz als ungültig bezeichnet hat, will man die Steuer durch Amendement zum Gesetz betr. Besteuerung der Korporationen, die das Gericht schon als verfassungsmäßig anerkannt hat, einführen. Doch ist es zweifelhaft, ob das Oberbundesgericht, das schon so manchen Fortschritt durch Verurteilung auf die völlig veraltete Verfassung des Bundes hintangehalten hat, das zulassen wird. Die grundsätzliche Umgestaltung der Bundesverfassung, die wie ein Kinderkleidchen das Leben des längst zum Manne gewordenen Volkes der Vereinigten Staaten einschnürt, wird immer mehr als dringende Aufgabe anerkannt, die im Notfall eine Revolution lösen wird. —

Die Jugendbewegung der Arbeiterschaft.

An die proletarischen Eltern war der Ruf ergangen, sich einzufinden in den Volksversammlungen, die gestern abend an 23 Städten in Berlin und den Vororten abgehalten wurden. Es galt, den Eltern die Wege zu weisen, auf denen sie ihre Kinder, die heranwachsende Jugend, dem Ziele entgegenzuführen haben, das jedem für die Bestrebungen der klassenbewußten Arbeiterschaft begeisterten Vater, jeder proletarisch empfindenden Mutter als leuchtendes Ideal vorschwebt. Nicht, daß die Eltern der Arbeiterjugend lässig wären in der Erfüllung ihrer erzieherischen Pflichten, nicht, daß man sie erst erinnern müßte an die Aufgaben, die jedem Vater, jeder Mutter als etwas Selbstverständliches erscheinen. Aber den Vätern und Müttern, die Tag für Tag in der Treitmühle kapitalistischer Fron ihre Kräfte aufreiben, bleibt meist nicht Zeit und Gelassenheit, diejenigen Mittel und Wege zu finden, die den heranwachsenden Sohn, die aufstrebende Tochter vor schädlichen Einflüssen schützen und eine Entfaltung der Kräfte gewährleisten in der Weise, daß der jugendliche Nachwuchs sich nicht etwa im späteren Leben gleichgültig verhalte gegen die Ideale, für deren Verwirklichung Vater und Mutter gelebt und gestrebt haben.

Von allen Seiten drängen sich solche Freunde an die Arbeiterjugend heran. Sie alle geben vor, daß ihnen das Wohl der Jugend am Herzen liege. In Vereinen und Veranstaltungen der verschiedensten Art suchen diese falschen Freunde die Jugend des Proletariats einzufangen. Auf den ersten Blick erscheint das, was sie der Jugend bieten, wohl harmlos, vielleicht gar nützlich. Doch wenn sie das Wort: „Der Schein trügt“, herabschickt, so ist diesem Hölle. Nicht um harmlose Geselligkeit, gute Unterhaltung oder Verbreitung gediegener Bildung ist es jenen Leuten zu tun. Was sie in dieser Hinsicht bieten, ist nur Mittel zum Zweck. Mittel zu dem einen Zweck: Die Jugend des Proletariats abzudrängen von dem Wege, den die Eltern wandeln und sie hinüberzuführen auf jene Seite, wo burrapatriotische Verblödung, Anechtsseligkeit und Stumpfheit als Tugenden gelten. Wer sich durch die Lockungen jener falschen Jugendfreunde beirren läßt, der hilft selbst die Ketten schmieden, mit denen die mächtig vorwärtsstrebende klassenbewußte Arbeiterbewegung gefesselt werden soll.

Die Gegner des klassenbewußten Proletariats wissen recht gut, daß die Jugend bestimmt ist für die Gestaltung der Zukunft. Deshalb sind sie bemüht, den Nachwuchs des Proletariats für sich zu gewinnen und gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft einzunehmen. Die Schule — Volksschule und Fortbildungsschule — soll es als ihre bornehmste Aufgabe betrachten, dem „unheilvollen Einfluß des Elternhauses“ entgegenzuarbeiten. So wollen es die Feinde der Arbeiterklasse und so geschieht es leider. Die Kinder sollen den Eltern, soweit diese im Lager der modernen Arbeiterbewegung stehen, entfremdet werden. Was die Schule in dieser Richtung beginnt, das soll fortgesetzt und vollendet werden an der schulentlassenen Jugend, und hier sehen dann die Bestrebungen jener Leute ein, die unter dem Aushängeschild von Bildung, Geselligkeit, Sport und dergleichen die Arbeiterjugend zur Militärschwärmerei, zum burrapatriotischen, zur Unterwürfigkeit, zur Unfreiheit, mit einem Wort: zu Verrätern an den idealen Bestrebungen der Arbeiterbewegung „erziehen“ wollen. Und diese Verblödung der Arbeiterjugend wird unterstützt und gefördert durch die Behörden. Ein Millionenfonds ist vorhanden, aus dem Geldzuwendungen an solche Vereine gegeben werden, welche die Jugend systematisch vom Wege der modernen Arbeiterbewegung abdrängen.

Aber nicht genug damit. Solange die klassenbewußte Arbeiterschaft in der Lage ist, auf ihre Jugend in ihrem Sinne einzuwirken, sind alle Bestrebungen, den Nachwuchs der Arbeiter in das Lager ihrer Gegner zu führen, vergebens. Damit die Arbeiterfeinde ungehindert ihr Ziel erreichen können, wird die proletarische Jugendbewegung gefnebelt. Nicht genug damit, daß das Vereinsgesetz den jungen Leuten bis zum 18. Jahre verbietet, sich in Vereinen und Versammlungen politisch aufzulösen und bilden zu lassen. Polizei und Gerichte haben es durch sehr anfechtbare Auslegung gesetzlicher Bestimmungen fertig gebracht, solche Vereine der Arbeiterjugend zu verbieten, die weit entfernt von politischen Bestrebungen, nur

der Pflege edler Geselligkeit, der Verbreitung von Wissen und Bildung im besten Sinne des Wortes dienen. — Die Behörden und die Feinde der Arbeiterbewegung, sie stehen zusammen, um der klassenbewußten Arbeiterschaft ihren jugendlichen Nachwuchs zu entreißen und einen im wahren Sinne des Wortes unheilvollen Einfluß auf die Kinder des Proletariats auszuüben.

Die Gefahren, welche von jener Seite der Arbeiterjugend und damit der Arbeiterbewegung selbst drohen, sind nicht in jedem Einzelfalle zu erkennen, denn die kapitalistischen, burrapatriotischen Jugendvererber zeigen meist nicht ihr wahres Gesicht. Deshalb war es die Aufgabe der geistigen Versammlungen, die proletarischen Väter und Mütter aufmerksam zu machen auf diese Gefahren. Sie zu warnen vor jenen Veranstaltungen, die in Gestalt von Vereinen oder Wohlfahrtsbestrebungen in letzter Linie kein anderes Ziel verfolgen als das: Die Kinder des Proletariats zu Gegnern der Ideen zu machen, die im Elternhause herrschen; die Arbeiterjugend zu willenlosen Knechten des kapitalistischen Ausbeutertums zu erziehen. Was Vater und Mutter hochhalten, das sollen ihre Söhne und Töchter in den Staub treten. Die Kinder der klassenbewußten Arbeiter sollen in feindseligen Gegenjah zu ihren Eltern gebracht werden. Das wollen jene Leute, welche bei anderer Gelegenheit mit frommem Augenaufschlag auf das Gebot verweisen: Du sollst Vater und Mutter ehren!

Doch trotz Verdrängung und Verdrückung mancherlei Art ist die Arbeiterschaft noch lange nicht wehrlos gegen die auf Verdrümmung ihrer Jugend gerichteten Bestrebungen. Vertreter der klassenbewußten Arbeiterschaft sorgen dafür, daß wahre Bildung und Aufklärung unter der Jugend verbreitet, daß der Sinn für alles Schöne und Gute, für alles Große und Erhabene in ihnen geweckt und gefördert werde. Arbeiter-Jugendheime bieten den jungen Leuten eine Stätte, wo Geist und Gemüt angeregt werden durch edle Geselligkeit, durch Unterhaltung mancherlei Art, durch guten Lesestoff und durch Belehrung von sachkundiger Seite. Von diesen Einrichtungen Gebrauch zu machen im Interesse ihrer Kinder, auch das wurde den Besuchern der Versammlungen ans Herz gelegt und die Anregungen, welche die Redner nach dieser Richtung gaben, fielen auf guten Boden.

Referenten in den Versammlungen waren die Genossen Böhner, Oskar Cohn, Davidsohn, Däumig, Eichhorn, Gradnauer, Grünwald, Henke, Adolf Hoffmann, Langhammer, Hellmut Lehmann, Liebknecht, Peters, Pief, Ritter, Rosenfeld, Schön, Heinrich Schula, Ströbel, Wacławski, Weber, Rathilde Wurm, Zieg.

Wohin wir kamen, da haben wir überfüllte Versammlungen. Selten nur war ein Saal nicht voll besetzt. Vor den Eingängen standen Polizeiposten. Im Vorortgebiet sahen wir die Polizei wieder einmal als Ueberwachende in der Versammlung selbst. Der Zweck des polizeilichen Aufgebots war augenscheinlich kein anderer, als aufzupassen, daß nicht etwa ein jugendlicher den Versuch mache, von der vereinsgesetzlich verbotenen Frucht zu naschen. Doch, unnötig war die Sorge. Unsere Genossen hatten selber Vorkehrungen getroffen, um junge Leute, die im Unkenntnis ihrer Rechtlosigkeit etwa eine Versammlung hätten besuchen wollen, vor der „Uebertretung“ zu bewahren. War es doch unsere Absicht, in erster Linie zu den Eltern zu sprechen. Die waren denn auch der Einladung in großer Zahl gefolgt. Was die Referenten über die polizeilichen Schikanierungen unserer Jugendbewegung sagten, wurde mit Entrüstung beantwortet. Die treffenden Kennzeichnungen jener Bestrebungen, die auf Korruption und Verdrümmung der Arbeiterjugend abzielen, fanden überall entschiedene Verurteilung. Volles Verständnis wurde den Darlegungen über die Jugendbewegung der Arbeiterschaft entgegengebracht. Nicht vergebens war der Appell an die Eltern, wie an alle erwachsenen Arbeiter, ihre Kinder und ihre jungen Freunde den aufkläreren, bildenden und geselligen Veranstaltungen für die Arbeiterjugend zuzuführen und so mitzuhelfen, daß uns die Jugend und durch die Jugend die Zukunft gebührt.

Die nachstehende Resolution wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen.

Die am 19. März in 23 Versammlungen versammelten Männer und Frauen protestieren gegen die behördliche Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung. Sie verurteilen in gleicher Weise die im „vaterländischen Geiste“ betriebene Jugendpflege des Staates, der Gemeinde und aller möglichen Wohltätigkeitsvereine, wie die polizeilichen Versuche, der freien Jugendbewegung Fesseln anzulegen.

Die Versammelten geloben, in Haus und Werkstatt dahin zu wirken, daß die Arbeiterjugend sich allen Bestrebungen der bürgerlichen Jugendbewegung fernhält und mehr noch als bisher alle für die Arbeiterjugend getroffenen Veranstaltungen besucht und unterstützt.

Letzte Nachrichten.

Die Nachtigung im Reichstag.

Zu Beginn der Sitzung kam es zu stürmischen Szenen. Präsident Kaempf erklärte in bezug auf eine Stelle in der Rede des Genossen Cohn:

„Ich bin der Meinung, daß der Herr Abg. Cohn mit seinen Angriffen gegen den Staatsminister des Innern nicht hat sagen wollen, daß der Herr Minister einen des Meineides überführten Schuhmann im Amte erhalten habe. Aus diesem Grunde habe ich ihn wegen dieser Äußerung nicht unterbrochen.“

Darauf sprach Staatssekretär Dr. Delbrück. Er wendet sich heftig gegen die Ausführungen des Abg. Cohn und sagt im Laufe seiner Rede u. a., er könne den Mitgliedern des Reichstages ein verfassungswidriges Recht zur Kritik an der Tätigkeit eines Ressorts eines Bundesstaats nicht zuerkennen.

Es ensiebt darauf große Unruhe. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wir lassen uns von einem preussischen Minister nicht beschimpfen. Die Konservativen rufen im Konterton: Ruhe da draußen! worauf aus den Reihen der Sozialdemokraten die Antwort kommt: Hier ist doch kein Herrenhaus, hier ist der Reichstag! Von der Rechten erschallt der Ruf: Eine nette Volkvertretung!

Staatssekretär Dr. Delbrück fährt fort: Es ist nach Lage der Verhältnisse vollständig ausgeschlossen, daß wir in preussischen Ressorten Beamte, die schwerer Verbrechen überführt sind, pflichtwidrig in ihrem Amte halten.

Auf mehrere von rechts kommende Zurufe: Und der Herr Präsident? erklärt Präsident Kaempf: Meine Stellung bedarf vollkommener mit den Äußerungen des Herrn Staatssekretärs.

Hierauf tritt das Haus in die Beratung der Tagesordnung ein. Die Sitzung dehnte sich bis 12 Uhr aus und bringen wir die Verhandlungen, in denen Genosse Quard über die herrschende Fleischsteuerung sprach, morgen.

Ein Erfolg der englischen Bergarbeiter.

London, 19. März. (B. T. B.) Im Unterhause ist die Mindestlohnbill in erster Lesung einstimmig angenommen. Man glaubt allgemein, daß die Bill am Sonnabend Gesetz werden wird.

Ein Gendarm erschossen.

Warschau, 19. März. (B. T. B.) Wie aus Kielce gemeldet wird, wurde auf dem Bahnhof von Kalogozka ein Gendarmeunteroffizier gerade in dem Augenblick, als er einen jungen Mann verhaftet wollte, von diesem durch vier Revolverkugeln getötet. In der allgemeinen Verwirrung gelang es dem Mörder, zu entkommen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Englands Flottenpolitik.

Lord Churchill führte in der Rede, mit der er am Montag die Debatte über den Flottenetat im Unterhause einleitete und deren Anfang wir gestern wiedergegeben haben, weiter folgendes aus:

Der tatsächliche Standard der Neubauten, den die Admiralität in den letzten Jahren verfolgte, war eine Ueberlegenheit von 60 Proz. in Schlachtschiffen und Schlachtkreuzern der Dreadnoughtklasse verglichen mit der deutschen Flotte gemäß dem geltenden Flottengesetz. Andere, höhere Standards gelten für kleinere Schiffe. Wenn Deutschland an dem geltenden Flottengesetz festhielte, so glauben wir, daß dieser Standard, abgesehen von unerwarteten Entwicklungen anderer Länder, einen geeigneten Maßstab für die nächsten vier bis fünf Jahre abgeben würde, soweit die Dreadnoughtklasse in Betracht kommt. Weiter hinaus zu spekulieren ist müßig. Insofern ich keineswegs so verstanden werden, daß das Verhältnis von 16 zu 10 als ausreichende Ueberlegenheit über die nächststärkste Seemacht betrachtet werden dürfe, soweit die britische Seemacht als Ganzes in Betracht kommt. Selbst wenn wir eine Armee besäßen, die zweidrittel so stark wäre, als die Armee der stärksten Armeemacht, könnten wir damit nicht zufrieden sein. Meine Erklärung ist in viel größerer Beschränkung aufzufassen. Wir können gegenwärtig an einem so mäßigen Standard festhalten infolge unserer großen Ueberlegenheit an Kriegsschiffen und Panzerkreuzern der Vordreadnoughtperiode, nämlich von der King-Edwardsklasse sowie mindestens acht Panzerkreuzern, die von anderen Schiffen der gleichen Bauzeit gänzlich unerreicht sind. Da diese Schiffe aber allmählich an Gefechtswert verlieren, wird unter Verhältnis in Neubauten über den 60-Prozent-Standard steigen müssen. Jede Vermehrung, die Deutschland in der Zahl neuer Schiffe vornimmt, muß die Abnahme des Gefechtswertes unserer älteren Typen beschleunigen, erfordert daher besondere Maßnahmen unsererseits. Wann wir also diesen Standard auf das geltende deutsche Flottengesetz anwenden — zwei Schiffe pro Jahr — und wenn wir uns sorgfältig gegen vorübergehende Entwicklungen anderer Länder sichern, so erscheint es notwendig, abwechselnd vier und drei Schiffe der Dreadnoughtklasse die nächsten sechs Jahre hindurch zu bauen. Das ist das Mindeste, was den 60-Prozent-Standard erhalten wird, und das halten wir bei Aufstellung des jetzigen Etats im Auge. Wenn wir uns jetzt, wie es den Anschein hat, der Vermehrung der deutschen Neubauten um zwei Schiffe in diesen sechs Jahren gegenübersehen würden wir vorschlagen, jener Vermehrung durch ein höheres Verhältnis der Ueberlegenheit zu begegnen, indem wir vier weitere Schiffe während der gleichen Periode bauen und sie über sechs Jahre verteilen. Der Entwurf unserer Neubauten, den ich unter aller Reserve mache, würde folgendermaßen aussehen: Vier, fünf, vier, vier, vier gegen zwei, drei, zwei, zwei, zwei, zwei. Ich will in diesem Zusammenhang, daß auf eine etwaige Verzögerung oder Verminderung der deutschen Bauten, sobald sie deutlich wird, hier in gewissen Grenzen weite, volle entsprechende Reduktionen alsbald folgen werden. Wenn zum Beispiel Deutschland eins oder sogar zwei Schiffe aus seinem jährlichen Programm fallen läßt, werden wir, falls nicht anderwärts eine gefährliche Entwicklung eintritt, sofort unsere entsprechende Quote fallen lassen, und jede Verringerung des Tempos Deutschlands würde natürlich in größerem Maßstabe von uns nachgehakt werden, freilich in gewissen Grenzen, weil wir in gewissen Grade die Bauten anderer Mächte in Betracht zu ziehen haben. Aber nehmen wir das nächste

Jahr 1913, wo Deutschland drei, England fünf Schiffe bauen will! Angenommen, wir machten beide ein Jahr Ferien, um im Buch des nationalen Misstrauens ein weißes Blatt einzufügen, angenommen, Deutschland würde in diesem Jahre keine Schiffe bauen, so würde es sechs bis sieben Millionen Pfund Sterling sparen. Aber das ist nicht alles; wir würden unter gewöhnlichen Umständen den Bau unserer Schiffe beginnen, wenn Deutschland den der seinigen begonnen hat. Die drei Schiffe, die Deutschland nicht bauen würde, würden automatisch fünf britische Ueberdreadnoughts bereitzustellen, das ist mehr, als die Deutschen im wirklichen Kriege erhoffen dürften. Was die indirekten Ergebnisse selbst eines Jahres anbetrifft, so wären sie einfach unermesslich, nicht nur für die beiden großen Bruderorganisationen, sondern auch für die ganze Welt der arbeitenden Menschheit, unermesslich in Hoffnung und Glanz. Die Deutschen werden an Seemacht durch eine Vermehrung nichts gewinnen und durch eine Verminderung nichts verlieren. Dies ist ein vollkommen einfacher Plan, nach dem ohne diplomatische Verhandlungen, ohne Feilschen und ohne die geringste Beschränkung der souveränen Freiheit beider Mächte diese hitzige, kostspielige Rivalität zur See für eine Zeit abgestellt werden kann. Ich bin überzeugt, daß es besser ist, dies ganz einfach und offen der Beurteilung durch die Parlamente und das Volk zu unterbreiten.

In betreff der kleineren Fahrzeuge fordert die Admiralität zwanzig Zerstörer, die möglichst bald vollendet sein sollen, und 700 000 Pfund Sterling für Unterseeboote, deren Zahl nicht angegeben wird, weil sie den Typ genau erkennen ließe. Die kleinen Kreuzer bilden einen neuen Charakterzug des Programms. Es wird beabsichtigt, zu einem kleineren Typ zurückzukehren und acht Schiffe einer neuen Klasse zu bauen, anstatt wie bisher vier „Chatham“ und eine „Blonde“. Der neue Typ ist zu bezeichnen als leichtster Panzerkreuzer. Diese Schiffe sind bestimmt zur Begleitung der Kriegsflotte und stark und schnell genug, um Zerstörer einzuholen und zu vernichten, die Flotte vor einem Tagesangriff durch Zerstörer zu schützen und allgemein den Zwecken der Beobachtung und Aufklärung zu dienen.

Minister Churchill erörterte dann das Problem der Deifizierung und der Luftschiffahrt. Eine Anzahl Aeroplane zur Ausbildung und zu Versuchszwecken werden hauptsächlich in England gekauft. Einige davon sind dem besonderen Bedürfnisse der Flotte angepaßt. Obwohl der gegenwärtige Etat keine Gelder für lenkbare Luftschiffe einstellt, darf man nicht annehmen, daß diese Angelegenheit nicht Gegenstand unablässiger Aufmerksamkeit sei.

Churchill fuhr fort: Es ist unmöglich zu sagen, ob unsere hauptsächlichsten Rivalen so schnell bauen können als wir. Es ist jedenfalls sicher, daß sie tatsächlich nicht so schnell bauen. Es ist ebenfalls richtig, daß wir große Schiffe im Laufe eines einzigen Jahres bauen, bewaffnen und ausrüsten können. Die wachsende Vermehrung des Mannschaftebestandes der fremden Flotten macht es notwendig, unseren Mannschaftebestand zu verstärken. Wir als Nation befinden uns in der Defensivlage. Es ist undenkbar, daß wir auf Deutschland oder eine andere europäische Macht einen unermuteten Angriff machen. Abgesehen von der moralischen Seite, was würde es nützen? Wir haben kein Mittel, einen solchen Angriff, selbst wenn er erfolgreich wäre, auszunutzen und den Krieg zu einem schnellen Abschluß zu bringen. Wir sind auf die Defensivlage angewiesen. Die Folgen einer Niederlage zur See wären für uns so viel größer als für Deutschland und Frankreich. Unsere Position ist im hohen Grade künstlich. Wir beziehen unsere Nahrungsmittel über See. Wir haben eine sehr kleine Armee und können die Unabhängigkeit und die Lebensinteressen eines großen kontinentalen Staates nicht bedrohen und könnten keine Invasion gegen einen kontinentalen Staat ausführen. Diese Tatsachen rechtfertigen die maritime Suprematie Englands. Wir betrachten die Stärke unserer Flotte nicht von dem Gesichtspunkt des Handels,

sondern von dem unserer Freiheit. Wir dürfen es niemals dahin kommen lassen, daß die Flotte einer einzelnen Macht und in irgendeinem Augenblick mit begründeter Aussicht auf Erfolg angreifen könnte. Wenn dies „insulare Arroganz“ ist, so ist es zugleich die erste Bedingung unserer Existenz. Es wird keine Schwäche machen, Vorkehrungen zu treffen, die uns ermutigen, unsere Stellung zu erhalten und so schnell als notwendig den entsprechenden Spielraum für unsere Sicherheit zu gewährleisten. Diese Maßregeln werden auch keine übermäßigen und unerbittlichen Ausgaben herbeiführen. Es ist nur nötig, einen größeren Bruchteil der vorhandenen Flotte auf einen höheren Stand der Indienststellung und damit zu größerer Bereitschaft zu bringen.

Wir beabsichtigen, die Organisation der Flotte vollständig zu ändern. Die Schiffe für den Schutz des Königreichs (home defence) werden in eine erste, zweite und dritte Flotte eingeteilt, die acht Kriegsgeschwader zu je acht Schiffen bilden sollen, zugleich mit den Kreuzergeschwadern, den Flottillen und sämtlichen Hilfsfahrzeugen. Jede dieser drei Flotten bildet eine Verwaltungseinheit und hat einen bestimmten Standard der Indienststellung (commission). Die erste Flotte wird vier Kriegsgeschwader von Schiffen in voller Indienststellung samt einem Flaggschiff umfassen und wird folgendermaßen gebildet: die Kriegsschiffe der ersten und zweiten Division der Heimatflotte werden das erste und zweite Kriegsgeschwader. Die atlantische Flotte wird auf die Heimatflotten anstatt auf Gibraltar basiert und wird drittes Kriegsgeschwader. Dieses Geschwader wird im Laufe dieses Jahres auf acht Schiffe gebracht. Das vierte Kriegsgeschwader wird gebildet aus den Kriegsschiffen, die jetzt im Mittelmeer stationiert sind, tritt an Stelle der atlantischen Flotte, wird auf Gibraltar basiert und nötigenfalls auf acht Schiffe gebracht. Die zweite Flotte besteht aus zwei Geschwadern mit den dazu gehörigen Kreuzern auf dem Niveau der gegenwärtigen dritten Division, das heißt, die Schiffe bedürfen zur Mobilisierung keine Reserve, die Hälfte der Mannschaften ist stets an Bord, die andere Hälfte in Schulen und Baracken an Land. Diese Schiffe kosten in bezug auf die Befahrung und die Erhaltung praktisch ebensoviel als die Schiffe in voller Dienstbereitschaft. Sie sind aber insofern im Nachteil, als sie allein mit einer Stammmannschaft an Bord fern von den Heimatflotten kreuzen könnten, wenn ein kritischer Augenblick eintritt. Sie müssen in einem solchen Falle erst die Heimatflotten anlaufen, um den Rest der Mannschaften an Bord zu nehmen. Es wird vorgeschlagen, die vorhandenen elf Kriegsschiffe der dritten Division auf sechzehn zu erhöhen und sie in ein fünftes und sechstes Kriegsgeschwader einzuteilen. Eins dieser beiden Geschwader wird sich stets in den Heimatflotten befinden und daher bereit sein, sich sofort in Bewegung zu setzen. Das zweite Geschwader wird gemeinsam in dem gleichen Zustand der Bereitschaft befinden und nur während eines Teils des Jahres kreuzen. — Die Bildung dieser zweiten Flotte findet sofort statt, wird aber die volle Geschwaderstärke erst nach mehreren Jahren erreichen, sofern die Umstände nicht eine Beschleunigung nötig machen. Die dritte Flotte soll aus zwei Kriegsgeschwadern mit Kreuzern bestehen und wird im Frieden wie die gegenwärtige vierte Division bemantelt sein, das heißt mit reduzierter Stammmannschaft. Es ist also eine wirkliche Mobilisierung erforderlich, bevor diese dritte Flotte vollständig in See gehen kann. Bei aller Beschleunigung werden daher immer einige Tage vergehen, bis sie schlagfertig ist. Es wird beabsichtigt, eine neue Klasse der Flottensysteme, die mittelbare Reserve, zunächst aus 5000 Mann zu bilden. Wir werden also in Mobilisationsfälle eine Flotte von 57 beziehungsweise 65 Kriegsschiffen haben gegenüber einer Zahl von 38 der nächststärksten Seemacht. Dies Verhältnis von 57 zu 38 wäre ausreichend, wenn die Ziffern allein entscheidend wären. Die Reorganisation ließe sich leicht weiterentwickeln; es wäre ganz einfach, die Geschwader auf neun und später auf zehn Schiffe zu vermehren. Es liegt dies jedoch jenseits der Periode von vier oder fünf Jahren, die den äußersten Horizont unserer Flottenpolitik darstellt. Wir bilden dieses Jahr die siebente Zerstörerflotte, im nächsten Jahr die achte, vielleicht die neunte im Jahre 1915. Die unmittelbaren

Bei den Streikenden im Ruhrrevier.

I. Ankunft.

Ob ich für Ihr Blatt hinfahren möchte, um einige „Stimmungsbilder“ zu schreiben? Gern und mit der größten Bereitwilligkeit. Ich habe in diesen Spalten schon soviel über „Kunst“ gesprochen, daß es mir nur angenehm sein kann, mich einmal wieder mit dem „vollen Menschenleben“, das für den Berliner Westhafen kaum vorhanden, zu beschäftigen. Nun sitze ich hier in meinem kleinen Hotelzimmer im Herzen des Ruhrreviers. Die Lampe brennt schlecht. Jeden Augenblick schwankt und erzittert der Tisch durch das Vorbeifahren eines Zuges. Bevor ich zu schreiben beginne, habe ich den Raum ein wenig gelüftet, denn darunter befindet sich das Wirtszimmer, und der Dampf und Qualm scheint durch die Ritzen des Fußbodens gezogen zu sein. Nun schweben Rußfäden durchs Zimmer. Auf den weißen Kissenbezügen meines Bettes, auf meinen Notizen und Papieren liegen sie. Draußen ist es still geworden. Von den Schornsteinen und Fabriken, von den schwarzrauchigen Rauern und schmutzigen Straßen sieht man nichts mehr. Jahn Uhr. Es würde alles wie ausgestorben sein, wenn nicht am Bahnhof rangiert würde, und wenn man von unten nicht reden und lachen hörte. Um diese Zeit beginnt das nervöse Nachleben, das sorglose, sich um nichts bekümmende, Berlins — hier in den schiefen beleuchteten Straßen blickt man auf, wenn ein Schritt ertönt.

Um 6 Uhr heute früh bin ich in der Absicht, etwas langsamer die Gegend zu bereisen, mit einem Dummelzug von Oberhausen abzufahren. Es war ein tolltoller, grauer Regenmorgen mit fahlen, sich auf das Land, die Dächer, die Fabrikungestänge und Schornsteine herabdrückenden Wolken. Langsam regnete es und die Tropfen spritzten an die Coupéfenster. Die schlammigen Landwege lagen verflucht. Manchmal, ganz still, wie etwas, das nicht in diese eintönige, melancholische Reihe von Industriegebäuden gehörte, lag ein frischgrünes Stückchen Weide mit Dählern, die beim Vorbeifahren des Zuges auseinanderfielen, sonderbar fröhlich aufblühend, vorüber. Aber sofort darauf wieder das matte Feuer eines Eisenweges oder der vom Regen trüg niedergepreßte Qualm eines Schornsteinkolosses. Sogar die blauen Dampfmassen der Fabriken sahen sich bleiern auf den plumpen, schwarzen, gleichmäßig-büsteren, röhrenden Wänden mit seinen Bergen von Schlacken und Eisenabfall und Kollivagen und Quadern von „Stempeln“ zum Stützen der Flüsse in den Gruben. Hier überall war der Streik ausgebrochen. Man sah und fühlte das. Wo sonst um diese Zeit ein ziemlich lebhafter Betrieb in der Bahnhofsumgebung war, wo man sonst Vergarbeiter warten sah, um in die Fächer überführt zu werden, wo die Wege nie so menschenleer waren, weil die Frühfrucht um 8 Uhr beginnt und es noch eine Menge „Kumpels“ gibt, die nicht in den Arbeiterkolonien der Gruben wohnen, dort herrichte an diesem regnerischen Morgen, in Oberhausen, Altenessen, Welfenkirchen, Herne, Dortmund, und wo nicht alles, eine seltsam bestemmende Einsamkeit. Ob man links oder rechts aus dem Coupéfenster sah, die Monotonie der „Landschaft“, die von keinem Touristen besucht wird, weil hier die „Schönheit“ mangelt, worüber man später, von der Reise zurückgekehrt, mit der Begeisterung des „Naturforschers“ rede, wobei man „Ansichtsammlungen“

vorlegt, wiederholte sich. Links und rechts lagen dieselben schwarzen, qualmenden Fabriksteine, dieselben eisernen Inge-tüme von Fahrstühlen, dieselben trübseligen Arbeiterkolonien, dieselben Berge aus Stein und Grus, die nicht mehr zum Abbau der Flüsse zu verwendend waren, dieselben Stapel von Schafhölzern und Stempeln — dieselbe Reihe Turmspitzen. Schornsteine und Turmspitzen. Unzählbare Schornsteine, unzählbare Turmspitzen. Wo sich nach einer Strecke Flachland wieder die Schornsteine in die grauen, fahlen Wolken zu bohren begannen, begann auch gleich wieder das Spiel der Turmspitzen. Bei Welfenkirchen glaubte man einen Augenblick, daß es mehr Kirchen als Fabriken seien. . . .

Darüber kann man nach. Den ganzen Kampf zwischen Organisierten und „Christlichen“ hatte man symbolisch vor Augen.

Die beiden größten Mächte der modernen Zeit, das Proletariat und die heilige römische Kirche, die sogar vor ihren eigenen „christlichen Organisationen“ bange geworden, stehen sich in diesem unermesslichen Industriegebiet gegenüber. Bei diesem Streit ist die Lohnbewegung, das Ringen zwischen Kapital und Arbeit, in den Hintergrund geraten. Hier handelt es sich nicht mehr um den Sieg der Kohlenbarone oder den Sieg der Organisierten des Dreibunds: hier handelt es sich um die Herrschaft Roms. Rom spielt va banque. Rom hat verlangt, daß sich die „christlichen Organisationen“ nicht an Arbeitsstellen beteiligen sollen, Rom wünscht die Rückkehr zur „gelben“ Gewerkschaft, Rom erachtet es in seinem Interesse liegend, gegen eine Verbesserung der Lebensbedingungen zu kämpfen. Die katholische Presse hat seit Tagen daraushisgelesen, hat Kronwalle phantasiert, hat von dem nicht zu ertragenden Terrorismus der Sozialdemokraten gesprochen, hat nach Militär gerufen — und das Militär ist gekommen. Genau wie zur Reichstagswahlzeit und mit noch größerer Dringlichkeit eilten die Geistlichen umher, um die Männer, und besonders die Frauen, zu bestimmen. In einzelnen Fällen — ich hatte am geistigen Abend davon erfahren — war von solchen Vertretern Gottes den Gattinnen der Rat erteilt, ihren Männern den . . . Beschluß zu verweigern, bis sie wieder „arbeitswillig“ geworden. In einer der Kirchen ist für die Arbeitswilligen gebetet worden. Im Jahre 1912. Im Frühjahr 1912, während das erste zögernde Lenzgrün an dürren Baumzweigen sproßte. . . .

Über diese Dinge grübelte ich voller Kummer und Bitterkeit. In einem „Stimmungsbild“, wie bürgerliche Dichter sie zu Duhenden produzieren, Stimmungsbilder über den „erwachenden Morgen“, das „stürmische Meer“, ein Abend in der Nähe des Gletschers“ usw. — wer zählt die schönen Geistesdämpfungen von heute und morgen? —, ist es künstlerisch verfehlt, wenn der tendenziöse Verdruf sichtbar wird. Hat es nicht ein Klaffler so wunderbar richtig gesagt: „Wilde, Künstler, rede nicht!“ Aber ach, mit reinen Stimmungsbildern, lediglich mit Beschreibung, kommen wir nicht aus. Sicher nicht in einer Industriegegend, wo die größten Dichter von heute keine zwei Sätze für die „Gartenlaube“ oder das „Unterhaltungsblatt“ der „Deutschen Tageszeitung“ dichten könnten. Hat der Dichter nicht Sonne, Mond, Sterne, Sommer und Winterlandschaft nötig? . . . Befragt er nicht philosophisch schön das eigene herrliche Seelenleben? . . . Gibt es keinen Tod, keine Unsterblichkeit? Nicht traurige Liebe und Einsamkeit? . . . Und wird alles dies fast Traditionelle, das für Bau und Inhalt des geringsten Sonettis Lebensbedingung ist, in der Gegend der Hochöfen, Hütten, Kohlen, Eisen, Maschinen, Fahrstühle und Fabrik-schornsteine gefunden? Wirken nicht sogar die sonst so didaktisch inspirierenden Kirchtürme häßlich und materialistisch im Qualm

und Aufgewirbel, im Dampf und Geräusch des Fabrikgebiets, daß im Lenz und Herbst gleichmäßig abtöndend ist? . . .

Bei Herne fragte, scheinbar auf dem Terrain einer Hecke, eine hübsche Kirche auf. Der Kirchturm war höher, als die ihn umringenden Schornsteine. Ich wählte, ein Kreuz zu sehen, ein Kreuz, bedeckt und verwettert von demselben Ruß, der mein Hotelzimmer durchschwebte, ein Kreuz über dem Dampfgetöse. Unten dicht daneben befand sich eine Wirtschaf. Vor den geschlossenen Türen standen zwei Gendarmen mit Gewehren in der Hand — es mögen auch Infanteristen gewesen sein. Aus der Ferne weiß man nicht genau, ob man ein Kreuz sieht, woran Christus steht, Gendarmen oder Infanteristen. Aber auch zwischen den Eisenbahnwagen bewegten sich Soldaten, den Manteltragen hochgeschlagen, um heim ständigen Regen etwas trocken zu bleiben. Nun war alles komplett. Nun schloß nichts mehr am Schemel der Zeit: Fabriksteine, Turmspitze, bewaffnete Macht. Nun wußte man, daß man mitten im Streikgebiet war, wo die Kirche ihre Gläubigen „beschützen“ ließ, daß man an der Stelle angekommen, wo man im Zeichen des Kreuzes das verbrochene moderne Proletariat verhindert, für seine Menschenrechte aufzukommen. . . .

Schornsteine — Turmspitzen. Moderne Zeit — Mittelalter. Ein erwachter Teil der Menschheit — der geistliche Dämpfer. Die Maschine, die heute noch manchem Stund bringt, aber die Erlösung für die Zukunft ist — die hartnäckigste Reaktion. Der Fortschritt der Industrie — das mit Menschenleben spielende Rom.

Die wirklichen Christen, die mit Kraft und Aufopferung für ihre Gemeinschaft arbeiten — die Kirchtürme und die Keinen, verblendeten, mit jämmerlichen Mitteln wühlenden Diener der Kirche.

Im Zuge, in einem der anderen Coupés dritter Klasse sah ein Franziskanermond in weißer Kutte.

Er unterhielt sich mit den Passagieren über den Streik, sprach mit Entrüstung über die schändlichen Taten der Organisierten. In der Nähe von Hamm, erzählte er, hätte man einem christlichen Bergmann, der für Frau und Kinder „ins Loch“ zu kriechen wünschte, Ohren und Nase abgeschnitten und den Verwundeten so „laufen“ lassen.

Ein Mitreisender mit der blauen Karde eines Kumpels auf der Wange, ein „Organisierter“ fragte, wo das geschehen sei.

„In der Nähe von Hamm,“ sagte der Franziskaner.

„Haben Sie das selbst gesehen?“

„Nein.“

„Wenn Sie es nicht gesehen haben, warum erzählen Sie denn solche Märchen?“

„Ich habe es von glaubwürdiger Seite.“

„Von wem?“

„Wenn ich es erzähle, dann ist es so,“ antwortete der Franziskaner.

„Das ist einfach gelogen!“ sprach der Organisierte empört.

Darauf entstand eine peinliche Stille.

Und ich blühte wieder noch draufhin.

Schornstein auf Schornstein, Kirchturm auf Kirchturm, Fahrstühl auf Fahrstühl flogen an meinem Coupéfenster vorüber. Wo viele Kirchen waren — oder war das Einbildung? — bewegte sich manches Hahnenfußkraut, wo man wenig Turmspitzen sah und viele Schornsteine, stand alles still, wie am Sonntag.

Draußen war der Regen stärker geworden — drinnen, im Coupé nebenan, erklang das Geräusch empörter Stimmen.

Kosten dieser Maßregeln werden nicht groß sein. Der hauptsächlichste Betrag entfällt auf die Vermehrung des Mannschaftebestandes. Die Vermehrung unter dem jetzt geltenden deutschen Gesetz beträgt 3500 Mann, dagegen fordern wir, ich denke mit großer Wahrscheinlichkeit, eine Vermehrung von durchschnittlich nur 2000 Mann. Wenn anderwärts weitere Vermehrungen stattfinden, werden wir es für notwendig erachten, beträchtliche Vermehrungen zu fordern.

Nach der anderthalbstündigen Rede Churchills erklärte Lee, die Rede Churchills beweise, daß die Admiralität entschlossen sei, eine klare, feste und resolute Politik in Bezug auf die Seestreitkräfte England zu verfolgen. Churchill habe absolut klar gemacht, daß in Zukunft eine gewaltige Erhöhung der Ausgaben Englands für die Flotte stattfinden müsse. Die Voranschläge seien basierend auf der Annahme, daß keine Erhöhung in den beruflichen Bauprogrammen der auswärtigen Mächte eintrete. In diesem Fall wäre ein offenes Wort das Beste. Lee schloß: Da die Macht zur See für und eine Lebensbedingung ist, so glaube ich nicht, daß irgendein verständiger sagen kann, wir trieben es darin zu weit. Sicherlich kann nicht behauptet werden, daß wir das Tempo forcieren. Der einzig mögliche Zweifel ist, ob für das alternativmäßigste mit unserer vollkommenen Sicherheit zu vereinbarende Minimum gegenwärtig genügend gesorgt wird, und ich glaube, es wird gerade nur eben erhalten, und wir nehmen keine provozierende Stellung ein. Ich fasse die Politik der Admiralität dahin auf, daß wir eine Überlegenheit von 60 Proz. über die nächstgrößte Macht behalten, wenn die fremden Mächte an ihren Flottenprogrammen festhalten, daß aber, wenn diese Programme irgendeine Erweiterung erfahren, unsere Antwort in der Anwendung des Grundgesetzes bestehen wird: „Zwei Meile gegen einen“. Lord Weymouth erklärte, der erste Paragraph der dem Flottenetat beigegebenen Denkschrift sei eine indirekte Drohung und Herausforderung gegen Deutschland. Churchill hätte das, was zur Verteidigung des Reiches notwendig sei, auch darlegen können, ohne Deutschland zu erwähnen oder unnötige Aufregung zu verursachen. Dies sei nicht das Mittel gewesen, den Frieden zu wahren oder zu einer Einschränkung der Rüstungen zu gelangen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Eine außerordentliche Kreisgeneralversammlung des 10. württembergischen Reichstagswahlkreises (Göppingen) beschäftigte sich mit der letzten Reichstagswahl und den Differenzen, die sich zwischen den Kandidaten Genossen Dr. Lindemann, der „Donauwacht“-Ulm, des Heilbronner „Redar-Ges.“ einerseits, der Kreisleitung und der Redaktion des Göppinger Parteiorgans, der „Freien Volkszeitung“ andererseits herausgebildet haben. Die Versammlung war stärker besucht als je zuvor: 142 Delegierte waren anwesend. Vom Landesvorstand waren die Genossen Hildenbrand, Wasner, Frey und Fischer anwesend, vom Landesausführenden Genossen Göhring-Ulm und Stubenrauch-Heuerbach. Das Referat hatte der Kreisvorsitzende Schepferle. Genosse Lindemann legte seine Stellung ausdrücklich dar. Die vier Mitglieder des Landesvorstandes nahmen in der Diskussion das Wort. Als vom Landesausführenden Genosse Göhring-Ulm, der auf der letzten Landesversammlung den Antrag auf Entlassung der „Tagwacht“-Redakteure gestellt hat, den abweisenden Genossen Westmeyer angriff, unterbrachen ihn stürmische Juristen. Die Versammlung mußte auf eine Viertelstunde verlagert werden. Mit allen gegen 8 Stimmen gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die heutige Generalversammlung spricht dem Kreisvorstand und der „Freien Volkszeitung“ für ihre tatkräftige Führung des Wahlkampfes ihre volle Anerkennung aus. Sie erachtet es als vornehmste Aufgabe der Partei, ihre Ideen in völliger Übereinstimmung mit dem Programm überall zum Ausdruck zu bringen. Eine weitere Resolution, die zur Annahme gelangte, lautet: „Die Parteigenossen des 10. württembergischen Wahlkreises bedauern das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der fortschrittlichen Volkspartei insofern, als dadurch unsere Genossen in 16 Kreisen, wo wir mit dem Freisinn in Stichwahl standen, verpöndelt wurden, die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten durch Dämpfung des Wahlkampfes zu sichern.“

Macdonald über die Aufgabe der sozialistischen Akademiker.

In einer Ansprache, die Genosse M. Macdonald bei Uebernahme

am 11. Uhr an diesem ersten Tag war ich auf dem Streikbureau eines Bezirks, wo nach Schätzung ungefähr 90 Prozent streikten. Ich wiederhole ungefähr, denn ich war persönlich schon, war es den Organisierten durch den Terrorismus von Polizei, Genaranten, Insanterie und Kavallerie unmöglich gemacht, zu kontrollieren, wieviel Arbeitswillige sich zur Früharbeit anmeldeten. Man war von „offiziellen“ Äußerungen abhängig. Streikposten wurden nicht geduldet. In der näheren Umgebung der Zechen galt jeder Spaziergänger als „Staatsgefährlich“. War es unter solchen Umständen möglich, den Klammern bürgerlicher Zeitungen über Abnahme des Streiks Glauben zu schenken? Man erzählte mir auf dem Streikbureau, daß man sich unter einem wirtlichen Belagerungszustand befände, aber unter einer sehr einseitigen, da niemand davon dachte, den Arbeitswilligen Revolver und andere Waffen wegzunehmen. Im Besitz des Bezirksleiters befanden sich zwei mit starken Patronen geladene Revolver, womit auf Organisierte geschossen worden war. Auch sprach man mit Heftiger Entrüstung über einen Vorfall auf einer Versammlung in Köthen in der Gegend von Ilms, wo ein Leutnant, der veranlaßt wurde, zwei Detektivgeschichten gelesen hatte, mit einem Säbel in der einen und einem Revolver in der anderen Hand, gefolgt von 60 Mann Soldaten, in das ruhige Versammlungslokal eingedrungen sei und ohne weiteres gerufen hätte: „Im Namen Seiner Majestät fordere ich Sie auf, sofort den Saal zu räumen, sofort auseinanderzugehen!“ Wenn der Referent nicht die Geistesgegenwart besessen hätte, zu sagen: „Weißt ruhig sitzen oder entfernt Euch langsam! Seid besonnen!“ würde es zu einer Katastrophe gekommen sein.

Während man mir so das Eine und Andere erzählte, stand das Telefon keinen Augenblick still. Jeden Moment teilten andere Streikbureaus Berichte mit und jede Minute kamen Klumpen aus der Umgebung, um Instruktionen zu holen. Darüber und über eine Versammlung auf der Besse Road, der ich mittags beiwohnte, erzählte ich Ihnen morgen.

Dortmund, 10. März.

Heinz Sperber.

Kleines Feuilleton.

Der Kampf um den Friedhof. Aus Konstantinopel wird uns geschrieben: Die Toten haben es gut: sie brauchen keinen Mietzins zu zahlen. Aber in der kapitalistischen Zeit wächst die Grundrente auch aus den Gräbern, und wenn die Zeit der Gewinnneinnehmung gekommen ist, dann werden die Friedhöfe umgeschauelt, und die Toten werden ermittelt, um der lebenden Plasmacher Platz zu machen.

Ich will mich durchaus nicht zum Anwalt der Toten machen. Ich bin vielmehr der Meinung, daß die Toten und das Tot viel zu viel Platz in unserem Leben einnehmen. Hinter jeder Gestalt von Fleisch und Blut sehe ich Wespen, die bis in die dunkelsten Zeiten hinabreichen; hinter jeder frischen Tat die tote Hand, die sie zurückhält. Doch das ist meine persönliche Ansicht, die mit den dramatisch bewegten und religiös verklärten Ereignissen, die ich zu schildern habe, nichts zu tun hat.

Als die türkische Regierung den Plan hatte, den armenischen Friedhof von Bancaldi, einem Stadtteil von Konstantinopel, niederzureißen, um die Straße zu erweitern und Hindhäuser zu bauen, da erhob die armenische Geistlichkeit Protest dagegen. Sie berief sich auf ihr Privatrecht und sagte dem armenischen Volke: „Wehe, die Gräber unserer Toten sollen entweiht werden!“

der Präsidenschaft der Fabrik-Gesellschaft der Universität Manchester hielt, forderte der Leiter der Arbeiterfraktion des Unterhauses die studierten Sozialisten auf, in die Arbeiterbewegung selbst einzutreten. Dieser waren die Studierenden eher stürend. Sie kamen von der Universität mit den akademischen Vönerphrasen, und nach einem oder zwei Monaten lagen sie, daß für sie kein Platz in der Bewegung ist. Ihr könnt euch selbst einen Platz schaffen! Ohne euch ist die Bewegung unvollständig. Aber kommt nicht zur Arbeiterpartei und fordert, daß sie anders werde, so daß ihr hineinpaßt. Nehmt die Bewegung wie sie ist. Seht, wo sie schwach ist, und habt ihr euch fähig gemacht, sie zu ändern, so ändert sie. Ihr werdet eine kurze Zeit hindurch Entmutigung fühlen, aber auf die Dauer wird eure Arbeit Anerkennung finden. Die Arbeiter sind so oft gekränkt worden, daß sie jedem misstrauen, der auf anderem als ihrem Wege in die Bewegung kommt. Dieses Misstrauen kann nur durch opferwilligen und unermüdblichen Dienst der akademischen Männer und Frauen überwunden werden.

Beimütlich ist in England, entsprechend dem wesentlich beruflichen und teilweise noch künstlerischen Charakter eines großen Teils der Arbeiterbewegung, der Gegensatz zwischen dem Arbeiter der „Schwülen Hand“ und dem aus theoretischem oder sonst demselben Interesse zur Arbeiterschaft getriebenen Angehörigen anderer Schichten schroffer als anderwärts. Ganz Teil darum, weil die englischen Arbeiterorganisationen früher ganz und heute noch überwiegend die Arbeiterkategorien höherer Art vertreten, die natürlich keiner fremden Unterstützung bedürfen, während der Angehörige höherer Schichten, den Mitleid und andere ideale Motive leiten, sein Interesse naturgemäß den Bedürftigsten und zur Selbsthilfe Unfähigen am meisten zuwenden wird. Immerhin haben unter dem Einfluß der sozialistischen Erkenntnis und mit der wachsenden Teilnahme auch der niederen Arbeiterschichten an der Organisationsarbeit als diese äußerlichen Gegensätze an Schärfe bedeutend verloren.

Austritt eines Abgeordneten aus der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Das bisherige Mitglied der sozialdemokratischen Dumafraktion L. Veloussow hat dieser Tage seinen Austritt aus der Fraktion erklärt. Als Grund führte er an, er habe sich in den letzten zwei Jahren vollkommen fremd in der Fraktion gefühlt. Zugleich drückte er den Wunsch aus, sein Austritt aus der Fraktion möge nicht veröffentlicht werden.

Die Fraktion reagierte auf dieses merkwürdige Verhalten ihres früheren Mitgliedes durch den Beschluß, sein Ausscheiden aus der Fraktion unterzählig zu veröffentlichen, u. a. weil sie die Grenzen der weiteren Evolution ihres früheren Mitgliedes absolut nicht absehen könne, welches jahrelang in einem ihm vollkommen fremden Kreise zu weilen vermochte und diesen in einem Augenblick verließ, der ihm zweifellos aus rein persönlichen und keineswegs aus prinzipiellen Gründen als günstig erscheine. Zugleich forderte die Fraktion den Abgeordneten Veloussow auf, unverzüglich sein Mandat niederzulegen, da er u. a. auch mit sozialdemokratischen Stimmen gewählt wurde und bis zuletzt Hand in Hand mit der sozialdemokratischen Fraktion in der Duma gearbeitet habe.

Ähnliche Erfahrungen wie mit Veloussow hat die Fraktion der russischen Sozialdemokratie schon vor etwa zwei Jahren mit ihrem früheren Mitgliede Schilkin gemacht, das, obgleich nicht als Kandidat unserer Partei gewählt, sich bei seinem Eintritt in die Duma der sozialdemokratischen Fraktion angeschlossen hatte. Diese trüben Erfahrungen werden unsere russischen Genossen bei den nächsten Wahlen sicherlich veranlassen, sich die Leute sorgfältiger anzusehen, die in die Reihen ihrer parlamentarischen Vertretung aufgenommen werden wollen.

Verfammlungen.

Für die Darmarbeiter und Arbeiterinnen hatte der Fleischerverband am Freitag eine Versammlung einberufen, um ihnen den Wert der Organisation vor Augen zu führen. Der Referent Bergmann verwies darauf, daß der Zentralverband der Fleischer eine Sektion der Darmarbeiter eingerichtet hat, die auch eine verhältnismäßig starke Mitgliederzahl hat. Daneben gehört ein Teil der Darmarbeiter anderen Organisationen an und ein nicht unerheblicher Teil ist nicht organisiert. Diese zu gewinnen und eine einheitliche Organisation zu schaffen, ist notwendig, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieses Berufszweiges zu bessern.

Große Traurigkeit bemächtigte sich des Volkes: „Wehe um die armen Seelen, wehe um die verfolgte Kirche!“ Die türkische Regierung ließ die Seelen aus dem Spiele und verhandelte über den Preis. Das Verbot der armenischen Kirche selbst wurde übrigens angezweifelt.

Lange übten sich der türkische Nangleimensch und der armenische Nangleimensch im Geduldspiel der gegenseitigen Verhandlungen, doch da die Kirche sich auf die tote Seite legte, bereitete sie offenbar das Abwarten keine Schmerzen. Da schickte die Regierung eines Tages Leute, um die Mauer niederzureißen. Sie wollten die vollendete Tatsache auf ihrer Seite haben.

Doch sie rechnete nicht mit der idealen Macht des Glaubens. Raum wurde der erste Hodschnagel an der Friedhofsmauer getan, da ließ die fromme armenische Bevölkerung in hellen Haufen zusammen. Die Kinder und die Frauen waren die ersten am Platze. Die Handwerker und die Händler der umliegenden Straßen zogen eiligst mit. Mit Wundbeile verbreitete sich das Gerücht über das ganze Stadtviertel, und von allem Seiten sah man die Armenier in höchster Aufregung dem alten Friedhofe zustürmen. Unter Herwünsungen und Jammergeschreien eilerten die Frauen zum äußersten Widerstand an. Die Priester vereinigten sich mit dem Volke und wurden zu dessen Anführern. Ihre schwarzen Sutanen leuchteten wie dämonische Gestalten unter der Masse. Steinalte Gerichte, wahre biblische Patriarchenköpfe, hielten Ansprachen an die Gemeinde, um sie zum Märtyrium für die heilige Sache anzueifern. Plötzlich hörte alles zur Friedhofsmauer, viele warfen sich zu Boden, und in einer wahren Orgie religiöser Vergütung erhoben sich Särge von allen Seiten: sie lieber niederweheln lassen, als daß auch nur noch ein Stein von dem geheiligten Platze gerührt werde!

Da zog die Regierung noch im letzten Augenblick ihre Leute zurück. Die von Raubhänden wurde die zerstörte Mauer vom Volke im Nu wieder aufgerichtet. Und noch bis in die späte Nacht blieben viele Religionskrieger am Platze, um Wache zu halten, daß nicht wieder ein Sakrileg geschehe.

Zwei Tage später traf ich mit einem armenischen Archimandriten zusammen. Schamlos und stolz erwiderte er mir den wohlgepflegten Fingern den wohlgepflegten breiten Bart und sagte mit der milden, weichen Stimme, wie sie den Priestern eigen ist — nur in den Augen funkelte es hitzig: „Schon habe ich den Scheid in der Tasche. Den Scheid über 2000 türkische Pfund, die der Staat für unseren Friedhof zahlt.“

Die Kirche überließ sich eine Formel und tat einen Spruch, die den Penn übten und die Seelen der Toten wie der Lebenden von der Gefahr befreiten, die ihnen drohte.

Heute ging ich am armenischen Friedhof in Bancaldi vorbei. Die Toten wurden exhumiert. Doch vor allem still. Nichts regte sich. Einige haben freistanden in der Entfernung. Hier und da fanden Frauen aus dem Volke an den offenen Gräbern, in denen früher die Gebeine ihrer Lieben ruhten. Sie wuschien sich mit dem Luchsigel Tränen aus den Augen. Es war mir, als wenn der Geruch der Verwesung sich dicht am Boden breitete. . .

Humor und Satire.

Deutscher Stolz.

Gott sei Dank, es ging ein Schuß daneben, und gerettet ist Emanuel.
Dreimal hoch soll man denselben leben!
auch der Teufel stimmt in das Gedell.

Dem auf dem städtischen Schlachthof beschäftigten Darmarbeitern gelang es feinerzeit, mit Hilfe des Verbandes wesentliche Verbesserungen ihrer Lage zu erreichen. Auch die weitgehende Ausbreitung jugendlicher Arbeitskräfte — selbst Schulknaben waren darunter — ist schließlich beseitigt worden, nachdem sich die Oeffentlichkeit damit beschäftigt hatte. Wenn auch bei einigen Firmen der Darmbranche erträgliche Verhältnisse herrschen, so gibt es doch noch andere Firmen, wo Wochenlöhne von 17 bis 18 M. gezahlt werden und namentlich in hygienischer Beziehung arge Mängel herrschen. Es ist dies ein Punkt, der dringend der Verbesserung bedarf. Das Reinigen und Bearbeiten der Därme ist eine nicht nur wenig appetitliche, sondern auch ungesunde Beschäftigung. Es ist deshalb notwendig, die Arbeitsräume so einzurichten, daß die gesundheitschädlichen Einflüsse der Arbeit nach Möglichkeit verhindert werden. Ebenso notwendig ist es, daß den Darmarbeitern ausreichende Löhne gezahlt werden. Alles das können sie jedoch nur erreichen, wenn sie sich der Organisation anschließen.

Aus aller Welt.

Ein verunglückter Militärballon.

Bei einer Übung oberhalb des Kronenburger Grotzerplatzes im Glatz rief am Dienstagvormittag das Haltau eines benannten Drachenballons der Strohburger Festungs-Telegraphenabteilung aus noch nicht aufgeklärter Ursache. Der ziemlich stark Südwest trieb den Ballon in der Richtung gegen Fischheim, als plötzlich die nachschleifende Stahltrasse mit einer Hochspannungsleitung in Verberührung kam, so daß infolge des Kurzschlusses der Ballon Feuer fing und bei der Viehweimer Eisenbahnwärterhäute aus beträchtlicher Höhe abstürzte. Der Ballon ist verbrannt, die beiden Insassen trugen schwere Verletzungen davon. Oberleutnant Florer vom Infanterieregiment Nr. 132 erlitt neben einem Schädelbruch einen Arm- und Beinbruch sowie starke Quetschungen und vielleicht auch innere Verletzungen. Sein Zustand ist fast hoffnungslos. Das Bestehen des Oberleutnants Körner, der einen Armbruch davontrug, ist verhältnismäßig gut.

Die Explosionskatastrophe in Texas.

Nach den heute vorliegenden Telegrammen ist die Wirkung der Explosion in San Antonio noch fürchtbarer, als zuerst angenommen wurde. Die Zahl der umgelommenen Personen beträgt nach den bisherigen Feststellungen fünfundsiebenzig. Der Lokomotivschuppen und die Kupferchemie wurden völlig zerstört. An anderen benachbarten kleineren Gebäuden wurden ebenfalls große Zerstörungen angerichtet. Die im Schuppen befindlichen übrigen Lokomotiven wurden zertrümmert. In der Kupferchemie wurden allein fünfzehn Leichen aufgefunden, die teilweise in Dachpallen oder zwischen Maschinenteile eingeklemmt waren. Der vordere Teil der explodierenden Lokomotive wurde auf ein in einiger Entfernung befindliches Haus geschleudert, durchschlug das Dach, zerstörte das Zimmer und blieb im Erdgeschoß liegen.

Meine Notizen.

Selbstmord im Gefängnis. Die Kriminalpolizei in Köln hat einen Schneider mit Namen Opladen wegen Sittlichkeitsverbrechen verhaftet. Der Mann hatte ein Holzbein, in dem er einen Revolver verborgen hielt. Gestern morgen wurde er erschossen in seiner Zelle aufgefunden.

Bergarbeiterlos. Auf dem Schacht Oskar der Grube Petershofen in Dulsichin sind am Dienstag drei Bergleute verunglückt worden. Alle drei wurden getötet.

Neue Opfer des Methylnalkohols. Aus Czernowitz wird gemeldet, daß gestern in Alt-Buzja drei Orisbewohner nach dem Genuß von Schnaps unter Vergiftungsercheinungen gestorben sind. Ein vierter ringt mit dem Tode. Man nimmt Vergiftung durch Methylnalkohol an.

Kampf mit Sträflingen. Drei Sträflinge aus dem Staatsgefängnis zu Nebraska (Nordamerika) entwichene Sträflinge wurden am Montag von der Polizei in ihren Schlupfwinkeln überführt. Die Verbrecher legten jedoch ihrer Verhaftung lebhaften Widerstand entgegen und bei dem sich entzündenden Feuergefecht wurden schließlich alle drei Sträflinge niedergeschossen. Sie waren sofort tot.

Und zugleich in tröstlicher Erwägung ruft er bei so kläglichem Gescheh mit patriotischer Bewegung: ach, wie schießt ihr Italiener schlecht!

Seht dagegen uns, das Volk der Dichter, seht, wie sicher man in Deutschland schießt! (Notabene nur auf Streikgelichter, Könige (spont sogar der Polizei.)

Franz.

Notizen.

In Sachen der Schillerstiftung fand am Sonntag in Berlin eine Sitzung von einer Art Schiedsgericht statt, das sich selber konstituiert hatte. (Die Stiftung hatte bekanntlich das Schiedsgericht abgelehnt.) Man war darüber einig, daß die Schillerstiftung in sehr vielen Fällen Gelder sayungswidrig ausgegeben hat: an Unberechtigte, Unbedeutende und Unwürdige. Da an dem guten Glauben und Willen der Stiftungsoverwarter nicht gezweifelt wurde, sprach man die Erwartung aus, daß sie nunmehr das ihnen anvertraute nationale Gut sayungsgemäß nur zur Förderung der wirklichen Begabung verwenden.

Der Siegeszug des Kinos. Das Reizend-Theater wird diesen Sommer einem kinematographischen Gastspiel (das ist das neueste) die Pforten öffnen. Auch das Neue königl. Operntheater ist an einen kinematographischen Unternehmer vermietet. Man spricht von erziehbildenden und wissenschaftlichen Vorstellungen. Inbes muß man da nicht zu viel erwarten, die Hauptrolle ist bisher immer noch das Sensationsdrama nach Pariser Zuschnitt gewesen. Ein königl. Kino ist aber immerhin etwas Neues.

Die Bühnenschriftsteller gegen den Kinetopp. Der Verband deutscher Bühnenschriftsteller, der ja die Konkurrenz des Kinos an seinen eigenen Mitgliedern führen mag, beschloß sich in einer besonderen Sitzung mit den Gesalbten des Kinos für die Theaterinteressenten. Es wurde ein ausführlicher Resolutionsentwurf entworfen. Man will alle Bühnenteile (vom Dichter bis zum Schauspieler) verpflichten, nicht für das Kino tätig zu sein. Man wünscht einen Einfuhrzoll auf ausländische Filme (was ja ziemlich drückt ist, da dadurch die heimische Produktion nicht getroffen wird und das sentimentale Sensationsdrama ebenso gut bei uns gemacht werden kann). Auch sollen in einer öffentlichen Protestversammlung die Auswüchse der Kinetheater festgenagelt werden.

Die Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf“ ist am Freitag, den 22. März, bis 10 Uhr abends geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt von 7 Uhr ab 50 Pf.

Die Sammlung für Amundsen, deren Erträgnis die Schulden der Expedition decken soll, hat nach einer Meldung aus Kristiania die gewünschten 70000 Kronen gebracht. Das Komitee fordert das Publikum nunmehr auf, die nationale Sammlung für die Nordpolexpedition zu unterstützen, für die außer den 200000 Kronen, die das Störching bewilligen soll, noch 100000 Kronen fehlen.

Die Streikinterpellationen im Dreiklassenhause.

40. Sitzung, Dienstag, den 19. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow, v. Dallwitz.
Die Tribünen sind sehr stark besetzt.
Der nationalliberale Antrag auf Befreiung der Dissidentenländer vom Religionsunterricht wird unter Zustimmung aller Parteien der Unterrichtscommission überwiesen.

Die Bergarbeiterstreik-Interpellationen.

Erster Redner in der Besprechung ist
Abg. v. Trampetzki (Polen), der feststellt, daß die Haltung der Regierung die Unternehmer in ihrem rücksichtslosen Herrschaftspunkt bestärkt habe. Er weist dann nach, daß selbst nach Reichsgerichtsurteilen von willkürlicher Einschränkung der Freiheit der Arbeitswilligen gar nicht gesprochen werden könne. Die Tatarennachrichten, die uns gestern Minister v. Dallwitz vorlas, rechtfertigen diese kolossalen Polizeimaßnahmen nicht. Man löst Belegschaftsversammlungen auf, weil polnisch gesprochen wird. Im Widerspruch zum Gesetz verbietet man polnische Streikversammlungen. Bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes hat Herr v. Weismann solche Schritte fanatischer Polizeibehörden als ausgeschlossen erklärt. Die polnische Organisation wird durch solche Polizeiverbote in ihrer Arbeit zur Aufrechterhaltung der Ordnung gehindert. (Sehr wahr! links.)

Abg. Leinert (Soz.):

Die nationalliberale Partei hat zwar im Reichstage die Scharfmacherei verlassen, aber hier hat gestern Herr v. Friedberg eine Rede gehalten, die ihn ohne weiteres befähigt, Direktionsmitglied im Zechenverband zu werden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und die uns die Gewisheit gegeben hat, daß die nationalliberale Partei die Vertretung des Zechenkapitals als ihre eigentliche Aufgabe betrachtet. Das gestern hier in Scharfmacherei geschwelgt worden ist, das ist kein Wunder. Die bürgerlichen Parteien dieses Hauses befinden sich ja

in gottgewollter Abhängigkeit von den Wählern der ersten Klasse, und auf die der dritten Klasse, zu denen auch die Bergarbeiter gehören, nehmen sie keine Rücksicht. In unverblümtester Weise hat auch die Staatsregierung das Zechenkapital geschützt und geschützt; aber ob der Polizeien, der gestern hier gegen die Arbeiter eingeschlagen wurde, zur Vermehrung der Dividenden in dem erwartenden Maße beitragen wird, das muß erst die Zukunft lehren!

Es ist gar kein Zweifel daran möglich, daß die Bergarbeiterlöhne gesunken sind. Wenn nur die Christlichen mitmachen würden, hätte das Zentrum kein Wort gegen den Streik zu sagen. Aber so muß das Zentrum in unqualifizierbarer Weise auf diejenigen kämpfen, die höhere Löhne auch für die christlichen Arbeiter erlangen wollen, muß es auch nach Polizei und Militär rufen, damit der Kampf in einem ruhigen Ernst und damit auch die christlichen Grundzüge des Zentrums zum Ausdruck gebracht werden! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) An den ungeheuren Millionengewinnen wollen die Arbeiter teilnehmen, die in den letzten Jahren bei sinkenden Löhnen gemacht wurden, nicht erst an dem Gewinn, der von der Kohlenpreissteigerung am 1. April erwartet wird. Die Lohnbewegung ist schon seit 1909 im Gange und sie ist, wie Herr v. Löwenstein im Zechenverband hervorgehoben hat, von dem christlichen Gewerbeverein eingeleitet worden. (Hört! hört! bei den Soz.) Aber die Dinge haben sich so entwickelt, daß es jetzt dem christlichen Gewerbeverein, der noch im Oktober 1911 an der Lohnbewegung teilgenommen hat, aus politischen Gründen, wegen der

Abmachungen des Zentrums mit den nationalliberalen Zechenherrn bei der letzten Reichstagswahl nicht mehr erlaubt ist, einen Lohnkampf durchzuführen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Rolle von einem Sympathisanten für die englischen Bergarbeiter ist nicht als eine Behauptung ohne jeden Hintergrund. Die Lohnbewegung hat ja lange vorher begonnen, ehe an einen Streik in England überhaupt gedacht wurde. In den Reden des christlichen Führers Stegerwald finden sich denn auch die ausgesprochensten Widerstände darüber. Um „Gründe“ zur Rechtfertigung eines verwerflichen Verhaltens des christlichen Gewerbevereins ist das Zentrum nie verlegen gewesen. Wenn man dem deutschen Kohlenbergbau wirklich neue Abgabengebiete erobern wollte, müßten die Forderungen der deutschen Bergarbeiter so rasch wie möglich bewilligt werden, um während des englischen Streiks die Abgabengebiete zu besetzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) So wenig Sie aber nachweisen können, daß der deutsche Bergarbeiterstreik auf internationalen Abmachungen beruht, so groß ist allerdings unsere Vermutung, daß die Nichtbewilligung der Forderungen im Ruhrrevier auf

internationale Abmachungen der Zechenbesitzer

zurückzuführen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, verlegene Gelächter rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Steigende Löhne in einem Lande müssen notwendigerweise Lohnsteigerungen in anderen Ländern nach sich ziehen. Um das zu verhindern, beschließen eben die internationalen Abmachungen des Kapitals. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbst der christliche Bergarbeiterverband kann nicht sagen, daß diesmal unberechtigte Forderungen gestellt worden wären. 1905 forderte die Stebenerkommision unter dem Vorsitz des christlichen Führers Franz Effert noch mehr, nämlich den Minimallohn, gegen den das Unternehmertum noch viel energischer kämpfte. Sehr bezeichnend ist die Dm- und Herabsetzung der Zuständigkeit des Zechenverbandes. Er ist zuständig, immer, wenn es sich darum handelt gegen die Arbeiter etwas zu tun, aber sofort funktionslos, wenn etwas für die Arbeiter getan werden soll. Die Zuständigkeit des Zechenverbandes für gemeinsame Lohnfragen aller Zechen wird bewiesen durch die Mitteilung der „Frankfurter Zeitung“ über die geheimen Abmachungen der Zechen, wonach im Ruhrrevier arbeitende Vergleute nicht über einen bestimmten Lohn hinauskommen dürfen, sondern wenn das geschieht, an schlechtere Arbeit verlegt werden müssen. Tut das der Steiger nicht, so wird er rücksichtslos entlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist es eine Erklärung der Bergarbeiter, eine widerwärtige Heuchelei, zu behaupten, daß der Zechenverband für Lohnforderungen nicht zuständig sei. Und die Arbeiterausschüsse? Sie selbst, die Nationalliberalen, Konservativen und Freikonserverativen haben doch unter Zustimmung des Zentrums in der Kommission für das Berggesetz die Bestimmung durchgebracht, daß Lohnforderungen der Arbeiter die Arbeiterausschüsse gar nichts angehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister müßte erst angerufen werden, um zu erklären, er habe nichts dagegen, wenn Lohnforderungen in den Arbeiterausschüssen der holländischen Zechen besprochen werden, aber die Privatzechen lassen das nicht zu, und wo es doch geschieht, ist die ganze Verhandlung nichts weiter gewesen als

eine gerissene Komödie,

damit sich die Zechenherrn nachher auf die öffentliche Meinung berufen können. Der christliche Sekretär Imbusch hat allerdings zu diesem Zechenverband noch das Vertrauen, daß er den Forderungen der Bergarbeiter entgegenkommen wird. Obher geht nicht mehr!

Wo sind denn die so oft behaupteten Versprechungen der Zechen, daß sie Lohnbewegungen eintreten lassen werden? Der Minister sagt selbst, auf bindende Versprechungen könnten sich die Zechen „natürlich“ nicht einlassen! Es wurde absichtlich darauf hingearbeitet, indem man die Bergarbeiter nicht als Menschen behandelt, ihre Tätigkeit in dieser Lohnbewegung nicht beurteilt, als ob sie aus berechtigten Gründen hervorgehe, die Vergleute zu erbittern und zu empören, ihnen wieder einmal die ganze maßlose Verachtung zeigen, die man den Arbeitern im Ruhrrevier immer zum Ausdruck gebracht hat. (Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Gelächter und Ohorufe bei der Rehrheit.)

Was der Minister und Abg. Friedberg über Arbeiterausschüssen vorbrachten, das waren nicht etwa Protokolle, die von den Ausschussmitgliedern mit unterschrieben waren, sondern lediglich Mitteilungen der Zechen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das, was dem Minister und was von Herrn Friedberg, was in den Zentrums- und nationalliberalen Blättern aus den Zechenbüros mitgeteilt wurde, auch das, was Abg. Friedberg gestern über die Vorgänge auf den Zechen Achenbach und Deutscher Kaiser gesagt hat, ist nichts weiter als Schwindel. (Oho! und Gelächter bei der Rehrheit.) In der Arbeiterausschussführung auf Deutscher Kaiser am 9. März erklärte der Betriebsdirektor Sebold, die Löhne seien schon auf die Höhe von 1907 gestiegen, im allgemeinen könne er sich aber nicht auf Verhandlungen über die Lohnfrage einlassen. Die Arbeiterausschussmitglieder entgegenkommend, wenn Wünsche und Beschwerden vorgebracht werden sollten, müßte auch die Lohnfrage besprochen werden. Da sich der Betriebsdirektor darauf nicht einlassen wollte, wurde die Sitzung abgebrochen und er forderte den Arbeitersauschuss auf, dafür zu sorgen, daß am Montag nicht die Käder stillständen. Die Ausschussmitglieder erwiderten, daß sie in Folge dieser Behandlung des Arbeiterausschusses den Streik nicht aufhalten könnten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Bericht des Abg. Friedberg über Achenbach stammt aus der Dorkimunder Zentrums-„Tremonia“. Da nehmen die Nationalliberalen ihre Waffen her! Der Arbeitersauschuss auf Achenbach soll auf die Frage nach seinen Wünschen geantwortet haben: Keinel und auf die weitere Frage, warum gestreikt werde: Weil auf anderen Zechen auch gestreikt wird. Einer Belegschaftsversammlung der Zechen Achenbach ist aber von sämtlichen Ausschussmitgliedern erklärt worden, daß an diesen, vom Abg. Friedberg hier wiederholten Behauptungen

kein wahres Wort

ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man spricht so viel über den Kontraktbruch. Nun, die Streiks von 1889 und 1905 sind ebenfalls unter Kontraktbruch begonnen worden und damals waren die christlichen Arbeiter einig, daß ohne Kontraktbruch ein Streik im Ruhrgebiet überhaupt unmöglich sei. Aber es kommt doch darauf an, ob nicht das ganze Arbeitsverhältnis, die ganze Behandlung der Arbeiter nur ein einziger Kontraktbruch der Zechen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts und bei den Nationalliberalen), ob nicht gerade der Kontraktbruch der Zechenherrn mit dem Kontraktbruch der Arbeiter beantwortet werden muß!

Herr v. Heydebrand hat auf einer konservativen Versammlung in Schlesien gesagt, daß wir heute vor Zuständen stehen, wie 1789 und daß die Revolution im Anzuge sei. Nun, die Strakammer des Landgerichts Raumburg hat in seinem Urteil gegen Hoffmann erklärt, daß gegenüber den Angriffen der Gegner der Sozialdemokratie die historische Tatsache konstatiert wurde, daß die französische Revolution

durch den Hebermat und die Sittenverderbnis der Großen und die Rechtsverletzungen des Adels veranlaßt

worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Insofern kann Herr v. Heydebrand allerdings unsere heutigen Zustände als ähnliche bezeichnen! (Sehr gut! links.) Herr Imbusch, der St.-Georgsritter, der die Sozialdemokratie todschlagen möchte, hat zum Beweis des revolutionären Charakters dieses Streiks den Schlußsatz des Märzgefallenen-Artikels des „Vorwärts“ von vorgestern zitiert: „Und so begrüßt heute durch die Tat Deutschlands Arbeiterklasse die Toten der Revolution. Die kommende Polztöde, angeleitet zu ihrer Ehre, leuchtet der Brand im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier zu den stillen Gräbern im Friedrichshain hinüber.“ Wenn Herr Imbusch etwas ehrlicher im Richteramt gewesen wäre, hätte er auch den Satz vorher verlesen müssen: „Anderer führt heute die Arbeiterklasse ihre gewaltigen Kämpfe um die Freiheit. Weit umfassender ist das Ziel und andere Wege führen dahin.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber die damals Gefallenen haben und den Kampfploß, auf dem wir unsere Schlachten schlagen, frei gemacht.“ (Lust der Sozialdemokraten: Das waren die damaligen Nationalliberalen!) Ist es denn ein Verbrechen, der Märzgefallenen, der Märtyrer für unsere Rechte, zu gedenken? (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ein christlicher Prediger hat die Märzgefallenen gerühmt — und so spricht Herr Imbusch von ihnen!

Von politischen Gründen der Lohnbewegung der Bergarbeiter kann gar keine Rede sein, sie will nur das wirtschaftliche Ziel höherer Löhne erreichen. Aber politische Gründe sind zweifellos vorhanden für die Haltung des christlichen Gewerbevereins der deutschen Bergarbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus Rache für den Verlust von Vohum sollen wir diesen Streik entfacht haben? Wir wissen doch schon, daß Reichstagsmandate nicht durch Streiks, sondern mit dem Stimzettelerkämpft werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Heiterkeit.) Selbst wenn wir den Streik gewinnen, würde Vohum doch nicht darum schon gleich sozialdemokratischer Besitz werden. (Abg. Imbusch [3] ruft: Später auch nicht!) Ob die von Ihnen den nationalliberalen Zechenbaronen zugeführten christlichen Arbeiter sich in dieser Gesellschaft immer wohl fühlen werden, wird die Zukunft lehren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wäre die politische Situation so wie 1907, wo das Zentrum von der Regierung als antinationaler Partei hingestellt wurde —, sicher würden die christlichen Gewerbevereine Seite an Seite mit uns gegen die nationalliberalen Großkapitalisten kämpfen. Aber durch das Rotproprio des Papstes von 1903 ist ja den christlichen Gewerbevereinen das Streiken verboten und die christlichen Gewerbevereine werden von der Kirche nur so lange geduldet, so lange sie als Antirevolutions gelbe Tendenzen verfolgen, wie die katholischen Jakobitelungen. Um nichts anderes handelt es sich bei dieser Stellung der christlichen Gewerkschaft zu den Bergarbeiterforderungen.

Das Zentrum greift nach der Herrschaft,

und nicht nur Staatssekretär Wermuth, sondern noch ganz andere Dinge sollen ihr zum Opfer fallen. Diese Herrschaftspolitik des Zentrums bürden die christlichen Arbeiter nicht durchkreuzen und deshalb sind sie gezwungen worden, an der Seite der Unternehmer zu stehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Früher hat es einmal Giesberts in der „Westfälischen Arbeiter-Zg.“ als die Aufgabe der christlichen Gewerkschaften bezeichnet, daß aber dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Zentrumsflagge wehe, das wollen Sie auch einzig und allein mit Ihrer Haltung beim Streik erreichen. 1908 hat der christliche Bergarbeiterführer Franz

Häcker erklärt: „Mit einem Kapital von 1500 Millionen Mark kann die deutsche Industrie auf Jahre hinaus ruhiert werden. Es muß mit brutaler Offenheit gesagt werden, daß wir des Bettelns und Wittens müde sind.“ Und Johann Effert, der Führer des Streiks von 1905, sagte 1909: „Allgemein herrscht unter den Vergleuten die Ueberzeugung, daß der erbitterte Kampf um Sein oder Nichtsein kommen wird und kommen muß!“ (Hört! hört! b. d. Soz.) Heute freilich schreibt der christliche „Bergknappe“ allerdings ganz anders. Heute wird gesagt, daß die Arbeiter an hohen Kohlenpreisen interessiert sind. Daraus folgt aber nicht, daß die Unternehmer auch interessiert sind an hohen Löhnen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber und Arbeiter läge es, nach dem „Bergknappen“, während des Streiks in England neue Absatzgebiete zu gewinnen. Aber die Erfüllung der Forderungen zu diesem Zweck wird nicht gefordert! Da ist das Organ der gelben Gewerkschaften im Ruhrgebiet, der „Verbererein“, aufrichtig gewesen, als er den christlichen „Bergknappen“ aufforderte, es möchten sich doch die christlichen Gewerkschaftsmitglieder nicht zum Streik verleiten lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der nationalliberale Abg. Dr. Friedberg bezeichnete den Streik als vollkommen unberechtigt. Haben Sie denn schon einmal einen Nationalliberalen gehört, der einen Streik als berechtigt erklärte? So etwas gibt es ja gar nicht. Die Nationalliberalen sind besonders im Ruhrgebiet die allerersten Feinde der Arbeiter, die man sich denken kann, da ist es ja kein Wunder, daß man hier die Arbeiter in maßloser Weise beschimpft, damit die Zechenbarone wieder Vertrauen zur Arbeiterfreundlichkeit der nationalliberalen Partei bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdem., Lachen bei den Natl.) In der ganzen Gewerkschaftsbewegung des Deutschen Reiches sind noch niemals die Ziele der Gewerkschaften so vergessen worden, als in dem Augenblick, wo der christliche Gewerbeverein sich an den Minister wandte, damit Polizei und Militär herangezogen werde, um die Arbeitsbrüder zu erschrecken. (Lautes Lachen rechts und im Zentrum.) Ich will Sie ruhig auslösen lassen (erregtes Lachen rechts); wenn das Lachen in der Öffentlichkeit bekannt wird, dann wird man auch die Gründe dieses Lachens wüßigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; erregtes Lachen rechts.) Es erscheint mir wenig würdig, über diese 200 000 kämpfende Arbeiter zu lachen, wenn schon Blut genug geflossen ist. (Verstärktes Lachen rechts und im Zentrum. Abg. Dr. Liebnicht [Soz.]: Das ist das Dreiklassenhaus, eine Schande Deutschlands! — Glade des Präsidenten.) Die gestern von der rechten Seite und vom Regierungstisch gemachten Angaben über den Umfang des Streiks sind schon deshalb unzutreffend, weil sie von den Zechen stammen. (Widerspruch rechts.) Der Abg. Strasser sagte: 18 000 seien am Montag mehr eingefahren, der Handelsminister sprach von 11 000 und der Minister des Innern von 9 000. Das zeigt doch schon die Unzuverlässigkeit der Berichte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unter lebhaften Hört! Hört!-Rufen der Linken stellt der Redner aus Berichten der Unternehmerpresse fest, daß dort vielfach mehr Vergleute als wieder eingefahren angegeben, als überhaupt in der Belegschaft vorhanden sind.) Diese Berichte, die absichtlich gefälscht sind, werden der Öffentlichkeit übergeben, um darzulegen, daß die Ausdehnung des Streiks nicht so groß sei, tatsächlich befinden sich aber die Zechen in großer Not und die Deutsch-luxemburgische Bergwerkgesellschaft hat schon keine Kohle mehr. Vom christlichen Gewerbeverein ist Streikbrecherei in demselben Augenblick propagiert worden, wo das Blatt des christlichen Bergarbeiterverbandes schreibt, der Streikbrecher sei dem Vaterlandsverräter gleich zu achten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister des Innern hat sich zum

Schnappatron der Streikbrecher und des christlichen Gewerbevereins

aufgeworfen. Ich gönne ihnen diesen Schnappatron, sie werden ihn nicht lange behalten können und sehr bald gegen ihn auftreten müssen. Es ist ein wunderbares Schauspiel: den christlichen Gewerbeverein Arm in Arm mit den Kirdorff, Stinnes und den anderen Scharfmachern zu sehen, obwohl Herr Kirdorff beispielsweise in einer Rede die christlichen Gewerkschaften noch als viel gefährlicher als die sozialdemokratischen hingestellt hat. Der christliche Gewerbeverein hat keine Ursache, sich auf jene Seite zu schlagen, denn bei günstiger Gelegenheit wird er ja doch fortgejagt, wie man einen Hund fortjagt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist recht wenig christlich, Militär und Polizei nach dem Ruhrgebiet zu rufen. Jetzt verlangen Sie, daß die Polizeibeamten und Soldaten

auf Vater und Sohn, Mutter und Tochter schießen

sollen. Ihre Mitglieder wollen das auch nicht mehr mitmachen. Der Sohn des christlichen Vertrauensmanns Walther hat schon erklärt, daß er eine derartige Verletzung der Arbeiterinteressen nicht mehr aushalten könne und deshalb in den alten Verband überträte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie verlangen angeblich den Schutz der Arbeitswilligen, die kletterten Beweagründe sind aber nicht der Schutz der Arbeitswilligen, sondern mit Polizei und Militär soll der Streik kaputt gemacht werden. (Sehr wahr! rechts. Hört! hört! b. d. Soz., Abg. Hoffmann [Soz.] ruft: Jetzt haben Sie sich verschnapp!) Die christlichen Gewerkschaften liefern jetzt im Ruhrrevier durch die verlogenen Berichte ihrer Presse Material für eine neue Zuchttausbildung, aber die christlichen Gewerbevereine sollten doch daran denken, wie oft ihre eigenen Mitglieder und Beamten wegen angeblicher Streikzerstörung zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. In ihrer Presse wird aber über Erfolge streikender Bergarbeiter etwas zusammengeknüpelt, was auf keine Ruhbau geht. Zentrumsblätter haben vorgegedruckte Bettel herausgegeben: „Ich Endesunterzeichnete erkläre hiermit, daß ich gern bereit bin, zur Arbeit zurückzukehren, wenn genügender polizeilicher und militärischer Schutz gewährt wird.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit soll einer neuen Zuchttausbildung vorgearbeitet werden, die dann auch die Zustimmung des Zentrums finden soll zum Schaden auch der christlichen Gewerbevereine. Der Minister sagte, daß auch die Streikenden Anspruch auf Schutz hätten. In den Kundgebungen der Regierungspräsidenten in Arnberg und Münster ist aber davon keine Rede. Da wird nur gegen die Streikenden vorgegangen. Polizei und Militär werden zu der falschen Meinung gebracht, daß sie lediglich gegen die Streikenden vorgehen müßten, und die nationalliberale und Zentrumspresse suggeriert den Beamten, die Streikenden wären Verbrecher und Bestenel. Die Polizeien im Ruhrgebiet reihen sich würdig an den Taten von Wobbit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich bewundere den Mut der Regierung, daß sie diesen durchaus

gefälschten lägerischen Polizeiberichten

Glauben schenkt.
Präsident Dr. Frick: Sie dürfen nicht in dieser Weise von den Polizeigerichten sprechen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Lautes Zurufe bei den Sozialdemokraten: „Polizeiberichte, nicht Berichte!“) Das ist etwas anderes, dann nehmen Sie den Ordnungsruf zurück.

Vier Menschen sind schon von den Gendarmen erschossen worden, davon sind drei Arbeitswillige gewesen. Besonders trüb liegt der Fall, wo zwei Arbeitswillige in Wattenfeld gemordet sind von dem Gendarmen Clemens. Die beiden Arbeitswilligen standen in einem Hofstall, der Gendarm kam angetrieben und hat diese beiden Menschen erschossen. (Lachen rechts. Abg. Hoffmann (Soz.) ruft: Da wasagen Sie es zu lachen, da schämen Sie sich nicht? Ist denn die Scham zu den Hundst entflohen? — Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Gendarm ist dann vom Pferde gestiegen, er hat die Toten aufgehoben und keinen Revolver bei ihnen gefunden, sondern nur ein langes Messer. Im Polizeibericht steht aber: „Der Gendarm hat zwei Schüsse bekommen, einen in den Kopf und einen in den Helm, er liegt schwerkrank im Krankenhaus“. Wenn ein Gendarm vom Pferde steigt, die Toten aufhebt und dann wieder wegführt, so soll er schwerverwundet im Krankenhaus liegen, das ist doch ein starkes Stück. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das hat man nur berichtet, um zu vertuschen, daß hier nichts weiter vorliegt, als

ein regelrechter Mord an zwei Arbeitswilligen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So wird dort gewirtschaftet. Die Schupleute bringen einfach grundlos auf die Leute ein. In einem Bezirk hat man nicht weniger als fünf Gewehrroben der Schupleute auf den Menschen laut geschlagen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 50 Verwundete sind dabei liegen geblieben. Im Reichstage wurde die Kaliblligkeit der Behörden gerühmt. Ja, es ist in der Tat zu bewundern, mit welcher Kaliblligkeit die Verbände Gesundheit und Leben der Streikenden bedroht. Als auf der Feste „Tremoria“ 2000 bis 3000 Menschen ruhig an der gegenüberliegenden Wand standen, um die Streikbrecher bei ihrer Ausfahrt zu sehen, ritt die Polizei mitten in die Menge. Die 3000 Menschen wurden in eine enge Unterführung hineingetrieben, mit Polizeihunden gehetzt und die Schupleute schlugen mit Säbeln auf die Menschen ein, die gar nicht insandte waren, in der kurzen Zeit durch die Unterführung hindurchzukommen. Die Gendarmen sind in die Häuser gegangen und haben gefragt, ob nicht Arbeitswillige zu beschützen wären. Auf diese Weise wollten sie Anläufe herbortreiben. Diese Polizeitaten hat der christliche Gewerksverein auf seinem Konto. (Lachen i. Zentrum.) Diese Polizeitaten sind hervorgegangen aus der Ränigkeit der Führer des christlichen Gewerksvereins unter der Devise: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. (Sehr aut! bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie, daß es beruhigend wirkt, wenn 60 Schupleute in eine Versammlung stürmen, die Leute auseinander treiben, die durch die Fenster flüchtenden mit der Waffe bis in die Felder weiter verfolgen und sie dort niederschlagen! Der Abg. Sacke ist gestern vom Minister des Innern in der größtmöglichen Weise beschimpft worden. Er hat erklärt, die Schupleute, die in solcher Weise aufgetreten seien, wären Muthunde. Damit meinte er diejenigen, die so gewirtschaftet haben, wie ich es eben schilderte. Nach allem, was ich im Ruhrgebiet gesehen habe, kann ich nur das, was mein Freund Sacke im Reichstage gesagt hat, Buchstabe für Buchstabe unterschreiben. Ich kann solche Leute auch nur als Muthunde bezeichnen.

Vizepräsi. Dr. Vork: Ich kann nicht dulden, daß Sie Beamte hier Muthunde nennen. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Weisfall rechts.) Abg. Leinert (Soz., fortsetzend):

Statt auf die gefälschten Polizeiberichte so viel Gewicht zu legen, hätte der Minister alle Veranlassung, die Akten nachzusehen, um festzustellen, welche

Antsverbrechen von der Polizei begangen worden sind. Kriminalbeamte gehen unter die Streikenden, um sie zu Erzeilen zu verleiten. Die Kriminalbeamten Schmeier und Trenhaus haben sich als Bogabunden verkleidet, unter die Streikenden gemischt und sie aufgereizt, damit die Polizei einhaken könnte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zielbewußt ist man darauf ausgegangen, aus jeder Feste ein Noabit zu machen. Die christlichen Vertrauensmänner haben sich mit Revolvern bewaffnet, um ihrerseits der Polizei bei der Herbeiführung von Kravallen zu helfen. Die Revolver und Totschläger, die mein Freund Hoffmann auf den Tisch des Hauses niedergelagt, sind christlichen Streikbrechern in Hamm abgenommen worden. (Abg. Hoffmann (Soz.) legt auf den Tisch des Hauses mehrere Revolver, schwere mit Eisen beschlagene Stöcke und Messer nieder, die von den Abgeordneten eingehend besichtigt werden. Vizepräsident Dr. Vork erkundigt sich besorgt, ob auch die Revolver nicht geladen seien, und rät zur Vorsicht.)

Warum wird denn im Jochengebiet so gehaust? Weil die Polizei und die Jochengebietler eine Interessengemeinschaft haben. Am vorigen Freitag ist in Bochum in einem Prozeß festgestellt worden, daß der Jochenverband sich die Mitgliederliste des von ihm verfolgten Steigerverbandes dadurch verschafft hat, daß er die Polizei mit mehreren hundert Mark bestochen und so die Polizei zum Antsverbrechen passiv und aktiv verleitet hat. (Hört! hört! links.) Um solche Antsverbrechen sollte sich der Minister kümmern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterkolonien im Ruhrgebiet sind entblüht von allen Kulturerrungenschaften, die sonst in Städten und Dörfern vorhanden sind. Wenn dazu noch die schlechten Lohnverhältnisse kommen, so ist es kein Wunder, daß die Arbeiterchaft sich wehrt. Hier hätte die Regierung alle Veranlassung, im Interesse des Menschentums einzugreifen, um diesen Lohnslaven auch einen Anteil zu geben an den Schätzen der Kultur. Die Regierung wußte doch schon lange, daß ein Streik bevorstehe. Da war es ihre verflachte Pflicht und Schuldigkeit, vermittelnd einzugreifen. (Sehr richtig! links.) Wenn der Abg. Stroffer sich gegen eine solche Vermittlerfähigkeit ausspricht, so hat er wohl ganz die Worte vergessen, die der Kaiser im Jahre 1889 an die Vertreter der Jochen richtete und in denen er es als notwendig bezeichnete, den Arbeitern Gelegenheit zur Formulierung ihrer Wünsche zu geben, damit so schwere Lohnkämpfe vermieden werden. Aber diesen Standpunkt des Kaisers teilt nicht einmal Abg. Dr. Friedberg, denn sonst hätte er nicht von Verhegung und unfähigen Führern gesprochen. Als 1905 der Minister des Innern im Ruhrgebiet erschien, da haben ihn die Grubenbarone stehen lassen und gemeint:

Der Minister kann und sonst was. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. v. Jedlig wünschte den Arbeitern eine Niederlage. Auf diese Scharmachereien pfeifen die Bergarbeiter. Sie fordern ihr Recht und das wird ihnen auch kein Minister des Innern streitig machen können. Auch über die Beschimpfungen der Streikenden, die von rechts bis zu den National-Liberalen herüber zum Ausdruck gekommen sind, werden die Arbeiter zur Tagesordnung übergeben; sie wissen ja, daß es die herrlichste Aufgabe des Ministers des Innern ist, als Schuppotton der Streikbrecher aufzutreten. Sie geben darauf die Antwort, die gestern auf einem Kranz auf dem Märzfriedhof zu lesen war:

Verloht Euch nur auf Eure blanken Waffen. Und führt der Welt ein neues Muthod auf! Wir spotten Eurer Hebermacht und Töde Und geben ruhig unseren Siegeslauf!

Wer sind Sie denn, daß Sie so auftreten gegen die Bergarbeiter? Wer gibt Ihnen die Befähigung dazu, sich hier aufzuspielen als Richter über den Kulturkampf. Daß Sie nun zufällig Abgeordnete sind, eines nebensächlichen, rühmbildigen Parlaments, daß Sie nicht abhängig sind von dem Gehudel der kleinen Presse, das an Sie nicht heranreicht mit

seinen Stimmen, das ist doch nicht die Befähigung dafür, man diese Arbeiter, diese Wähler dritter Klasse, in so hundsgemeiner Weise zu beschimpfen. (Lärm und Pfuirufe auf der Rechten.) Vizepräsident Dr. Vork: Ich kann nur annehmen, daß sich diese Worte auf Mitglieder des Hauses beziehen und ich rufe Sie deshalb zur Ordnung, zum zweiten Mal. (Zweite Ausrufe auf der Rechten: „Zum dritten Mal schon!“) Rein, zum zweiten Mal, der erste Ordnungsruf ist zurückgenommen worden. (Abg. Hoffmann (Soz.): Die Herren können eben nicht bis drei zählen! — Seiterkeit.)

Abg. Leinert (Soz., fortsetzend): Die Beschimpfung von Ihrer Seite reichen an die Arbeiter gar nicht heran. Sie haben sich mit der Regierung gezeigt als nichts weiter als eine

parlamentarische Hintergarde des Grubenkapitals.

(Lärm rechts, lebhafter Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Abg. v. Gieseler (L.): Also, die Polizei läßt die Presse läst, die Arbeitswilligen lügen, nur Herr Leinert sagt die Wahrheit. (Seiterkeit.) Rein Wunder, wenn den maßlos beschimpften Beamten die Galle überläuft. (Sehr wahr!) Wir heißen die Haltung der Regierung gut und danken den Behörden für ihr Vorgehen.

Das Militärangebot war ein kalter Wasserstrahl.

Die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen schreit geradezu nach einer gesetzlichen Regelung. Die Streikenden werden die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen müssen und wenn sie etwas erreichen, dann durch die Drohung der Rechten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Die christlichen Gewerkschaften sind keineswegs eine Nachschicht des Zentrums. Möge bald die Arbeitselegung zurückgehen und der Streik beendet sein! (Lebhafter Weisfall rechts.)

Minister des Innern v. Dallwig erklärt, dem gestrigen Verlangen der Sozialdemokraten nachkommen und näheres über die Bombenattentate mitteilen zu wollen. Das gebe aus einem Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg hervor. Bei einer Bombe lag ein Zettel: „Du elender Streikbrecher, es dauert nicht lange, so fliegen Dir die Gedärme heraus.“ (Lebhafter Lärm. Pfuirufe rechts.) Der Regierungspräsident telegraphiert heute, daß letzte Nacht an drei Wohnungen von Arbeitswilligen außen angelegte Sprengpatronen unter starker Sachbeschädigung explodiert sind. An allen drei Stellen sei vorher angeklopft worden, um die Arbeitswilligen herauszuloden, die Täter seien nicht ermittelt. (Lebhaftes Hört! hört! rechts.) — Jurufe der Sozialdemokraten: Polizeispiegel haben das gemacht! — Abg. Gronowski (L.): Der Minister hat die Bombe hingeworfen! (Seiterkeit.) Wenn Abg. Sacke im Reichstage über die preussische Polizei spricht, für die der Sonntag zuständig ist, so lacht der Minister sich im Landtag seiner Beamten annehmen, die doch durch das Wort „Muthunde“ beschimpft sind. (Zustimmung rechts.) Diese Auffassung teilt auch die kompetente Stelle, der Reichstagspräsident, denn er hat den Abg. Sacke zur Ordnung gerufen. Wenn denn hätte Militär herangezogen werden müssen, wenn nicht jetzt? Meine Angaben beruhen auf amtlichen Verichten veridifiziert, glaubwürdiger Personen. Damit erledigt sich die Charakterisierung der Polizeiberichte, die sich Abgeordneter Leinert erlaubt hat. Bei dem vom Abgeordneten Leinert besprochenen Fall handelt es sich um einen Fußgänger. (Große Seiterkeit bei der Mehrheit, die von den Sozialdemokraten in scharfen Jurufen kritisiert wird.) Die Streikenden haben ihm mit einer Blendlaterne ins Gesicht geleuchtet und ihn durch drei Schrotschüsse im Gesicht und an der Brust verletzt. Er hatte nur noch die Kraft, zwei Pistolenschüsse auf seine Angreifer abzugeben. (Hört! hört! rechts.) Diese Darstellung verdient doch etwas mehr Glauben als die des Abg. Leinert. Das Militär ist da, um Ausschreitungen zu verhindern, ein Teilmann des Streiks durch das Militär ist gar nicht denkbar. Das „Berliner Tageblatt“ ist den Sozialdemokraten vielleicht glaubhafter als die amtlichen Verichte (Seiterkeit); danach sind schon jetzt nach acht Tagen 13 Streikende zu Strafen von einem Monat bis zu einem Jahre verurteilt worden. In einer Druckschrift sind in der Nacht vom 12. März 125 Fensterzerstören, 21 Gaslaternen und 5 elektrische Lampen zerstört worden. (Hört! hört!) Das sind die Folgen der Verheerung. Bezeichnet doch heftigweise die „Offener Arbeiterzeitung“ die Schupleute als Mörder. (Pfuirufe.) Der Leiter des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes nennt die Polizei Muthunde, und andere Reichstagsmitglieder bezeichnen die Schupleute in Zwischenrufen als Streikbrecher. Da ist es kein Wunder, wenn sich die Streikenden zu Unbedachtsamkeiten hinreizen lassen, die notwendig zur Heranziehung von Militär führen müssen. (Lebhafter Weisfall rechts, im Zentrum und bei den National-Liberalen, erregte Jurufe der Sozialdemokraten, die aber in der Kammer verständlich bleiben.)

Abg. Kump (voll.): Das vom Abg. Friedberg verlesene Protokoll ist in Gegenwart der Arbeitervertreter im Arbeiterausschuß aufgenommen, vorgelesen, genehmigt und unterschrieben worden. Die Behauptungen des Abg. Leinert über geheime Abmachungen der Jochen über die Löhne sind aus den Jochen gelassen. Das Kohlenyndikat hat, als die Preisoberhöhung bedäufeln war, eine Lohnoberhöhung angekündigt. Wir haben mit unserem Arbeiterausschuß über die Forderung verhandelt. Unrichtige Meldungen der „Jochenpresse“ über den Stand des Streiks können nur auf Druckfehler oder Verwechslung der Belegschaft über und unter Tage beruhen. Der Steigerverband ist ganz sozialdemokratisch. (Widerbruch bei den Sozialdemokraten.) Sein Vorsitzender Werner hat doch die Instruktion über die sozialdemokratischen Sicherheitsmänner ausgegeben. (Abg. Dr. Liebknecht: Und deshalb ist der Verband sozialdemokratisch?) Sozialdemokratische Steiger werden selbstverständlich nicht beschimpft. Der Streik hängt unbedingt mit der Londoner Konferenz zusammen. Ob er ein Sympathiestreik oder ein Nützlichkeitstreik ist, das ist ja ganz gleichgültig. Die Verfürzung der Schichtdauer bei mehr als 22 Grad Temperatur bedeutet eine weitere zehnprozentige Lohnoberhöhung. Zum Beweis des Terrorismus der Streikenden, die Frauen und Kinder vorstehen lassen, verliest der Redner einige Briefe von Arbeitswilligen und deren Frauen, worin auch von Nummer und Sorge die Rede ist. (Abg. Liebknecht: Ja, bezahlen Sie diese Leute so schlecht? Sehr aut! bei den Sozialdemokraten.) Dann habe ich da mehr oder weniger gleichlautende Eingaben (Abg. Sacke bei den Sozialdemokraten) von christlichen Bergarbeitern über den Terrorismus. Unglaublich verlogen schreibt die „Bergarbeiterzeitung“ und die sozialdemokratische Provinzpresse über angebliche Mißstände im Bergbau. Der Redner verliest eine begeisterte Schilderung der Zustände in Westfalen durch einen ober-schlesischen Polen, dessen Unbedachtsamkeit durch den Abdruck der Schilderung in der „Bergarbeiterzeitung“ ausgesprochen sei. (Ameinander-Werfen ist in der Hofstube für die Arbeiter vorbildlich für ganz Deutschland. (Weisfall.)

Abg. Spitzig (L.): 1905 war die öffentliche Meinung mit den Streikenden, die einmal nur die der Sozialdemokraten und eines Teils des Freijums. Treu und Glauben wird auch im Zukunftsstaat gehalten werden können, also ist der Kontraktbruch verwerflich. Der Streik ist ideell und materiell unberechtigt. Jeder Arbeiter hat nach unserer Meinung das Recht, die Konjunktur anzunehmen, aber ohne Gewalttaten gegen andere. (Lebhafter Weisfall rechts.)

Abg. Kumbler (Sp.) wünscht ein Eingreifen der Regierung zur Beendigung des Streiks. Man kann sich eben immer noch nicht daran gewöhnen, daß die Arbeiter das Koalitionsrecht haben. Dätte man die Lohnforderungen erfüllt, hätten die Arbeiter auf die anderen Forderungen verzichtet. Ob Militär nötig war, können wir nicht beurteilen, aber Maßnahmen mehrere kann. Auch wir sind gegen den Terror und wünschen eine starke Regierung, die vorbeugend wirkt. (Weisfall links.)

Abg. Drust (L.) erkennt die Ausführungen des Ministers rückhaltlos an und bezeichnet das Vorgehen des Abg. Leinert als das eines wilden Chers.

Der Streik diene nur sozialdemokratischen Partei-Interessen. Die Jochengebietler hatten ausdrücklich eine Lohnoberhöhung mit der Erhöhung der Kohlenpreise in Aussicht gestellt. Leinerts Rede war auf den Ton des Jochenbrunnens von Dresden gestimmt. Die ruhige, anständige Art, die die blühende Gephlogenheit dieses Hauses ist, fennet er nicht. (Weisfall rechts und im Zentrum; Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Nicht der christliche Gewerksverein, sondern die Arbeitswilligen haben nach Militär gerufen. Wir vermuten, daß die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer mit den englischen Unterehauern verhandeln, um Geld zur Unterhaltung des deutschen Bergarbeiterstreiks zu erhalten, damit der deutsche Bergbau dem englischen nicht Abhandeln abnehmen kann. (Hört! hört! im Zentrum und rechts. Pfuirufe der Sozialdemokraten.) Starke Vermutungen gehen dahin, daß die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer durch den Streik den Vorkämpfern eine bessere Konjunktur verschaffen wollen, daß sie die Aktien, deren Kurse sinken, naaher mit großem Gewinn verkaufen können. (Lachen der Sozialdemokraten. Abg. Leinert: Nehmen Sie sich in Acht, daß Sie nicht nach Daldorf kommen!) Ich will das Ihre Führern nicht vorwerfen, aber Vermutungen dürfen doch nicht nur Sie haben! Die Sozialdemokraten sagen, wir haben nach Militär gerufen, das auf Vater, Mutter und Tochter schlagen soll. Die Sozialdemokratie zieht Mutter und Tochter auf die Straße, die Gewerkschaften verstecken sich hinter diesen unschuldigen Wesen. (Stürmische Lärm der Sozialdemokraten: Gemeinheit!) Sie haben das Volk jetzt und in Noabit auf die Straße gehetzt. (Abgeordneter Dr. Liebknecht: Lüge! Unverschämtheit! — Vizepräsi. Dr. Vork ruft den Abg. Dr. Liebknecht zur Ordnung. — Abg. Liebknecht (Soz.): Das ist ja Jedlig Nr. 2! Hoffmann: Dazu ist er zu dumm!) In sozialdemokratischer Zeit könnte man sagen, der sozialdemokratische Verband habe den Streik im Einvernehmen mit den Jochen organisiert, damit diese ihre Kosten loswerden. (Abg. Hoffmann: Phantasia eines Lebergeschwappens!) 1905 waren auf dem sozialdemokratischen Bureau Waffen vorhanden und es wurden Schießübungen abgehalten. Die Hetschhaften wollen offenbar auf die eigenen Verbandsgenossen schlagen, die empört darüber waren, daß man sie in den Streik gehetzt hatte. (Jurufe der Sozialdemokraten: Den Sie mitgemacht haben!) Als der Redner von den jetzt vorgefallenen Drohungen gegen Arbeitswillige spricht, fragt ihn Abg. Hoffmann: Mensch, warum Sie dabei ernst bleiben? Sie glauben natürlich nur, was Ihre Revolver- und Petroleum-journalisten schreiben. Die Arbeiter suchen sich durch Kranken-scheine vom Streik zu befreien. (Abg. Hoffmann: Sie sollten auch schnell einen nehmen!) Die Sozialdemokratie will immer bei Streiks politische Geschäfte zu machen haben. (Abg. Hoffmann: Hören Sie doch auf, Ihren Parteigenossen wird schon schlecht! (Seiterkeit.) Und wie benehmen Sie sich als Arbeitgeber; haben Sie nicht die sechs „Vorwärts“-Redakteure hinausgeworfen, ohne sie zu hören? Die brutalsten Scharfmacher könnten nicht anders handeln als der „Vorwärts“. Der Abg. Richard Fischer hat den „Vorwärts“-Drucker gesagt: „Wir lassen uns nicht in Geschäfte hineinreden, wer sich nicht fügt, kann die Konsequenzen ziehen. Die Organisation geht uns gar nichts an. Wenn es nicht paßt, kann ja gehen.“ (Hört! hört!) Das ist die Arbeiterfreundlichkeit der sozialdemokratischen Führer, die allerdings die Sorgen der Arbeiter nur aus dem Redaktionsbureau lernen. (Lebhafter Zustimmung.) Der Redner fordert zum Schluß den Handelsminister auf, darauf zu achten, daß Sozialdemokraten aus dem Ruhrgebiet die Arbeiter in Saarrevier zum Streik ausheben. Er schlägt mit einer endlosen Verlesung persönlicher Angriffe gegen den Redakteur der „Bergarbeiterzeitung“ Otto Hue und verurteilt auf weitere Verlesungen nur insolge der Mahnungen des Präsidenten und der immer lebhafter werdenden Ausfertigungen von Ungebuld auf allen Seiten des Hauses. Unter großer Seiterkeit des Hauses verliest Abg. Hoffmann verschiedene blügelichen Abgeordneten einen Streikbrecher-Inzettel aus dem Ruhrrevier an, damit sie den Abg. Drust mit dem Knüttel von der Tribüne welegen mögen. Ein Schlußantrag wird angenommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) [zur Geschäftsordnung]: Unter dem Geheul der Scharfmacher (Lärmende Ohorufe rechts) hat der Polizeiminister Ermählungen über angebliche Bombenattentate vorgebracht. Ich hätte gern... (Präsident Dr. Vork v. Erffa mahnt den Redner, zur Geschäftsordnung zu sprechen.) Es ist im Hause üblich, daß jeder, dem das Wort abgemittelt wird, in kurzen Worten seine Meinung andeulden darf. (Stürmische Lärmende Rufe rechts und im Zentrum: Oho! Der Lärm bricht fast bei jedem Wort, das der Redner, vom Präsidenten immer wieder unterbrochen, sprechen will, von neuem aus.) Ich sage ja nur, ich hätte gern die Gelegenheit bemitt, um noch einmal der Stimme der Wahrheit und Menschlichkeit in diesem Hause Ausdruck zu geben (Lolendes Gelächter rechts, im Zentrum und bei den National-Liberalen), um die Heuchelei und Brutalität zu brandmarken... (Präsident Dr. Vork v. Erffa: Das ist gleichfalls nicht zur Geschäftsordnung. (Lärmende Weisfall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Liebknecht: Es wird sehr schwer fallen, auch nur im entferntesten das, was zu sagen ist, in der Form einer Geschäftsordnungsbemerkung zu sagen und auch den Judas Ischariot gemühend zu kennzeichnen, der hier seinen Arbeitshärdern in den Rücken gefahren ist. (Stürmische Lärmende Jurufe aus dem Zentrum und rechts: Wer ist das? Sollten Sie denn wirklich nicht wissen, wen ich meine? (Stürmische Rufe: Rein, wer ist es?)

Abg. Hoffmann (auf den neben dem Redner stehenden Abg. Drust zeigend): Er steht ja daneben.

Präsident Dr. Vork v. Erffa: Ich weiß nicht, wenn Sie gemeint haben. Reinen Sie ein Mitglied des Hauses?

Abg. Dr. Liebknecht: Jawohl doch! (Abg. Drust lächelt verzagt.)

Präsident Dr. Vork v. Erffa ruft den Abg. Liebknecht zur Ordnung.

Abg. Dr. Liebknecht sagt unter den orkanartig anschwellenden und jeden andern Schall verdringenden, im Chor ausgetohlenen Rufen: Geschäftsordnung! Geschäftsordnung!, daß durch den Schluß der Besprechung die Antwort auf die Befragten von den ungläublichen Polizeidomben, die der Minister vorgebracht habe, unmöglich gemacht werde. Aber meine Rede ist auch gar nicht mehr notwendig, denn durch diese Debatte hat sich dieses Haus so deutlich wie möglich gekennzeichnet. Dieses Haus hat damit seiner selbst gespottet, es hat sich als eine wahre Schande (von hier an verklängt der ungeheuerer Lärm der Rechten und des Zentrums sowohl die Stimme des Redners, als die des Präsidenten, der diese Ausfertigungen Liebknechts rügt. (Von der Rechten erdröhen stürmische Rufe: Raus! mit dem Kerl raus!)

Abg. Giesberts (L.) erklärt in der sofort, als er das Wort erhält, wieder hergestellten Ruhe, er habe den vom Abg. Leinert besprochenen Artikel in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, daß die christlichen Gewerkschaften den Aufstieg hätten, die Zentrumspartei zu stützen, nicht gelehten.

Abg. Leinert (Soz.): Ich habe mich an eine in Gegenwart Giesberts von dem früheren Landtagsabg. Dr. Franken auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik zu Mannheim gewachte Mitteilung gehalten, welcher Mitteilung Giesberts damals nicht widersprach. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (L.): Ich bin damals Herrn Franken sofort entgegengetreten. (Hört! hört! im Zentrum.)

Abg. Leinert (Soz.): Sofort hat das Giesberts keineswegs getan. (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Damit sind die Streikinterpellationen erledigt. Das vom Herrenhaus herbeigekommene Knappschäfts-gesetz wird der Handelskommission überwiesen.

Wittwoch 11 Uhr: Rullusstat. — Schluß 5/4 Uhr.

Reichstag.

30. Sitzung, Dienstag, den 19. März 1912,
nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Deibitz.

Die zweite Beratung des

Staats des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt beim Kapitel

Ausführung des Kaltegesetzes

mit den dazu gehörigen Resolutionen.

Abg. Dr. Cohn (Soz.):

In der Resolution der Kommission wird verlangt, daß die Durchschnittslöhne in den betreffenden Kaliberwerken durch einen öffentlichen Anschlag bekannt gegeben werden sollen. Der Vertreter der Verbündeten Regierungen meinte gestern, daß sei nicht zulässig, es widerspreche der im Gesetz festgelegten Geheimhaltungspflicht der Verteilungsstelle. § 24 des Gesetzes spricht aber nur eine Verpflichtung der Verteilungsstelle aus, die „geschäftlichen Maßnahmen“ der Kaliberwerke geheim zu halten. Darunter fallen die Löhne nicht. Sonst dürfte auch das Reichsversicherungsamt nicht die Berufsangehörigen der Kaliberwerke über die Durchschnittslöhne in dem Reichsarbeitsblatt“ empfinden. Aber so wertvoll der Inhalt dieses Blattes ist, so wird es doch nur von wenigen Interessententeilen gelesen, so daß also das Ziel, die Arbeiter und die Öffentlichkeit im weitesten Maße über diese Verhältnisse aufzuklären, nicht erreicht würde.

Was die Propagandagelder anbelangt, so ist zuzugeben, daß nachdem das reinigende Gemitter im vorigen Jahre über die Verteilungsstelle niedergegangen ist, sich diesmal die Diskussion in wesentlich ruhigeren Bahnen bewegt hat. Wir müssen aber verlangen, daß politische Organisationen ganz dabei ausgeschlossen werden, sonst besteht keine Möglichkeit, zu kontrollieren, in wie weit bei der Propaganda für das Kali nicht auch für die politischen Zwecke der Vereinigung Propaganda gemacht wird. In anderen Fällen können die sozialdemokratischen Organisationen, besonders nachdem sich bei der letzten Wahl gezeigt hat, daß auch sehr viele bauerliche Stimmen für uns abgegeben worden sind, ebenbürtig Propagandagelder in Anspruch nehmen. Wir wollen gern die Zusage abgeben, daß wir fleißig Propaganda betreiben werden, also nur heranzu mit den Kaliberwerken. (Heiterkeit.) Herr Bärwinkel äußerte gewisse Bedenken darüber, ob der Bund der Landwirte die Bedingungen erfülle. Ja kann ihn beruhigen. Der Bund der Landwirte ist keine politische Organisation, so hat der Berliner Polizeipräsident entschieden und nach ihm das Amtsgericht Berlin Mitte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dasselbe Gericht hat den

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie als nicht politischen Verein in das Vereinsregister eingetragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Andererseits werden natürlich Radfahrervereine usw. ohne weiteres als politisch erklärt.

Wesentlich ist ferner die Tätigkeit der Verteilungsstelle bei der Quotenübertragung. Im Herbst 1911 hat sie festgestellt, daß bei etwa zehn Werken die Löhne unter den Durchschnitt gesunken waren. Aber sie hat nicht daraus die Konsequenz der Erhebung der Verteilungsstelle gezogen, sondern hat die Werke ermahnt, die Löhne nachzuzahlen. Nach dem Gesetz sieht ihre eine solche Befugnis keinesfalls an, und es geht nicht an, daß eine ausführende Verwaltungsbehörde sich zur Herrin des Gesetzes macht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die einzigen Schaubestimmungen für die Arbeiter, die im Kaltegesetz bestehen, dürfen nicht in Verwaltungswesen eskamotiert werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch über die Art der Quotenübertragungen haben die Arbeiter zu klagen; in solche gegenwärtiger Übertragung sind Arbeiter entlassen worden und erst ein halbes Jahr später erhielten die Arbeiter durch einen Zufall Kenntnis von der Übertragung, das zeigt, wie notwendig die von der Unterkommission geforderte sofortige Anzeige der Quotenübertragungen bei der Bergbehörde und ihre Veröffentlichung ist. Herr Bärwinkel hat sehr zu Unrecht den Zusammenhang zwischen Quotenübertragung und Arbeiterentlassungen bestritten und dadurch — gewiß unabsichtlich — die Werke geradezu angereizt, den Arbeitern die Entschädigung vorzuenthalten, indem sie den Zusammenhang zwischen den Entlassungen und den Übertragungen einfach ableugnen.

Gegen die Idee der

Verstaatlichung der Kaliindustrie

ist aus dem Hause ja kein Widerspruch laut geworden — freilich hat Herr Gothein noch nicht gesprochen. Die private Kaliindustrie hat ihre Unfähigkeit zur Überwindung der anarischen Produktion vollständig erwiesen. Die Verstaatlichung der Kaliindustrie ist notwendig im Interesse der Erhaltung der Bodenschätze; weiter liegt sie im Interesse der Landwirtschaft, speziell in dem der kleinen Landwirte, die das Kali am teuersten erhalten, weil sie den großen Verbänden und Organisationen nicht angeschlossen sind, die auf dem Wege der Rabatte das Kali billiger bekommen.

Die Verstaatlichung der Kaliindustrie liegt aber auch im Interesse der Arbeiter. Wäre ihr Effekt lediglich der, den Staat zu besseren Löhnen zu zwingen und dazu, daß das vor 20 Jahren geprüfene Wort, die staatlichen Anstalten sollen soziale Rüsteanstalten sein, zur Wahrheit würde, so wäre das schon Grund genug für die Verstaatlichung einzutreten. Gegenwärtig haben die staatlichen Werke vielfach schlechtere Löhne als benachbarte private Werke. Das ist geradezu ein öffentlicher Skandal. (Vehementes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch den Ungehörigen der Arbeiter das Wahlrecht nehmen zu wollen, machen die staatlichen Kaliberwerke mit. Die Regierung trat ja schon 1901 für das Bergwerksmonopol ein; auch die österreichische Regierung erklärte in der Begründung ihrer Novelle vom Jahre 1909, daß dem Staat als Hüter des Gemeinwohls die Pflicht erwache, die Verfügung über die Mineralische wieder an sich zu nehmen. Herr Gothein, der der Verstaatlichungsidee wahrscheinlich widersprochen wird, verweise ich auf die „Frankfurter Zeitung“, welche sagte, wenn überhaupt ein Monopol, so kann es nur eins des Reiches sein, nicht aber des Privatkapitals, das nur wenigen zugute kommt.

Auch gesundheitlich liegt die Verstaatlichung im Interesse der Arbeiter. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß der Kalibergbau nicht entfernt so gefährlich sei, wie der Kohlenbergbau. Auch im Kalibergbau kommen Arbeitsstellen mit einer Temperatur bis zu 35 Grad vor und die Kaliverteilungsstelle hat neuerdings Abteilungen bis zu 1200 Meter Tiefe zugelassen. Von der Verstaatlichung erwarten wir einen größeren gesundheitlichen Schutz der Arbeiter; natürlich können wir nicht jeder Verstaatlichung zustimmen, sondern es müssen bestimmte Garantien für die Landwirtschaft und Arbeiterchaft geschaffen werden. Die Lohnbewegung im Ruhrrevier zeigt, daß der Druck der privaten Industrie, die auf Kosten der Arbeiter wirtschaften will, zu Explosionen führen kann, die doch jeder vermeiden will, der wünscht, daß eine friedliche Verständigung zwischen Arbeit und Kapital stattfindet. Auch deshalb muß man der Verstaatlichungsidee freundlich gegenüberstehen. Freilich ist jetzt nur vom Kali die Rede, aber in Verrettung meines Kollegen Sache, der heute im Ruhrrevier sein Werk, spreche ich dies auch für die Arbeiter im Kohlenbergbau aus. Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht daran vorbeigehen, daß der preussische Minister des Innern im preussischen Abgeordnetenhaus sich gestern herausgenommen hat, dem Kollegen Sache nachzusagen, er habe den traurigen Mut befehlen, Verschlimpungen der Polizeibeamten auszusprechen. Derartige Beleidigungen werden recht eigentlich im Munde eines Ministers, der an der Spitze einer

Behörde steht, von der einzelne Mitglieder eines Verfassens öffentlich überführt sind. Gerade dieser Minister sollte sich hüten, über Beleidigungen der Polizei zu sprechen. (Vehementes zustimmend bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Ich wäre in der Lage, selbst aus meiner geringen Praxis ihm eine ganze Menge von Fällen über Vergehen von Polizeibeamten nachzuweisen. So habe ich ein Attest über den

Meineid eines Schutzmannes;

in dem Falle wurde der Angeklagte, eben weil der Eid des Schutzmannes ein Meineid war, freigesprochen und die Kosten des Verfahrens dem Schutzmann aufgebürdet. (Guruf rechts: Kali.) Die Kaliberwerke stehen ja nicht unter dem Minister des Innern, sondern unter dem Handelsminister, der sich diese Anarisse gegen den Kollegen Sache zu eigen gemacht hat. Im übrigen muß ich es dem Kollegen Sache überlassen, darauf zurückzukommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Richter bestritt gegenüber den gestrigen Ausführungen des Abg. Sell, daß die Auslegung des Kaltegesetzes, wonach die Besitzer an der holländischen Grenze für ihre holländischen Grundstücke das Kali teurer bezahlen müssen als für ihre preussischen, dem Kaltegesetz und dem Vertrag mit Holland widerspreche. Doch werde die Regierung wohlwollend prüfen, wie sich die unlegare Gärte, die das Gesetz für die Besitzer an der holländischen Grenze habe, vermeiden lasse. — Herr Abg. Cohn ging auf die Propagandagelder ein. Ob der Bund der Landwirte politisch ist oder nicht, kommt dafür nicht in Betracht. Daß er übrigens in das Vereinsregister eingetragen ist, beweist nicht, daß die Berliner Polizeibehörde ihn nicht für politisch hält; sie kann gegen die Eintragung eines Vereins, der wirtschaftliche Zwecke verfolgt, Widerspruch erheben, wenn sie ihn für politisch hält. Im übrigen werden die Propagandagelder nur nach den Grundstücken des Gesetzes und den Bestimmungen des Bundesrats verteilt. Wer in diese Bestimmungen Politik hineinbringt, bringt ein ihnen fremdes Element hinein. Ich habe nur zu prüfen, ob die Gelder, die das Reichsamt des Innern zur Verfügung stellt, auch wirklich zur Propaganda verwendet werden. Zu Wahlzwecken kann der Bund der Landwirte Propagandagelder schon deshalb nicht verwenden haben, weil jetzt erst die Gelder für 1910, selbstverständlich nach Prüfung der Rechnungen, zur Auszahlung gelangen. Auch die Propagandagelder, die das Institut für das Gärungsgewerbe erhalten hat, hat der Vorredner getadelt. Wenn solch wissenschaftliches Institut keine Propagandagelder erhalten soll, behalten wir sie am besten ganz in der Tasche. Mit den Entschädigungen der Arbeiter zufolge der Quotenübertragungen hat die Verteilungsstelle nichts zu tun, diese Entschädigungen sind lediglich Sache der Werke.

Abg. Gothein (Op.) befragte zunächst, statt Wülheim (Elsch) Straßburg oder mindestens Colmar als effiziente Frachtausgangsstationen zu wählen; dies liege im Interesse der süddeutschen Landwirtschaft. Die Durchschnittslöhne müssen veröffentlicht werden; freilich darf diese Maßnahme nicht überschätzt werden, denn viel ist mit dem Durchschnittslohn für den Arbeiter nicht anzufangen. Wo die Löhne unter dem Durchschnittslohn sind, sollte man nicht gleich zu Quotenübertragungen greifen, da dadurch auch die Arbeiter geschädigt werden. Selbstverständlich müssen die Quotenübertragungen den Arbeitern zur Kenntnis gebracht werden. An den Propagandageldern sollte auch der Landesverband der landwirtschaftlichen Kreisvereine Elsch-Bohringsen beteiligt werden. Zu den Annehmlichkeiten gehört die Verwaltung eines solchen Fonds gewiß nicht. Vereine, die nebenbei politische Zwecke verfolgen, sollten jedenfalls nicht beteiligt werden. (Sehr richtig! links.) Wenn wirklich der Polizeipräsident von Berlin den Bund der Landwirte für einen unpolitischen Verein erklärt hat, so hat er damit bewiesen, daß er an

politischer Farbenblindheit

leidet. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Der von den Propagandageldern angeammelte Reservefonds ist eigentlich im Gesetz gar nicht vorgesehen. Nun verlangt man, daß ein Teil der Kaligelder in die Reichskasse fliehe. Das wäre aber eine indirekte Steuer. Wenn Herr Hoch das bestritt, so möchte er zugeben, daß auch die Brantweinsteuer keine indirekte Steuer ist. Was das Reichsmonopol angeht, so sind wir nicht prinzipielle Gegner der Monopole, sondern sind der Meinung, daß da, wo sich aus natürlichen Gründen ein Privatmonopol gebildet hat, das Reichsmonopol vorzuziehen ist. Hier ist aber die Entwicklung zum Privatmonopol keine natürliche gewesen, sondern eine Folge der Gesetzgebung. Hunderte von Millionen sind infolgedessen in unrentablen Werken angelegt worden. Man kann heute nicht genug warnen vor dem Anlauf von Kaliberwerken. Herr Hoch meinte Spekulationsgewinne würden natürlich bei der Verstaatlichung nicht entschädigt werden. Aber wer entscheidet, ob im einzelnen Falle ein Spekulationsgewinn vorliegt. Wer die Verstaatlichung ernstlich wollte, dürfte dem Kaltegesetz nicht zustimmen. Außerdem liegt ein großes Risiko in der Verstaatlichung der Kaliberwerke, da hier die Gefahr vorliegt, daß auch außerhalb Deutschlands Kali gefunden wird. Und glaubt Herr Hoch wirklich, daß ein Reichsmonopol ohne Bureaucratie möglich ist. Ohne Bureaucratie kann eine Staatsverwaltung nicht verwaltet werden und auch im sozialistischen Staat werden die Organe der Bureaucratie haben, vor allem, wenn Sie so bleiben wie Sie sind. Sie verlangen ja jetzt immer am meisten an Papier und Druckerwärme in Form aller möglichen Denkschriften. Nun so bald wird ja das Monopol nicht kommen. Wir können das ruhig abwarten, einweilen haben wir genug zu trauern an den Folgen des Kaltegesetzes. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Graf Westarp (L.): Mit dem Gedanken des Reichsmonopols brauchen wir uns jetzt noch nicht zu beschäftigen. Eine Abänderung des Kaltegesetzes nach so kurzer Zeit seines Bestehens wünschenswert nicht; zunächst muß die Industrie einmal Ruhe haben. Die Verteilung der Propagandagelder wollen wir dem Reichsamt des Innern belassen. Den landwirtschaftlichen Vereinen sollten auch für Demonstrationen Kaligelder zur Verfügung gestellt werden. In der Frage, ob der Bund der Landwirte ein politischer Verein ist, hat der Polizeipräsident gar nicht Stellung genommen, sondern nur, daß er sich nicht gegen die Eintragung in das Vereinsregister ausgesprochen hat. Er ist zu dieser Stellungnahme nur berechtigt, nicht verpflichtet.

Abg. Hoch (Soz.):

Herr Graf Westarp meinte, die Industrie müsse sich erst einleben in das Gesetz. Nach dem Antrag der Kommission zum § 27 soll aber nur eine Bestimmung des Gesetzes geändert werden, die sich als unhaltbar erwiesen hat. Herr Gothein hat ganz richtig darauf hingewiesen, daß der Reservefonds im Gesetz keine Grundlage hat. Daher muß eben diese Bestimmung des Gesetzes, die an seinem ganzen Aufbau nichts ändert, abgeändert werden. Im Gegensatz zu Herrn Gothein bin ich der Meinung, daß die Verhältnisse in der Kaliindustrie vollständig reif sind zur Verstaatlichung. Doch aber ein Monopol, wie wir es wünschen, nicht unter dem alleinigen Einfluß der Bureaucratie stehen darf, habe ich gestern schon betont. Wie die Bureaucratie im Zukunftsstaat aussehen wird, darüber brauchen wir uns nicht zu streiten. Ich wünsche, wir erleben ihn beide noch, und ich habe das Vertrauen zu der Objektivität des Herrn Gothein, daß er dann sehr bald aus einem Saulus ein Paulus werden wird. Der Einfluß der Bureaucratie muß bei den Monopolen paralysiert werden durch einen entscheidenden Einfluß der großen Masse des Volkes, durch Mitwirkung von Arbeitervertretern. Von der Mitwirkung des von mir erwähnten Beirats, zusammengelegt aus Vertretern der Regierung, des Reichstages und der Arbeiter, verpnehe ich mir ganz bedeutenden Nutzen für eine segensreiche Wirkung des Kaltegesetzes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Damit ich nicht die Debatte. Die Resolution der Kommission wird angenommen. Als vierte Frachtausgangsstation wird Colmar i. E. bestimmt.

Es folgt das Kapitel

Statistisches Amt.

Abg. Cohn (Soz.):

Das Kapitel der inneren Posten im der Teil des statistischen Amtes, der sich mit der Erforschung der Arbeiterverhältnisse beschäftigt. Reist bekommt man die Antwort: „Es sind Erhebungen im Gange.“

In der Binnen-schiffahrt ist die Arbeitszeit sehr unregelmäßig. Die ersten Erhebungen in diesem Gewerbe sind schon im Jahre 1885 angestellt. Das damals gesammelte Material reichte 10 Jahre im Schoße des Reichsamts des Innern. Durch den Beirat für Arbeiterstatistik wurden neue Erhebungen veranstaltet und

Arbeitszeiten von 18, 24, 30, ja 40 Stunden festgestellt.

(Vehementes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Frage des Beirats antworteten 21 Arbeitgeberorganisationen, daß eine gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe und Arbeitszeit nötig sei. Ein Gutachten des Reichsgesundheitsamts stellte fest, daß die Unfallgefahr in der Binnen-schiffahrt viermal so groß ist wie in der Landwirtschaft und fast doppelt so groß wie in den verschiedenen Industrien. Der Beirat für Arbeiterstatistik schlug eine gesetzliche Regelung vor, die eine Mindestruhezeit von 8 Stunden während der Fahrt und beim Löschen der Ladung von 10 Stunden verlangt. Aber Gesetz ist das nicht geworden. Was bei den jährlichen Erhebungen herausgekommen ist, zeigte die Erklärung des Ministerialdirektors vom 4. März: die Verhältnisse auf dem Rhein sollen demnächst eingehend untersucht und dann soll erwogen werden, ob eine Regelung auf dem Rhein stattfinden soll. Auf dem Stromgebiet des Rheins ist es den Arbeitgeberorganisationen gelungen, die größten Mißstände zu beseitigen, und hier will man nun endlich auch seitens der Regierung vorgehen. Aber auf den anderen Wasserstraßen, auf der Elbe und Oder zum Beispiel, herrschen die allerschlimmsten Mißstände, und da soll nichts geschehen. Die Erklärung des Regierungsvertreters muß daher eine Verhöhnung der um menschenwürdige Arbeitsverhältnisse kämpfenden Arbeiter in der Binnen-schiffahrt wirken. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Hätte die Erklärung aber auch mehr erhoffen lassen, so wissen wir ja, wie wenig Wert Erklärungen von den als vorübergehende Erscheinung

zu betrachtenden Regierungsvertretern beizumessen ist. Schon 1891 hat Minister v. Dellepich eine Regelung der Verhältnisse im Verkehrsgewerbe versprochen. Im April 1902 erkannte der Staatssekretär die Dringlichkeit der Regelung der Verhältnisse im Binnen-schiffahrtsgewerbe an und sagte hinzu, sie sollte in Angriff genommen werden, sobald die schwebenden Erhebungen abgeschlossen seien. Am 2. März 1900 und dann wieder am 18. März erklärte der Staatssekretär Dr. Deibitz, er wolle noch das Gutachten des Reichsgesundheitsamts abwarten, um weitere Schritte zu unternehmen. Und jetzt wird wiederum die so notwendige gesetzliche Regelung auf Jahre hinausgeschoben, wenn nicht der Reichstag dafür sorgt, daß diese schwer leidenden Arbeiter in der Binnen-schiffahrt endlich zu ihrem Rechte kommen.

Einen weiteren Beweis, wie langsam die Wahlen der Sozialpolitik malfen, liefern die Erhebungen über die Verhältnisse im Transportgewerbe. Diese Erhebungen wurden 1902 begonnen und 1908 vorläufig abgeschlossen. Sie haben außerst schwere Mißstände ergeben, Arbeitszeiten von im Sommer über zwölf Stunden für 91,9 Prozent aller Beschäftigten, 43 Proz. hatten mehr als 14, 10,4 Proz. mehr als 18 Stunden Arbeitszeit. (Hört! hört! h. d. Soz.) Im Winter sind die Zahlen etwas niedriger. An einzelnen periodisch wiederkehrenden Tagen zu Meßzeiten, Weinerte n. u. erhöht sich diese Arbeitszeit um 5-6 Stunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Deutsche Transportarbeiter-Verband hat Kontrollserhebungen veranstaltet, die ein noch unangenehmeres Bild ergeben haben. Es kommt vor, daß Ausfuhr 36 Stunden hintereinander beschäftigt werden, ohne daß danach eine genügende Ruhezeit folgt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Ludwigsbafener Walzmühle wurde festgestellt, daß Ausfuhr bis 52 Stunden nacheinander im Dienst

waren. Das spricht aller Menschlichkeit Hohn. Die Omnibus-Ausfuhr in Berlin sind durchschnittlich 16 Stunden im Dienst und selbst im Automobilbetrieb bestehen noch Arbeitszeiten von 15 bis 24 Stunden. Gegen diese Gefährdung der Sicherheit des Publikums hat der Polizeipräsident von Berlin, der so befragt ist um den Ankauf der Automobile, noch nichts getan. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daher ist auch die Zahl der Anzeigen wegen nicht vorläufigmähigen Fahrens der Automobile nicht geringer, sondern größer geworden. Bei diesem nebenhergehenden Dienst kann man von diesen Leuten wirklich nicht verlangen, daß sie mit voller Aufmerksamkeit nach so langer Arbeitszeit ihren Dienst verrichten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) 90 Proz. der Befragten arbeiten regelmäßig des Sonntags, davon etwa ein Drittel regelmäßig 6 Stunden. Beim Geldebeutel hört ja die ärztliche Meinung der Internisten gewöhnlich auf.

Ein weiterer Mißstand ist das

Kost- und Logiswesen.

Ich kenne die Logisverhältnisse der Fuhrleute in Mecklenburg-Westfalen aus eigener Anschauung. Da hatten 10, 12, 15 Leute in einem Raum, der über einer Schmiede sich befindet und rauch-erfüllt ist. Zwei, drei müssen in einem Bett schlafen, ein Ofen zum Trocknen der Kleider ist nicht vorhanden, für je 5 und 6 ein Handtuch, das alle 14 Tage gereinigt wird. Ueber 400 der Befragten haben ausgelegt, daß sie im Stalle schlafen müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Trotz all dieser Feststellungen solch menschenunwürdiger Zustände ist nichts von der Regierung geschehen. Wenn sie zum Teil heute abgestellt sind, ist das allein dem Transportarbeiterverband zu danken, der allerdings von der Eisenbahnbehörde als ordnungsförderlich in ihren Vertrieben nicht zugelassen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch auf Expeditionsbetriebe, die mit ihr im Vertragsverhältnis stehen, wird die Eisenbahnverwaltung ein, daß sie Arbeiter entläßt, die dem Deutschen Transportarbeiterverband angehören. Und die Gerichte entscheiden, daß ein solches Vorgehen den guten Sitten nicht widerspricht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Folge der längeren Arbeitszeit ist natürlich eine sehr hohe Unfallziffer, die sogar die im Vergleich erheblich übersteigt. Der Beirat für Arbeiterstatistik hat zur Verbeugung dieser Mißstände eine Mindestruhezeit von neun Stunden vorgeschlagen sowie die völlige Freilassung von vier Sonntagen im Vierteljahr. Aber auch davon ist heute nichts verwickelt.

In den Kontoren, den Angerbetriebeu, den sogenannten Saisonbetrieben bestehen besonders für das Ostpersonal schwere Mißstände, z. B.

Arbeitszeiten von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachts.

Auch hier möchte im Wege der Verordnung oder Gesetzgebung Abhilfe geschaffen werden. Wie weit ist ferner die Verarbeitung der Erhebungen der Verhältnisse der Angestellten der Reichsämter geblieben?

Ueber die Straßenbahnbetriebe beschloß der Beirat für Arbeiterstatistik schon 1906 Erhebungen anzustellen. Das unterblieb jedoch, weil die Einzelstaaten sie vornehmen wollten. Die so gewonnenen Ergebnisse speziell in Preußen sind aber ganz wertlos, denn sie stellen lediglich eine Uneinbereinigung der Dienstpläne dar und lassen nicht erkennen, wieviel Dienst der einzelne zu leisten hat und wie oft sein Dienst über die im Dienstplan festgelegte Zeit hinausgeht. So sollen Fahrer nach den Dienstplänen 8 1/2 stündige Arbeitszeit haben, in Wirklichkeit haben sie oft 10 1/2 Stunden Dienst. Arbeitszeiten von

14, 15, 16 Stunden sind im Straßenbahnbetriebe keine Seltenheit. (Hört! hört!) Sogar in einem Tarifvertrag ist eine 18stündige Dienstzeit festgelegt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter, die diesen Vertrag geschlossen haben, waren sich wohl nicht ganz klar, was sie taten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verträge der Straßenbahner sind vielfach geradezu Skandalordnungen und verstoßen gegen die guten Sitten. Verlassen die Angestellten den Dienst nach sechs Monaten oder nach einem Jahr, so müssen sie beim Verlassen des Dienstes vielfach ein sogenanntes Lehrgeld herauszahlen. Zum Beispiel bei der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft ist das der Fall. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove erücht den Redner angeht die Geschäftslage des Hauses nicht auf Einzelheiten der Verträge einzugehen.

Abg. Schumann (Soz., fortsetzend): Die Verträge erhalten sehr erhebliche Strafbestimmungen bei den geringsten Dienstvergehen. Beamte, die von den Gerichten freigesprochen wurden, wurden von den Gesellschaften gezwungen, die Reparaturkosten sich von ihrem Lohn abziehen zu lassen. Selbst in das Familienleben der Angestellten greifen die Gesellschaften ein, im 20. Jahrhundert werden die Straßenbahner in die Verhältnisse der Gutsinassen vom 18. Jahrhundert hinabgedrückt. Das beweist, wie notwendig es ist, daß das ganze Arbeits- und Vertragsverhältnis bei den Straßenbahnen Deutschlands einer genauen Untersuchung unterzogen wird. Mit schönen Redensarten ist den im Transportgewerbe Beschäftigten nicht geholfen. Sie müssen fordern, daß ihre Wünsche endlich berücksichtigt und daß ernsthaft Schritte unternommen werden, um endlich diese miserablen Zustände zu beseitigen, damit auch die Straßenbahner in den Stand gesetzt werden, ein menschenwürdiges Leben zu führen. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sittart (Z.) bedauert ebenfalls, daß die Verhältnisse im Verkehrsgewerbe, speziell die der Straßenbahner, vom Reich noch nicht erfasst seien. An Anregungen habe es nicht gefehlt. Wertlos sind aber die Erhebungen in Preußen nicht. Wir legen vor allem Wert darauf, daß den Leuten am Sonntag Zeit zum Besuch des Gottesdienstes gewährt wird. Die Regierung möchte ich bitten, einmal zu sagen, was sie gegenüber den festgestellten Mängeln zu tun gedenkt.

Geheimrat Casper (auf der Tribüne schwer verständlich): Die Verhältnisse im Schiffsverkehr sind so verschieden, daß eine schematische Regelung nicht durchführbar ist. Die Regelung der Verhältnisse bei den Bahnen ist Landesache, die der Rechtsanwaltschaft gehört zum Justizamt. Gegen übermäßig lange Arbeitszeiten können die Landeszentralbehörden auf Grund der Gewerbeordnung Verordnungen erlassen.

Abg. Dr. v. Schulze-Gabernick (Sp.) befragt einen Antrag den Reichsanwalt zu ersuchen, gelegentlich der im Jahre 1913 fälligen

Reichserhebung über die Bodenbenutzung Ermittlungen über Verkauf und Zulauf von Getreide, Mehl, Brot usw. der landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenbetriebe für das Erntejahr 1912 zu veranstalten. Mit dem reinen Freihandel lockt man heute keinen Hund mehr vom Dfen, aber andererseits sehen auch die Bauern ein, daß ein lädenloser Zolltarif ihnen nichts nützt, weil er alles verteuert. Wir Volksparteiler fühlen uns als Vertreter der Bauern. (Gelächter rechts.) Während Sie (nach rechts) lediglich den Großgrundbesitz vertreten. (Sehr wahr! links. Erneutes Lachen rechts.) Der Mittelpunkt der Bauernwirtschaft ist der Stall, er hat viel mehr Interesse an hohen Preisen für Vieh, Fleisch und Milch als für Getreide. Deshalb sind wir für Aufhebung der Futtermittelzölle, an denen nur die Großagrarien Interesse haben. Die Bauern im badi-schen Oberland haben diesen unseren Antrag auf Aufhebung der Futtermittelzölle mit Freuden begrüßt. Erziehungszölle für Futtermittel wie Tabak, Wein lehnen wir nicht ab. An den Roggen- und Weizenzölle aber haben nur die Bauern Interesse, die Getreideüberschuss verkaufen. Wir wollen auch diesen Streifen den Schutz durch maßvolle Getreidezölle nicht verlagern, wir müßten nur erst wissen, wie groß sie sind. In Baden müssen 70 Proz. der Bauern mehr Getreide kaufen als verkaufen. Diese Verhältnisse müssen endlich einmal für das Reich festgestellt werden. Ich rufe also mehr: Mehr Licht über die bäuerlichen Verhältnisse (Lautes Lachen rechts). Das wünschen wir als die berufene Bauern-partei (Stürmisches Gelächter rechts). Für wirtschaftliche Arbeiten sollte das Statistische Amt nicht Juristen, sondern auch National-ökonomen hinzuziehen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Dertel (L.): Der Vorredner hat sich trotz der drohenden Abenddämmerung weit in die Irgeänge der Wirtschaftspolitik verirrt. Ich werde ihm auf diesem Wege nicht folgen. Wenn er sich heute wieder als Vertreter des Großagrariertums hinstellt, so wird diese Behauptung durch die häufige Wiederholung nicht richtiger. Darin stimme ich dem Vorredner bei, daß der Stall eine Haupt-säule des Bauerntums ist. Aber auch der Acker gehört wohl dazu. (Gehterleht rechts.) Hoffentlich meint der Vorredner das auch. — Der Agitation des Bundes der Landwirte hat er einen guten Dienst geleistet, indem er auf die hohen Verkaufspreise der Milch hinwies. Der Vorredner trat ein für Bölle auf feinere landwirtschaftliche Produkte, Spargel, Frühkartoffeln, Tabak, Wein; das tun wir ja auch, die wir den lädenlosen Zolltarif verlangen. Der Resolution stimmen wir zu, denn wir wollen auch sehen, wie sich die Verhältnisse entwickeln werden, obwohl wir es eigentlich nicht nötig hatten. Die Wichtigkeit einer Geburten- und Fruchtbarkeitsstatistik, wie sie der Vorredner forderte, erkennen wir an. In dieser Beziehung ist das Bauerntum nicht nur der Jungbrunnen, sondern der Lebensquell für unsere gesamte Bevölkerung. Nicht nur das Bauerntum ist der Jungbrunnen, sondern auch die Großgrundbesitzer. Beide gehören zusammen, sie zusammen-

gebracht zu haben, ist das große Werk des Bundes der Landwirte. Der Jungbrunnen, der aus dem deutschen Acker strömt, kann nur erhalten werden, wenn der Friede zwischen Bauern und Großgrundbesitzern erhalten wird, den zu stören nur Landwirtschaftsfeinde vermögen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Weiterberatung wird auf abends 8 Uhr vertagt. (Schluß 6 Uhr.)

Parlamentarisches.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.
Die Kommission erledigte am Dienstag zunächst Petitionen der reichsständischen Eisenbahner, die auch die Anerkennung ihrer Verbände als Berufsorganisation fordern. Abg. Weill vertrat lebhaft diese Petitionen. Die Regierung drückte sich um eine klare Antwort herum, lehnte aber ausdrücklich die Anerkennung des Transportarbeiterverbandes ab. Der sozialdemokratische Antrag, diese Petitionen zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde abgelehnt. — Sodann trat die Kommission in die Beratung des Kolonialetat's ein. Eine lebhafteste Debatte entfiel der große Zahl der im Kolonialamt beschäftigten Sekretäre und Expedienten, deren Zahl 77 beträgt. Die Leute erhalten ein Anfangsgehalt von 3000 Mark, das bis 6000 Mark steigt. Dazu kommen 1300 Mark Wohnungsgeld. Sowohl die Höhe des Gehalts für die verhältnismäßig einfache Tätigkeit, wie auch die auffallend große Beamtenzahl wurde bemängelt. Staatssekretär Dr. Solf erklärte, daß auch er anfänglich über die Beamtenzahl erstaunt gewesen sei, aber die Leute seien voll beschäftigt. Er werde aber versuchen, eine Verringerung herbeizuführen, das Schwergewicht der Verwaltung müsse in die Gouvernements verlegt werden. Angefochten wurde auch die Zahl von 15 vortragenden Räten, deren Reduzierung gefordert wurde. Bei der Militärverwaltung im Kolonialamt, bestehend aus 9 Offizieren nebst dem Kanzleipersonal, wurde gleichfalls eine Verminderung gefordert, die der Staatssekretär jedoch bekämpfte. — Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt werden.

Aus der Wahlprüfungskommission.
Die Prüfung der Wahl des Abg. Kölsch (nail.) konnte auch in der Sitzung vom Dienstag nicht erledigt werden. Unter anderem standen zwei Stimmzettel zur Prüfung auf ihre Gültigkeit, weil auf ihnen Hinweise auf — Bibelverse enthalten waren. Auf dem einen Zettel stand unter dem Namen des Kandidaten der Hinweis: Baruch 6, 9; auf dem anderen stand Jesus Sirach 39, 37. Von den Mitgliedern der Kommission war keines bibelkundig genug und so blieb nichts weiter übrig, als eine — Bibel zu holen, aus der dann der Wortlaut dieser Bibelverse herbeigebracht wurde. In dem Vorbericht dieser Bibelprüche vermachte die Kommission keinerlei Vorbehalt zu erkliden und erklärte unter allgemeiner Heiterkeit die beiden Stimmzettel für gültig.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 20. März 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner Torquato Tasso.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Don Juan.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Deutsches. Viel Lärm um Nichts.
Kirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Kirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Kirkus Carrossen. Gala-Vorstellung.
Haberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Lindenstraße 48/49.
Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Kammerpiele. Eine glückliche Ehe.
Bettung. Glaube und Heimat.
Kleines. Tanzmäse.
Königgräber Straße. Die fünf Bräutigame.
Kenes Schauspielhaus. Familien-Kind.
Kenes. Der liebe Augustin.
Kenes. Alles für die Firma.
Kenes. Komische Oper. La Traviata.
Kenes. Karlsruheroper. Tisland.
Kenes. Wiener Blut.
Kenes. Die Damen des Regiments.

Berliner Große Hofnen.
Kenes. Oberst. Eva.
Schiller O. Der Weg zur Hölle.
Sch. Charlottendurg. Der Probepfeil.
Freier. Wilt. Schauspielhaus. Feldherrnhöhe.
Luisen. Die Rose von Japan.
Kofe. Mutter und Sohn.
Wetter. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Katakomben.
Wintergarten. Spezialitäten.
Cafino. Die lustige Strohwitwe.
Alvino. Spezialitäten.
Vauve. Spezialitäten.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert.
Der Hausaufsatz.
Königstadt-Kasino. Ein adeliger Rechtsanwalt und Bruder Julius.
Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice. Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.
Walbalka. Weisenschlager.
Voigt. Babst 38. Geländbrummen.
Maria Stuart.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Kenes Volkstheater. Der Meister.
Belle-Alliance. Frühlingst. Intimes. Der Fruchtkorb.
Sternwarte. Innalbenstr. 57-62

Schiller-Theater O. Berliner.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Kyria-Pyria.
Freitag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Lady Windermere's Fächer.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Probepfeil.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Jüdin von Toledo.
Freitag, abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: Große Hofnen.
Theater in der Königgräber Straße
Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr: Der liebe Augustin.
Sonn. 3 1/2 Uhr: Der Vogelkändler.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr: Wiener Blut.
Sonnab. 3 1. Mal: Die schöne Helene.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Wiener Blut.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr: Alles für die Firma.
Schwarz in 3 Akten von R. Demarequin und G. Michel. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Baerfeld.
Norgen u. folg. Lage: Alles f. d. Firma.
Sonntag, 24. März, 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Luisen-Theater.
Mittwoch: Die Rose von Japan.
Donnerst.: Eine leichte Person.
Freitag: Eine leichte Person.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Wotkappchen. Abends: Die Rose von Japan.
Belle-Alliance-Theater.
7 1/2 Uhr: Frühlingst.
Donnerstag: Am bunten Rock.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr: Mutter und Sohn.
Schauspiel in 5 Akt. v. G. B. v. Meißner.
Donnerstag und folgende Tage: Der Gefangene von Zenda.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauschen gestillt.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. A. Schulz.

Passage-Theater.
Das Geisterfenster.
Das weiße Geheimnis.
Melia d. schönste Tänzerin Russlands.
Schneider-Duncker und das große März-Programm!

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Manaster. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Doppel-Konzert!!!
Musik. d. Grde.-Füsil-Regt. Oberm. Dippel
Musik. d. 2. Grde.-Drag-Regt. Oberm. Paschke
und
!!! Zillertaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler!!!
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachm.: Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Herrnfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novität:
Der Hausaufsatz.
Anfang 8 Uhr.
Vorfestvorverkauf 11-2 (Theaterkasse)

Union-Theater
Alexanderplatz
Unter den Linden
Moritzplatz
Hasenheide
Wedding
Heute 5 neue . . . Programme.
Voranzeige: Von Sonnabend ab: Südpol-Expedition des Kapitäns Robert Falcon Scott.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß: Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
Buclette von Koppel. Anfang moderntags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Admiralpalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Allabendlich: Tänze auf d. Eise. Die kleine Charlotte. Weltmeister
Bror Meyer.
Das prächtige Eisballett Alpenzauber.
Nachmittags: Kunstlauf-Produktionen. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbes Kassonpreis.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Vorlechte Woche der großen komischen Novitäten
Oscar und Suzette moderner Länger
Los No. 33 ufm.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr: Das kleine Café.

Zirkus A. Schumann
Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr: Die besten Radkünstler 5 Herren Aurora 5 mit ihrem lebenden Roulette.
Dir. Albert Schumann in seinen neuesten Konstruktionen sowie die übrigen neuen Spezialitäten.
Um 9 Uhr: Das mit so großem Beifall aufgenommene neueste und größte Ausstattungstück
Das Motorpferd
in 5 Akten
und der großen Schlußapothose mit noch nie dagewesen. Effekten.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100
Mittwoch, den 20. März: Nachm. 3 Uhr u. 7 1/2 Uhr: 2 Vorstellungen 2.
In beiden Vorstellungen ein komplettes Abendprogramm mit der vollständigen Szene aus Wild-West
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbes Preise.
Galerie 40 Pf., III. Platz 70 Pf., II. Platz 1.20 M., I. Platz 2 M., Parkett 3 M., Logensitz 4 M.

Voigt-Theater.
Geländbrummen Babststr. 38.
Mittwoch, den 20. März 1912:
Maria Stuart.
Trauerspiel in 5 Akte, v. Fr. v. Schiller.
Außenöffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.
Norgen: Gahmanns Th.: Benefiz für Toni Doh; Maria Stuart.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend! Hede das Löwenmädchen.
Ein stavisches Wand. Das Mädchen mit dem Hähnenkopf.
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib, ein Opfer wilder Barbaren.
Die Frau in der Kanne.
Befreiung a. d. Wassergrob
Ohne Extra-Entree!

Germania-Prachtsale
N. Chaussestr. 110. Carl Richter.
Zeben Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem Freitags. — Vorzugskarten gelten. — Norgen Donnerstag: Militär-Streichorchester.
Anschließend: Familienkränzen ohne Nachzahlung.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr: Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Zirkus Busch
Mittwoch, den 20. März 1912: 7 1/2 Uhr 7 1/2 Uhr.
Gala-Abend.
„Die Hexe“.
Großes Volks-Manegechauspiel.
Die Orpingtons!
Unübertroffen. Rekordleistung gymnastischer Kunst.
Um 9 1/2 Uhr: Ringkampf.
Jeder Abend enthält nur erstklassige, hochinteressante Kämpfe!
(Nähere Einzelheiten siehe im Programm.)

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr: Die Saison-Schlager
Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.

Königstadt-Kasino.
Ede Polzmarkt u. Weganderstraße
Täglich:
Ein adeliger Rechtsanwalt und Bruder Julius.
Außerdem 6 erst. Orchesternummern
Anf. 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Rittm., Sonnab., Sonn., Tanz.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Novität!
Der neue Vossenschlager
Die lustige Strohwitwe.
Walt von Wilt und Jacobs.
Sonn. 3 1/2: Die Tochter d. Sträflings.

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend! Hede das Löwenmädchen.
Ein stavisches Wand. Das Mädchen mit dem Hähnenkopf.
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib, ein Opfer wilder Barbaren.
Die Frau in der Kanne.
Befreiung a. d. Wassergrob
Ohne Extra-Entree!

Siebenter Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Kürnberg, 18. März 1912.

Der Siebente Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen beginnt morgen im diesigen Verleselsaal. Er hat eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Neben den rein geschäftlichen Fragen (Tätigkeitsberichte usw.) stehen eine Reihe sozialpolitischer Themen auf der Tagesordnung, die auch über die Reihen der Gastwirtsgehilfen hinaus Interesse erwecken dürften. Die Gastwirtsangehörigen gehören ja zu der Arbeiterkategorie, die unter den schlechtesten sozialen Verhältnissen zu leiden haben. Die sozialpolitischen Fragen im Gastwirtsgebetriebe, wie Arbeiterschutz, Arbeitsnachweis, Reichsversicherung, werden darum einen besonderen Teil der Verhandlungen des Verbandstages in Anspruch nehmen. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Kuchenausstatter, des Ein- und Auswanderung der gastwirtschaftlichen Angestellten bilden ebenfalls besondere Beratungspunkte. — Die Statutenberatung — wozu eine neue Vorlage unterbreitet ist — wird wohl den breitesten Raum der Beratungen beanspruchen. Hier sind es in der Hauptsache die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, und die Frage der Beitragserhöhung, die eine lebhaft erörterung zeitigen werden.

Nach dem Geschäftsbericht, der sich auf die Jahre 1910/11 erstreckt, hat die Mitgliederzahl des Verbandes in der Berichtperiode um 3466 zugenommen; sie stieg von 9572 auf 13038. Neu eingetretene sind in derselben Zeit 14697, wegen reitender Beiträge wurden aber allein 8344 Mitglieder gestrichen. Die Fluktuation ist also ganz enorm. Die Zahl der aufgenommenen Mitglieder zeigt aber auch, daß die Agitation sehr intensiv betrieben wurde. Dieser ist es auch zu verdanken, daß eine Reihe kleinerer Lokalvereine geschlossen zum Verband übertraten. — Die Zahl der Streiks und Lohnbewegungen vermehrt sich ständig. Im Gastwirtsgebetriebe sind Streiks ja besonderer Schwierigkeiten unterworfen, es zeigt sich aber auch hier immer mehr, daß die gastwirtschaftlichen Angestellten die Möglichkeit der Anwendung dieses letzten Mittels einsehen, und daß sie immer mehr geneigt sind, im Notfall von ihm Gebrauch zu machen. Das Jahr 1911 hat Lohnbewegungen mit und ohne Streiks in solcher Zahl und Ausdehnung gebracht, wie nie ein Jahr zuvor, und sie sind auch nicht ohne Erfolg geblieben. Mit den Verhandlungen der Gewerkschaftsbüro hat der Verband meist Verträge abgeschlossen. Die Arbeitsverhältnisse in Privatbetrieben sind vielfach unter aller Kritik und hat es sehr harte Kämpfe der Angestellten bedurft, um bessere Zustände zu schaffen. Aber auch in Staats- und städtischen Betrieben bedarf vieles der Remedur. Diese Betriebe sind nichts weniger als Musterbetriebe. Dies ist um so schwerwiegender, als die Zahl der von öffentlichen Korporationen betriebenen oder subventionierten Unternehmungen sehr rasch steigt und die dort gebotenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse von dem übrigen Unternehmertum natürlich gern als Entschuldigung für die bei ihnen ebenso schlechten Verhältnisse gebraucht wird. Die Wohnsozialverhältnisse haben sich geradezu zu Verhängnisfabriken entwickelt. In städtischen Betrieben, wie Restaurationen in den Rathäusern, Theatern usw. erreicht die Ausbeutung der Angestellten oft Formen, wie sie nicht einmal in allen Privatbetrieben anzutreffen sind.

Nach dem Kassabericht hat das Vermögen des Verbandes in der Berichtzeit um rund 33000 Mark zugenommen. Das Vermögen der Hauptkassen stieg auf 129398,15 Mark und das der Verwaltungskassen auf 40031,12 Mark. Die Hauptkassen vereinigte in den Jahren 1908/09 insgesamt 170185 Mark, 1910/11 aber 228000 Mark. Die Ausgaben betrugen in derselben Zeit 118522 Mark und 200313 Mark. Die Einnahmen stiegen um 84,5 Prozent, die Ausgaben aber um 76,6 Prozent. Auch ein Zeichen der gehobenen Kämpfe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Tariffbewegung der Bauhofscher und Kunstschmiede.

Eine wohlbesuchte Versammlung der Bauhofscher und Kunstschmiede nahm Montagabend im großen Saale der „Graueci Friedr. Schömann“ das Resultat der bisherigen Verhandlungen mit den Unternehmern entgegen. Handte berichtete. Es sei sehr schwer gewesen, nennenswerte Zugeständnisse zu erzielen. Nach langen und schwierigen Verhandlungen kam zwischen beiden Parteien eine Verständigung auf folgender Basis zustande:

§ 4. Der Mindestlohn beträgt vom 1. April 1912 ab 57 Pf., für die Ausgelernten im ersten Gesellenjahre 50 Pf., im zweiten Jahre 52 Pf., im dritten Jahre 55 Pf.; vom 1. April 1913 60 Pf., im ersten Jahre 52, im zweiten Jahre 55 Pf. — Diejenigen, die durch diese Regelung nicht mindestens um 3 Pf. in ihrem Lohn aufgebessert werden, erhalten eine einmalige Lohnzulage von 3 Pf. bei Abschluß des Tarifs.

Bezüglich der Arbeitszeit wurde es erreicht, daß am Sonntagabend nur acht Stunden gearbeitet werden soll. Außerdem wurde 1/2 Stunde für das Aufräumen der Plätze zugewilligt. Die Schlosser hatten verlangt, daß die Arbeit nicht vor 7 Uhr morgens anfangen und nicht nach 5 Uhr enden solle. Das letztere war jedoch nicht zu erreichen, es wurde nur zugestanden, daß, wo es möglich ist, die Arbeit um 5 1/2 Uhr beendet sein soll. Die Frage der Ueberstunden ist wie bisher geregelt. Doch soll in Zukunft den Arbeitern rechtzeitig vorher mitgeteilt werden, auch sollen Ueberstunden nur in dringenden Fällen eintreten. Betreffs der Mindestlöhne für Kolonnenführer und Hilfsarbeiter, ebenso wegen der Dauer des neuen Vertrages konnte eine endgültige Regelung noch nicht erzielt werden.

Handte empfahl, diese Zugeständnisse zu prüfen und danach entsprechend zu beschließen.

In der Diskussion wurde der Passus über den Schluß der Arbeitszeit bemängelt und die Form als zu unverbindlich bezeichnet und wurde die Kommission beauftragt, diesbezüglich nochmals zu verhandeln. Was die Abmachungen über die Ueberstunden betrifft, so wurden dieselben aufgegeben. In einer längeren Debatte führte die Regelung der Mindestlöhne. Den meisten Rednern waren die Zugeständnisse in dieser Frage zu gering. Es wurde verlangt, daß die Kommission noch einmal mit den Arbeitgebern verhandeln möge.

Mehrere Mitglieder der Kommission, u. a. auch Krüger und Handte, rieten den Anwesenden, den Zugeständnissen, auch wenn sie nicht voll befriedigten, doch zuzustimmen. Die Versammlung lehnte diesen Vorschlag jedoch mit großer Mehrheit ab. Die Verhandlungen nehmen demnach ihren Fortgang.

Die Klempner und Monteure in der Bierdruckbranche streben eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch einen Tarifvertrag an. In Vertrauensmännerversammlungen wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der einer Verlesung der Klempner und Monteure zur Beratung und Beschlußfassung vorlag, die am Montagabend bei Weikowitsch in der Andreasstraße stattfand. Die reich von Deutschen Metallarbeiterverband erläuterte den Entwurf und verteidigte die vorliegende Fassung gegenüber manderlei Wünschen auf weitere Verbesserungen. Die Diskussion war sehr reger, bemängelt wurde unter anderem, daß für Hilfsarbeiter keine Verbesserungen vorgesehen sind. Die Hilfsarbeiter sind leider noch schlecht organisiert, doch soll versucht werden, auch für sie Verbesserungen zu erreichen.

Die wichtigsten Forderungen in dem Tarifentwurf lauten: Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, an Sonnabenden und an Tagen vor den Festen soll eine resp. zwei Stunden früher Feierabend sein. — Ueberstunden dürfen nur im äußersten Notfall gemacht werden und sind bis 8 Uhr abends mit 25 Proz., nach 8 Uhr als Nacht- sowie Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag zum

Lohn zu bezahlen. Der Prozentsatz tritt erst nach neunstündiger Arbeitszeit in Kraft. Es ist nicht gestattet Ueberstunden machen zu lassen, sobald noch die Möglichkeit besteht, neue Arbeiter einzustellen. Der Mindestlohn beträgt für Klempner und Monteure 80 Pf. pro Stunde. Dieser Mindestlohn muß, gleichviel ob Lohn oder Akkord gearbeitet wird, unter allen Umständen gezahlt werden. Für Arbeiten außerhalb der Werkstatt ist außer dem Jahrgeld ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde zu bezahlen.

Die weiteren Forderungen betreffen die Regelung der Verhältnisse, wenn die Arbeitsstelle in weiterer Entfernung liegt. In Bezug auf die Akkordarbeit wird verlangt: Alle Akkordpreise werden um 10 bis 15 Proz. erhöht. Der Preis über eine Arbeit muß, bevor die Arbeit in Angriff genommen wird, vorher mit dem Arbeiter vereinbart werden. Entstehen bei Festlegung von Akkordpreisen Differenzen, so ist mit einer von den Arbeitern gewählten Kommission zu verhandeln.

Dann folgen die in Tarifverträgen üblichen Bestimmungen. Giltigkeit soll der Vertrag bis zum 1. März 1914 haben.

Die Versammelten gaben diesem Entwurf ihre Zustimmung und wählten für die einzelnen Betriebe Kommissionen, die den Unternehmern die aufgestellten Forderungen sofort unterbreiten sollten.

Achtung, Tapagierer! Die Differenzen bei der Firma Glab, Lottumstraße 18, sind noch nicht geregelt; die Sperre besteht fort. Die Firma Wachernitz, Uedomstraße 21, ist wegen Tarifbruchs für Postierer und Dekorateur gesperrt.

Die Schlichtungskommission.

Achtung! Wagenfahrräder. In der Wagenfabrik von Gebr. Wienke, Nachfolger, Kanow, Breitestr. 17, haben sämtliche Sattler wegen erfolgter Akkordreduzierungen und damit verbundener Rohregelung des Vertrauensmannes die Arbeit eingestellt. Der Betrieb ist für Sattler gesperrt.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuillier.

Deutsches Reich.

Es geht auch ohne Zuchtstrafe.

In Jüterburg ist ein Maurer wegen Bedrohung eines Arbeitswilligen zu der überaus hohen Strafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Maurer eines Hauses hatten die Kaufperre verhängt, weil einer ihrer Kollegen gemahregelt worden war. Einer der Streikenden soll nun einen Arbeitswilligen mit Prügel bedroht haben; und deshalb 6 Monate Gefängnis! Der Staatsanwalt forderte eine exemplarische Bestrafung. Dieser Ansicht schloß sich das Gericht an, indem es in der Urteilsbegründung betonte, der Streik wäre ohne Anlaß vom Jaun gebrochen. Es hätte sich lediglich um eine frivole Kraftprobe gehandelt, und es müsse für später ein warnendes Beispiel gegeben werden.

Selbst ein Teil der ostelbischen bürgerlichen Presse macht dem Gerichtshof wegen dieses Urteils Vorhaltungen, und das will schon etwas bedeuten. So schreibt ein Blatt, das die Strafe für außerordentlich hart hält:

„Mander dürfte hier Vergleiche anstellen mit gewissen Schimpfereien und Bedrohungen, die sich ungestraft und wilder ausleben und noch großartig in angeblicher Wahrnehmung sogenannter berechtigter Interesse begründet werden. Der Autorität unserer Justiz wird nicht damit genügt, wenn man dem Volke Gelegenheit gibt, solche Vergleiche anzustellen.“

Tarifabschluß im Düsseldorfer Zimmerergewerbe.

Einen recht annehmbareren Erfolg haben die Düsseldorfer Zimmerer durch ihre diesjährige Lohnbewegung erzielt. Für das Zimmerergewerbe bestand ein Tarifvertrag, der entgegen den sonstigen Abmachungen bereits am 31. März d. J. abläuft. Die in letzter Zeit stattgefundenen Verhandlungen haben zu einer Einigung geführt. Der Lohn, der zurzeit 68 Pf. beträgt, wird ab 1. April d. J. auf 70 Pf., ab 1. August d. J. auf 71 Pf., ab 1. April 1913 auf 74 Pf. und ab 1. April 1914 auf 76 Pf. für die Stunde erhöht, so daß die Lohnsteigerung während der Vertragsdauer 8 Pf. für die Stunde beträgt. Der bedeutendste Erfolg der Bewegung beruht indes darauf, daß die Arbeitszeit ab 15. März 1913 von 9 1/2 auf 9 Stunden verkürzt wird. Im Baugewerbe, soweit Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter in Betracht kommen, besteht in ganz West-, Mittel- und Süddeutschland kein Tarifvertrag, der für die Sommermonate die neunstündige Arbeitszeit vorsieht. Es ist den Düsseldorfer Zimmerern durch die diesjährige Bewegung gelungen, Brezche zu legen in die Bestrebungen des Unternehmervverbandes, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden nicht eintreten zu lassen. Der abgeschlossene Tarifvertrag hat Gültigkeit bis zum 31. März 1915, so daß auch die Bestrebungen der Scharmacher im Baugewerbe, alle Tarifverträge auf einen bestimmten Datum ablaufen zu lassen, dadurch durchkreuzt sind.

Erfolge des Glasarbeiterverbandes in Thüringen.

Die materiell am schlechtesten Gestellten der Glasarbeiter, die Glasheimarbeiter des Reiningen Oberlandes, haben eine Lohnbewegung hinter sich, deren Ausgang Erwähnung verdient. Die Christbaum- und Puppenaugenmacher in Leuscha und den umliegenden Orten waren bis vor einem Jahre so gut wie gar nicht organisiert. Inermüßlich arbeitete in diesen Glasarbeiterverband an der Organisation dieser Berufs-kategorie. Es gelang auch, eine größere Anzahl der Heimarbeiter zu organisieren. Heute sind die Unorganisierten im ganzen Bezirk seltene Ausnahmen. Dem agitatorischen Fortschritt folgte der pekuniäre Erfolg auf dem Fuße. Eine über den ganzen Bezirk ausgebreitete Lohnbewegung brachte den Heimarbeitern eine zehnprozentige Erhöhung der Preise, die zu bezahlen sich namentlich die schwerreichen Exporteure der Christbaumbranche anfänglich sträubten. Das half ihnen aber nichts. Sie wurden es gewahr, daß die armen und elend bezahlten Christbaum- und Puppenaugenmacher ein mächtiger Faktor sind, wenn sie organisiert gemeinsam auftreten. So kam es, daß die Arbeiter einen Tarif zur Durchführung brachten, der ihnen eine 10 prozentige Lohnhöhung garantierte. Die Zahl der Arbeiter, die an dieser Errungenschaft Anteil haben, beträgt rund 1500.

Konventionalkonflikte bei Lohnbewegungen.

Ein interessanter Prozeß hat nunmehr vor dem Oberlandesgericht Augsburg seinen Abschluß gefunden. Im Sommer vorigen Jahres traten die Schlossergehilfen in Augsburg in eine Tarifbewegung ein. Die in einer Innung vereinigten Schlossermeister beschloßen nun, mit der Organisation der Gehilfen zwar zu verhandeln, aber unter keinen Umständen einen Tarif mit der Organisation abzuschließen. Damit dieser Beschluß gehalten werde, verpflichteten sich die Meister, je nach der Gehilfenzahl eine Konventionalkonfliktsstrafe zu zahlen, wenn der gefasste Beschluß nicht eingehalten wird. Der Schlossermeister Pfaff protestierte zwar in der Meisterversammlung, unterschrieb aber später doch den Revers. Die Gehilfen traten infolge der ablehnenden Haltung der Meister in den Streik. Schlossermeister Pfaff, der Arbeiten zu einem bestimmten Termin fertigzustellen hatte, sah sich gezwungen, nachzugehen und unterschrieb den von der Gehilfenorganisation eingereichten Tarif.

Die Schlosserinnung verlangte nun von dem ausgeprägten Mitglied die Bezahlung der vereinbarten Konventionalkonfliktsstrafe in Höhe von 650 M.; als Pfaff dies verweigerte, erfolgte gerichtliche Klage.

Das Landgericht Augsburg (Zivilkammer) wies die Klage der Schlosserinnung kostenfällig ab, da die Vereinbarung auf Grund des § 152 der Reichsgewerbeordnung erfolgt sei und jedem Beteiligten es freistehe, von einer solchen Vereinbarung zurückzutreten. Auf den Rücktritt könne weder Klage noch Einrede erfolgen.

Die Schlosserinnung hat gegen das abweisende Urteil Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt. Auch dieses hat nun die Klage unter Aufhebung der Kosten auf die Klägerin abgewiesen, indem sich das Oberlandesgericht auf den Standpunkt der ersten Instanz stellte.

Die Treibriemensattler Hamburgs hatten den Unternehmern einen Tarifentwurf überreicht und um gemeinschaftliche Verhandlungen darüber ersucht. Die Unternehmer lehnten gemeinschaftliche Verhandlungen ab; nur vier waren bereit, mit der Organisation in Einzelverhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen wurden unter Hinzuziehung eines Vertreters des Kontrollvorstandes der Sattler und Portefeuillier und des Sekretärs des Industrieverbandes (Sitz Dresden) geführt. Erzielt wurden: Einführung der 9stündigen, an Stelle der bisher üblichen 67- und 69stündigen Arbeitswoche. Erhöhung des Mindestlohnes von 24 auf 27 M. für gelernte Sattler und Gerber und von 21 auf 23,50 M. für Hilfsarbeiter. 5 Proz. Lohnzulage am 1. April 1912, 8 Proz. am 1. April 1914 und 2 Proz. am 1. April 1915. Für Ueberarbeit gab es gar keinen oder nur einen sehr geringen Zuschlag, jetzt 20 Proz. und für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Proz. Wesentliche Verbesserung bedeutet die jetzt zu gewöhnliche Vergütung für Montagearbeit. Bei Neumontagen in der Stadt werden 5 Pf., bei alten Riemen 10 Pf. pro Stunde extra bezahlt, ebenso die Ausgaben für Mittag- und Abendessen. In Deutschland werden 4,50 Mark, im Auslande mindestens 6 M. Tageslohn vergütet. Die Akkordpreise werden mit den Arbeitern jedes Betriebes besonders geregelt. Eine gutbesuchte Versammlung der Arbeiter stimmte den Vereinbarungen zu. — Die Firma Schlenz u. Co. will, wie sie den Organisationsvertretern erklärte, sich mit ihren Arbeitern verständigen und noch mehr als die übrigen Unternehmer bewilligen, nur nicht die neunstündige Arbeitszeit einführen. Auch bei den Firmen Scholz und Karl Marx bestehen noch Differenzen. — Sofort nach Bekanntwerden der Lohnbewegung offerierte „Wwe. Müller, Hamburg“ und eine Berliner Firma ihr reichsortiertes Arbeitswilligenheer; die Unternehmer lehnten aber das Angebot der Hingebard ab.

Rein Terrorismus.

Die Textilfirma Karl Fier u. Co. in N.-Glöbba-Mehdt erließ an ihre Arbeiter die folgende Bekanntmachung:

„Hierdurch fordern wir sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf, falls sie irgend einem Verbandsangehörigen, sich sofort bei demselben abzumelden, da wir nicht dulden, daß bei uns beschäftigte Personen einem Verband angehören. Alle bei uns in Arbeit stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich innerhalb 8 Tagen schriftlich zu verpflichten, daß sie keinem Verbandsangehörigen, widrigenfalls sofortige Entlassung erfolgt.“

Ausland.

Bahnlegung der Bautätigkeit durch die dänische Arbeitgebervereinigung.

Die Erd- und Betonarbeiter Kopenhagens stehen seit November vorigen Jahres im Streik. Die oft wiederholten Einigungsversuche des staatsangestellten Schlichtungsmannes hätten wohl im Laufe der Zeit schon einmal zu einem Uebereinkommen führen können, aber damals setzten die Erd- und Betonarbeiter, unzufrieden mit den Einigungsvorschlägen, ihren alten Vorstand ab und wählten einige syndikalistische Mitglieder zu ihren Vertrauensmännern. Die Unternehmer suchten die Uneinigkeit unter den Arbeitern auszunutzen und zu fördern, kofettierten mit den überrevolutionären Syndikalisten und machten ihnen zum Schein weitergehende Zugeständnisse als dem alten Vorstand. Als nun aber der syndikalistische Vorstand abgewirtschaftet hatte, die Erd- und Betonarbeiter den alten wiederwählten und die Verbindung mit ihrer Zentralorganisation, dem Dänischen Arbeitsmännerverband, wiederherstellten, traten die Unternehmer von ihren Zugeständnissen zurück, und der Schlichtungsbeamte mußte von neuem eingreifen. Endlich, Ende der vorigen Woche, war es gelungen, einen Tarifvertrag zustande zu bringen, der die Zustimmung beider Parteien fand. Die Unternehmer im Erd- und Betonfach und mit ihnen die vielen kleinen Unternehmer in den Baugewerben waren froh, daß der langwierige Lohnkampf gerade noch rechtzeitig beendet war, um die Frühjahrsbauarbeit mit voller Kraft aufnehmen zu können; aber das paßte den in der Arbeitgebervereinigung herrschenden Industrieherrn und Großkapitalisten nicht in den Kram, und deswegen machten sie die Durchführung des Tarifvertrages der Erd- und Betonarbeiter davon abhängig, daß gleichzeitig ein Konflikt in der Zementindustrie in Jütland beendet werden sollte. Dort sind nämlich die Arbeiter der Zementfabriken seit Anfang März ausgesperrt, und in dieser Industrie sind alle Einigungsversuche gescheitert, soweit sie die Lohnhöhe in Frage kommt. Auch die letzten Verhandlungen, am Donnerstag, verliefen trotz aller Bemühungen des Schlichtungsbeamten ergebnislos, weil die Unternehmer hartnäckig daran festhielten, daß der Stundenlohn in den Zementfabriken in den nächsten vier Jahren nicht über 34 Öere steigen soll. Die kleinen Unternehmer der Baugewerbe sind entrüstet darüber, daß ihre großindustriellen „Kollegen“ in der Arbeitgebervereinigung ihnen das Frühjahrsgeschäft verderben, aber sie sind eben Hörige des Großkapitals und fähigen sich außerstande, den kapitalistischen Rächten Trotz zu bieten.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalzufuhr und Rentabilität im deutschen Bergbau.

Im deutschen Bergbau läßt sich die Bewegung der Reinvestitionen der letzten fünf Jahre als Spiegelbild für die günstigen Ergebnisse der Gesellschaften bezeichnen. Ein Vergleich der Reinvestitionen zeigt uns eine auffallende Steigerung in den Jahren 1909 und 1910. Diese Kapitalzufuhren wurden durch die im Jahre 1912 erforderlichen Verlängerungen des Kohlenindusrials und des Stahlwerksverbandes veranlaßt. Die Gesellschaften wollten gerade zur Zeit der Verhandlungen ihre vergrößerten Betriebe vollendet haben, um mit entsprechenden Anträgen auf Quotenerhöhung an den Verband heranzutreten zu können. Andererseits kommt auch noch die günstige Wirkung des Kalligesehes hinzu, das eine Zunahme der Neugründungen im Kaliberbau veranlaßte. Wenn aus diesem Grunde die Kapitalzufuhr gerade des Vorjahres sehr hoch war, dann ist es auch nicht besonders auffallend, daß das folgende Jahr eine zwar bedeutende Summe für Reinvestitionen der Montanindustrie aufzuweisen hat, die aber gegen das Vorjahr eine Abnahme zeigt; denn erstens hätten Neubauten und Erweiterungen, solange sie noch unvollendet sind, auf die Quotenerhöhung keinen Einfluß gehabt und zweitens würden die Verlängerungen der Betriebe früher stattfinden, als bis mit einer Fertigstellung gerechnet werden könnte. Gegenwärtig liegen noch keine genauen Angaben vor, ob überhaupt eine Erneuerung des Stahlwerksverbandes gelingen wird. Die Kapitalzufuhr innerhalb der letzten fünf Jahre für die deutsche Montanindustrie spiegelt sich in nachstehender Zusammenstellung wider in Millionen Mark:

Table with 5 columns: Year (1907, 1908, 1909, 1910, 1911), Reinvestitions (Neugründungen), Capital increases (Kapitalerhöhungen), and Total (Summe der Reinvest.).

Die steigende Entwicklung der deutschen Montanindustrie kommt auch in der Bewegung der Dividendenziffer zum Ausdruck. Für das letzte Geschäftsjahr 1910/11 hatten insgesamt 157 Gesellschaften des reinen Bergbaus ihre Bilanzen veröffentlicht, deren gesamtes Aktienkapital im letzten Jahre 1032,03 Millionen Mark betrug. Die 1910/11 ausgeschüttete Dividendensumme dieser reinen Bergbauaktiengesellschaften belief sich auf 81,74 Millionen Mark. Gegen das Vorjahr hat sich demnach eine Steigerung von 73,85 auf 81,74 Millionen Mark bemerkbar gemacht, die nach Prozent des Aktienkapitals berechnet eine Zunahme von 7,3 auf 7,9 Proz. beträgt. Für die Rentabilität im deutschen Bergbau hat auch nach die Ergebnisse der Aktiengesellschaften der Gruppe Hütten und gemischte Betriebe mit herangezogen. Die deutsche Schwerindustrie hat gleichfalls im letzten Jahre eine höhere Dividendensumme als im Vorjahre zur Ausschüttung gebracht. In Prozent des jeweiligen Aktienkapitals berechnet, ergibt sich eine Zunahme von 9,4 auf 10,0 Proz. Folgt man die beiden genannten Gruppen, den reinen Bergbau und die Hüttenwerke, zusammen, so haben diese 235 Aktienunternehmen im letzten Geschäftsjahre durchschnittlich eine Steigerung ihrer Dividendenziffer von 8,4 auf 9,1 Proz. erzielt. Die Rentabilität der Stein- und Braunkohlenbergwerke, sowie des Erz- und Stahlbergbaus spiegelt sich in nachfolgender Tabelle wieder:

Gesellschaften	Aktienkapital		Dividende		Dividende	
	1909/10	1910/11	1909/10	1910/11	1909/10	1910/11
Steinkohlenbergbau	88	492.032	40.543	43.542	8,2	8,8
Braunkohlenbergbau	48	170.082	16.458	17.409	9,7	9,5
Erzbergbau	10	49.000	2.218	2.863	5,0	6,6
Stahlbergbau	26	168.045	4.840	7.433	2,9	4,4

Alle diese Gruppen mit Ausnahme des Braunkohlenbergbaus haben eine Steigerung der Dividendenziffer gegen das Vorjahr aufzuweisen. Am stärksten ist die Zunahme im Erzbergbau. Auch der Stahlbergbau hat eine Steigerung von 1,5 Proz. zu verzeichnen. Der Steinkohlenbergbau folgt mit einer Vergrößerung der Dividende um 0,6 Proz. an dritter Stelle.

Dividendenresultate in der Schwerindustrie.

Die Zahl und Ausdehnung der gemischten Betriebe hat besonders im letzten Jahrzehnt kräftig zugenommen. Die Unabhängigkeit vom Rohstoffmarkt garantiert diesen Betrieben eine selbst für die Verhältnisse der Montanindustrie ungewöhnlich hohe Rentabilität. Im letzten Jahre ist der durchschnittliche Dividendenbeitrag wieder ganz erheblich gestiegen. Die Bewegung von Aktienkapital und Dividende bei den Gesellschaften, die in den Jahren 1908 bis 1911 ihre Bilanzen veröffentlichten, ergibt sich aus nachfolgender Zusammenstellung:

Jahr	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital		Dividende	
		in Millionen Mark	in Millionen Mark	in Prozent	in Prozent
1908	88	1180,87	102,23	9,0	9,0
1909	88	1180,87	84,59	7,5	7,5
1910	72	905,27	81,45	9,0	9,0
1911	78	1348,33	135,89	10,0	10,0

Die Bilanzen des Jahres 1908 spiegeln die Ergebnisse des Hochkonjunkturjahres 1907. Es muß daher auffallen, daß die im Jahre 1911 ausgeschüttete Dividende durchschnittlich schon höher war, als die im Jahre 1908 verteilte. Für einen Vergleich von Nettogewinn und Verlust in den beiden letzten Jahren lassen sich die Bilanzen von 74 Gesellschaften verwerten. Bei diesen gestalteten sich die Geschäftsergebnisse wie folgt:

Jahr	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital		Reingewinn	
		in Millionen Mark	in Millionen Mark	reiner Gewinn	Verlust
1909/10	61	1.170,18	—	149,18	—
	13	20,99	—	2,64	—
1910/11	62	1.313,59	—	190,73	—
	12	23,16	—	2,62	—

Demnach ist der Reingewinnüberschuß von 149,18 auf 188,21 Millionen Mark gestiegen. In Prozenten des gesamten Aktienkapitals ergibt sich eine Verbesserung von 12,1 auf 14,1 Proz.

Vorbereitung eines Röhrensyndikats.

Die bekannten Rannemannröhrenwerke A. G. in Düsseldorf, deren Werke über die ganze Erde verstreut sind, suchen ihren Einfluß durch Verschmelzungen mit anderen Betrieben weiter auszubauen. Die Konzentration um die Rannemannwerke ist so stark, daß bereits davon gesprochen wird, Rannemann strebe ein Verkaufsmonopol für den Röhrenmarkt an. Einer künftigen Syndikalisierung der Röhrenfabrikation wird jedenfalls stark vorgearbeitet. Die Rannemannröhrenwerke arbeiten mit einem Aktienkapital von 80 Millionen Mark. Der Umsatz aller Werke beläuft sich auf etwa 82 Millionen Mark. In den Betrieben sind rund 10.500 Arbeiter beschäftigt. Die kürzlich angekauften Wittener Stahlröhrenwerke (35 Millionen Mark Aktienkapital) erzielten 1910 einen Umsatz von 6,46 Millionen Mark und beschäftigten etwa 800 Arbeiter. Die Aktiengesellschaft Balke, Telling u. Cie., deren Produktion die Rannemannwerke ebenfalls zum Verkauf übernommen haben, verfügen über 6 Millionen Mark Aktienkapital. Neht werden in ähnlicher Weise noch die Wasser- und Schweiswerke A. G. G. u. P. a. K. u. n. d. e. (1 Million Mark Kapital) angegliedert werden.

Soziales.

Versicherungsgesellschaften gegen unparteiliche Richter.

Vor dem Kaufmannsgericht in Halle a. S., so berichtet man uns von dort, kam es in der letzten Sitzung zu äußerst erregten Auseinandersetzungen zwischen dem Gerichtsassessor Hoffmann und dem juristischen Vertreter der bekannten großen Versicherungsgesellschaft „Zuna“, die in Halle ihren Sitz hat und über ganz Deutschland verbreitet ist. Während die Gesellschaft ihren sechs Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern — die Direktoren erhalten nebst dem Ministergehalt — im letzten Geschäftsjahre eine Lantime von 140.525,50 M. zahlte, müssen die angestellten Sachbearbeiter, die sich Inspektoren nennen dürfen und permanent treppauf treppab laufen, um Versicherungsabschlüsse zu erzielen, in Not und Elend schmachten. Dies sah auch schließlich der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts, Assessor Hoffmann, ein und erklärte die Verträge, die die Gesellschaft mit ihren Angestellten abgeschlossen hatte, als gegen die guten Sitten verstößend. Die Inspektoren und Agenten wurden allerdings mit Gehalt angestellt, sollten aber pro Monat ein bestimmtes Wllicht-pen-j-m machen; lieferten sie das nicht, dann erhielten sie eine Hungerprovision. So kam es, daß fast in jeder Kaufmannsgerichtssitzung Termine gegen die große Zunftgesellschaft anstanden. An einem Tage waren es acht; in der letzten Sitzung „nur“ vier. In der letzten Urteilsbegründung hatte nun Assessor Hoffmann der „wohlwollenden“ Gesellschaft — in dem Aufsichtsrat befindet sich die Creme Halle's — vorgeworfen, ihren Verträgen wäre die Lösung der Lausungen absichtlich an die Stimm gefahren. Die gezahlte Provision charakterisierte sich als Hungerlohn. Die Gesellschaft nähe die Unwissenheit der Angestellten aus.

Darob große Entrüstung. Der Vertreter der Gesellschaft erklärte, er müsse Assessor Hoffmann wegen Besorgnis der Befangenheit ablehnen, da das letzte Urteil

tendenzios abgefaßt sei und es im höchsten Grade die Objektivität vernichten lasse, die sonst von preussischen Richtern so sorgfältig gewahrt zu werden pflege. Der Richter habe die Gesellschaft diskreditiert, da er auch hektographische Abschriften des Urteils an Mitglieder des Gerichts verhandelt habe; kurzum, er habe gegen die Gesellschaft „agitiert“.

Nach der Verlesung eines Erfahrungsberichts erklärte sich Assessor Hoffmann für nicht befangen. Es fiel ihm aber auch nicht ein, von den gegen die Zunftgesellschaft im Urteil erhobenen Vorwürfen etwas zurückzunehmen. Die Urteilsbegründung sei im Einverständnis mit den übrigen Richtern abgefaßt und dann den Weisigern auf Wunsch zugesandt worden. Einem Richter könne unmöglich das Recht genommen werden, das klar zum Ausdruck zu bringen, was festgestellt worden sei. Der Ablehnungsantrag scheine offenbar den Zweck zu haben, einen Druck auf das Gericht auszuüben. Man will jedenfalls einen Zwang ausüben und damit nachbohren, um durch die Ablehnung eine der Gesellschaft günstigere Entscheidung zu erzielen. Gegen ein solches Tun müsse aber mit Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden.

Das Gericht erklärte den Richter für nicht befangen. Der Vertreter der Gesellschaft machte aber geltend, daß er bei jeder weiteren Verhandlung einen neuen Ablehnungsantrag stellen werde. Denn die Gesellschaft habe bei dem Regierungspräsidenten auch ein Disziplinarverfahren gegen Assessor Hoffmann eingereicht. Aus formellen Gründen verlagte nun Assessor Hoffmann, nachdem er den Vorfall wieder übernommen, die Verhandlung bis zur Erledigung der Disziplinarbeschwerde.

Wird die kapitalkräftige Gesellschaft mit ihrem Vorstoß gegen den Richter, der einmal den Mut fand, auszusprechen, was ist, Erfolg haben? Wir wollen es abwarten. Von der unabhängigen Presse wird der noblen Versicherungsgesellschaft „Zuna“ aber nichts geschenkt werden, darauf kann sie sich verlassen.

Deutschland gegen internationalen Arbeiterschutz.

Bekanntlich besteht ein internationales Übereinkommen betreffend Verbot der Verwendung weissen (gelben) Phosphors in der Zündholzindustrie. Aus einem zwischen England und der deutschen Regierung geschlossenen schriftlichen Verlehe ging nun hervor, daß letztere die Meinung vertritt, es sei Artikel 1 des Übereinkommens auf die Einfuhr von Musterfendungen von Zündhölzchen mit weissem Phosphor nicht anwendbar.

Eine Umfrage des Schweizerischen Bundesrats hat ergeben, daß neben Deutschland nur Holland und Luxemburg der Meinung sind, dieser erste Artikel des internationalen Übereinkommens beziehe sich nicht auf Musterfendungen. England, Italien, Frankreich, Spanien und die Schweiz halten dafür, daß dieses Verbot ohne irgendwelche Einschränkung die Einfuhr in die Vertragsstaaten und den Verkauf von Zündhölzchen mit weissem Phosphor treffe. Es ist in der Tat nicht einzusehen, weshalb die bürokratische Regierung von Reichsmann Dollweg hier wieder eine Ausnahme machen will. Was für einen Zweck haben denn Musterfendungen der Phosphorzündhölzchen nach einem Lande, in dem der Verkauf solcher Ware verboten ist?

Der Vorgang zeigt aber wieder einmal die Halbheit und Unaufrichtigkeit der amtlichen Sozialreform in Deutschland, die nach der schönen Uebung der Schönermader Springprozession zwei Schritte vorwärts und einen wieder zurück macht, so daß der vermeintliche Fortschritt zur Illusion wird.

Aus der Frauenbewegung.

Der sozialdemokratische Frauentag in der Schweiz.

Am Sonntag fanden an zahlreichen Orten der Schweiz, so in Zürich, Winterthur, St. Gallen, Schaffhausen, Basel, Bern, Lugern usw., sozialdemokratische Frauenversammlungen mit Referaten über das Frauenstimmrecht statt, in denen folgende vom Schweizerischen Arbeiterinnenverband vorgeschlagene Resolution Annahme fand:

In der Erkenntnis,

daß die Entwicklung des Kapitalismus das soziale Leben umgestaltet, indem die Frau der Häuslichkeit entzissen und zur produktiven Arbeiterin umgewandelt wird;

daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Industrie und Handel und Gewerbe von Jahr zu Jahr mehr zunimmt als die weibliche Bevölkerung selbst;

daß durch die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit den neuen Pflichten den Frauen auch neue Rechte zukommen, die den Rechten der Männer gleich sind;

daß nur mit dem Besitze politischer Frauenrechte für die weibliche Arbeitskraft eine höhere Wertung eintritt, der eine höhere Entlohnung der männlichen Arbeiterkraft nachfolgt;

daß durch das öffentliche Wirken der Frau im Staat eine Hebung der Lebenshaltung zu erwarten ist;

daß einzig mit Hilfe des organisierten Frauenproletariats die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen dauernd beseitigt wird;

daß unter den politischen Parteien die Sozialdemokratie allein für diese Ziele kämpft;

befiehlt der zweite Schweizerische Frauentag: Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei der Schweiz in den Behörden sind durch den nächsten Parteitag zu verpflichten, bei allen sich bietenden Gelegenheiten energisch einzutreten für das gleiche Stimm- und Wahlrecht der Frau, wie es den Männern durch die Staatsverfassung gewährleistet ist.

Uneheliche Kinder.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die unehelichen Kinder, die im allgemeinen der Klasse der begabten Menschen zugerechnet werden müssen, einen unverhältnismäßig großen Prozentsatz der Verstrafte ausmachen. Das ist der schlagendste Beweis dafür, daß unsere heutige Gesellschaftsordnung ihre Pflicht an diesen Unglücklichen verfehlt, ist Ursache, daß sich die trotzlosen Triebe dieser Menschenkinder gerade auf dem Gebiete des Schlichteren, Besseren, des Gesehwidrigen, betätigen. Die schmachvollerweise besonders durch die Kirche bedingte, Ausnahmestellung dieser 10 Proz. aller Knechtgeborenen in Deutschland und auch in Oesterreich, wo circa 85 Proz. der Sträflinge der katholischen Religion angehören (Oesterreich ist doch vorwiegend katholisch), besteht trotz aller laut erhobener Klagen immer noch fort. Interessant ist es aus einer österreichischen Statistik, die die „Grenzboten“ veröffentlichten, abfolgt deutlich zu ersehen, daß das Vorurteilkommen des unehelichen Mädchens doch noch bedeutend viel schwerer ist, als das des unehelichen Knaben, was zu einem großen Teil auf die größere Anbildung dieser Mädchen zurückgeführt werden muß. Wenn das Vorurteil dieser unehelichen Mädchen durch Schulung gesicherter wäre, könnten und würden sie nicht so viel ihren Weg in die Strafanstalten nehmen. Der unehelich geborene Mann hat bekanntlich bis jetzt weit mehr Chancen, sich im Leben eine größere Bildung anzueignen, steht dadurch den Fähnrisen des Tausends gemessener gegenüber. Damit wollen wir also scharf zum Ausdruck bringen, daß einerseits die Ausnahmestellung, unter der leider noch alle unehelich Geborenen leiden, andererseits aber die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht, größere Gefährdung bedingen, und daß nicht nur der ehelich geborene Knabe dem ehelich geborenen Mädchen gegenüber, sondern auch der unehelich geborene

Knabe dem unehelich geborenen Mädchen gegenüber besser gestellt ist, und daß daher für das unehelich geborene Mädchen ganz besonders gute Vorbereitungen von Staat und Gemeinde getroffen werden müßten, um so mehr, als hier die Kirche jämmerlich versagt.

Von den 1908 eingelieferten 5029 Gesamtsträflingen der erwähnten österreichischen Statistik waren 4548 Männer und 481 Frauen, 640 Männer, gleich 14 Proz. dieser Gesamtstatistik, und 106 Frauen, gleich 21,9 Proz., waren unehelicher Herkunft. Von den 1909 eingelieferten 5170 Gesamtsträflingen waren 4674 Männer und 496 Frauen, 715 Männer, gleich 15,2 Proz., und 112 Frauen, gleich 22,6 Proz. dieser Gesamttheit, waren unehelicher Herkunft. Darunter aber befanden sich, sagt die Statistik im Jahre 1908: 841, gleich 18,4 Proz., männliche und 134, gleich 27,8 Proz., weibliche Analphabeten. Im Jahre 1909: 796, gleich 15,9 Proz., männliche und 136, gleich 27,4 Proz., weibliche Analphabeten. Weit interessanter aber noch gestaltet sich diese kleine Uebersicht, wenn man erfährt, daß von den 1908 eingelieferten Sträflingen 657 Männer, gleich 12,2 Proz., und von den 1909 eingelieferten Sträflingen 687 Männer, gleich 13,5 Proz., noch nicht vorbestraft waren. Dagegen waren von den 1908 eingelieferten Frauen 122, gleich 25,3 Proz., und von den 1909 eingelieferten Frauen 110, gleich 22,2 Proz., noch nicht vorbestraft. Daraus aber erhellt, daß circa 75 Proz. der eingelieferten weiblichen Sträflinge, jedoch circa 88 Proz. der eingelieferten männlichen Sträflinge zufällig waren, wozu noch zu bemerken ist, daß es sich bei der Statistik, wie immer, in der Hauptsache um Eigentumsvergehen handelt. Es braucht hier wohl kaum hinzugefügt zu werden, daß sich den Frauen dafür bei Ausübung der Prostitution weit mehr Gelegenheit bietet als den Männern, und Gelegenheit macht bekamlich Diebe.

Lesebände.

Wilmersdorf-Salensee. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant von Schilling, Bauenburger Str. 20/21: Vortrag des Genossen Hilbig über den zweiten Teil des Erfarter Programms. Beiträge werden entgegengenommen.

Gerichts-Zeitung.

Schadensklage gegen das Preßbefehebamt wegen Boykotts.

Der Verband deutscher Preßbefehebamtler in Berlin hat Anfang des Jahres 1906 über die Waren-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin, die sich mit dem Vertrieb von Sädereiarzteln, hauptsächlich Oese, befaßt, die Sperre verhängt. Er unterjagte seinen Mitgliedern, Oese an die Gesellschaft zu liefern. Die Folge davon war, daß die Waren-einkaufsgesellschaft die von ihr benötigte Oese nicht mehr beschaffen konnte, Ende 1906 den Betrieb einstellte und in Liquidation getreten ist. Sie hat nun auf Grund des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Klage gegen den Ortverband erhoben, mit der Aufhebung der Sperre und Zahlung einer hohen Schadenssumme verlangt wird. Die Klägerin behauptet, es sei die Absicht des Beklagten gewesen, die Klägerin völlig zu vernichten, das sei ihr auch gelungen. Die Mittel, die vom Beklagten zur Erreichung dieses Zweckes angewendet wurden, hätten gegen die guten Sitten verstoßen. Der Verband habe ein förmliches Spionagegeflecht eingerichtet, um die Bezugsquellen der Klägerin zu ermitteln. Der Beklagte habe aber auch weiter dadurch gegen die guten Sitten verstoßen, daß er die Rosenthaler Preßbefehebamt in Breslau, mit der Klägerin einen Lieferungsvertrag auf 10 Jahre abgeschlossen hatte, veranlaßt habe, keine Oese mehr an die Klägerin zu liefern. Der beklagte Verband verteidigt sich damit, daß er sich gegenüber der Klägerin in keinem Verhältnisse befunden habe. Die Klägerin und ihre Geschäftsführer hätten in scharfer Weise gegen das Befehebamt Stellung genommen und dessen Sprengung erreichen wollen. Der Beklagte bestreitet, die Absicht der Vernichtung der Klägerin gehabt zu haben, auch habe er die Rosenthaler Fabrik nicht zur Verweigerung der Lieferung veranlaßt.

Das Landgericht I Berlin hat den Beklagten verurteilt, die Sperre aufzuheben und der Klägerin den entstandenen Schaden zu ersetzen, insbesondere auch denjenigen, den sie durch Nichterfüllung des Lieferungsvertrages mit der Rosenthaler Fabrik erlitten habe. Im Gegenteil hierzu hat das Kammergericht die Klage abgewiesen. Zur Begründung der Abweisung wird ausgeführt: Die Sperre als solche war nach ständiger Rechtsprechung als erlaubtes Kampfmittel anzusehen. Der Kampf ist auf beiden Seiten mit aller Energie geführt worden und nahm allerdings Formen an, die das gewöhnliche Maß erheblich überschritten. Nach den von der Klägerin selbst angewendeten Kampfmitteln war aber der Beklagte zu ernstlichen Abwehrmaßnahmen berechtigt. Die Maßnahmen des Beklagten sind trotz scharfer Durchführung immer noch als erlaubt anzusehen. Die Klägerin hat aber auch kein Anrecht darauf, gerade den Oesehandel weiter zu betreiben; dieser Oesehandel war nicht Vorbedingung für den Betrieb des klägerischen Geschäftes, wie sich daraus ergibt, daß sie aus den anderen Artikeln noch einen erheblichen Verdienst erzielt. Bei der Mannigfaltigkeit des klägerischen Warenverkehrs war die Sperre, die sich nur auf den Oesehandel bezog, nicht darauf gerichtet, den klägerischen Geschäftsbetrieb überhaupt zu vernichten. Nur ein Zweig dieses Betriebes, wenn auch vielleicht ein erheblicher, sollte unterbunden werden. Daß der Beklagte die Rosenthaler Fabrik veranlaßt hat, die Erfüllung ihrer Lieferungsverpflichtung zu verweigern, ist durch die Beweisnahme nicht nachgewiesen. Nachdem aber die Rosenthaler Fabrik selbst die Weiterlieferung an Klägerin eingestellt hatte, konnte es dem Beklagten nicht zum Vorwurf gemacht werden, wenn er sich bemühte, die Rosenthaler Oese anderweit unterzubringen.

Die von der Klägerin eingelegte Revision hatte am Sonnabend vor dem Reichsgericht den Erfolg, daß das Urteil des Kammergerichts aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an einen anderen Senat des Kammergerichts zurückerwiesen wurde. Hierzu hat das Reichsgericht folgende Begründung gegeben: Es bestehen mehrere Bedenken gegen den Boykott, insbesondere über die Maßregeln, die gebraucht worden sind. Wenn die Behauptungen der Klägerin richtig waren, namentlich über das Spionagegeflecht, so hätte sich ergeben, daß den Beklagten ein Verschulden trifft und daß er doch in der Wahl der Mittel und der Durchführung der Sperre das zulässige Maß überschritten hat. Er durfte unter keinen Umständen unbillige Mittel anwenden, wenn auch der Zweck noch so einwandfrei gewesen wäre. Insoweit sind die Beweisurteile der Klägerin nicht bedenkenfrei gewürdigt worden. Auch in der Sache der Rosenthaler Fabrik ist zu beanstanden, daß der Beweisantrag der Klägerin nicht berücksichtigt worden ist.

Arzttitel.

Beilegung eines ärztlichen Titels, durch den der Glaube erweckt wird, es handele sich um eine staatlich geprüfte Medizinalperson, wurde dem Naturheilkundigen Daniel zu Natunig vorgezogen. Er sollte dadurch die Vorschriften der Gemeindeordnung verletzt haben. Die Ueberretung wurde darin gesehen, daß er auf einem Schilde die Aufschrift laute: „Privatgelehrter der physikalisch-biologischen Therapie.“ Das Landgericht in Weiden sprach den Angeklagten mit der Begründung frei, daß der Ausdruck „Privatgelehrter“ genügend erkennen lasse, daß es sich nicht um eine staatlich geprüfte Medizinalperson handele.

Das Kammergericht verwarf dieser Tage die Revision der Staatsanwaltschaft. Es führte aus: Das Rechtsmittel der Revision müsse hier an den tatsächlichen Feststellungen scheitern. Es sei eine rein tatsächliche Feststellung, wenn das Landgericht sage, die Bezeichnung auf dem Schilde könne nicht den Glauben erwecken, es handele sich um eine staatlich geprüfte Medizinalperson, weil der Ausdruck Privatgelehrter das Gegenteil genügend erkennen lasse.

Die Gemeindewahlbewegung.

Schenkendorf bei Adnigs-Busterhausen. Heute, Mittwoch, den 20. März, nachmittags um 6 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Rudolf Rörke die Gemeindewahl für die dritte Abteilung statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist der Hausbesitzer Genosse Karl Dunfer.

Genossen, welche mit Schenkendorfer Arbeitern zusammen arbeiten, werden ersucht, dieselben auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen.

Da die Wahlhandlung pünktlich geschlossen wird, werden die Genossen ersucht, rechtzeitig zur Wahl zu erscheinen.

Schilow. Die Ergänzungswahlen für die dritte Wählerklasse findet heute, Mittwoch, den 20. März, nachmittags von 6-7 1/2 Uhr statt. Gewählt wird in dem Lokal von Jden. Kandidat der Sozialdemokratie ist der Genosse August Rietzsch, Maurer. Fleibe keiner der Wahl fern, damit es uns gelingt, den Sieg zu erringen.

Ladeburg. Heute, Mittwoch, den 20. März, finden am hiesigen Orte die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Die dritte Klasse wählt von 10-12 Uhr vormittags, die zweite von 2 bis 3 1/2 Uhr nachmittags. Kandidaten sind für die dritte Klasse Albert Roach, für die zweite Klasse die Genossen Christian Schulze und Billy Soellner.

Erfülle ein jeder seine Pflicht, damit es gelingt, auch in unserer Gemeinde wirkliche Arbeitervertreter ins Dorparlament zu entsenden.

Groß-Beßen. Heute, Mittwoch, den 20. März, findet die Gemeindewahl im Gasthaus von Wih. Schulze statt. Die dritte Klasse wählt abends von 6-8 Uhr, die zweite von 8 bis 8 1/2 Uhr und die erste Klasse von 8 1/2-9 1/2 Uhr.

Kandidat der Sozialdemokratie für die dritte Klasse ist Genosse Hermann Schulze, für die zweite Karl Thramm.

Grünau. Warum muß die Arbeiterschaft im Gemeindeparlament vertreten sein? Ueber dieses Thema sprach in öffentlicher Versammlung Reichstagsabgeordneter Genosse Schmidt-Reifen. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion legten die Genossen Blumhne und Richter an trafen örtlichen Uebelständen dar, wie notwendig es ist, daß auch die Arbeiterschaft Vertreter in das Dorparlament entsendet.

Die Wahl findet heute, Mittwoch, den 20. März, nachmittags von 4-8 Uhr, statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist der Restaurateur Genosse Johann Franz.

Der Lesesaal findet nicht, wie angeführt, heute, sondern am Donnerstag statt.

Wahlergebnisse.

Niederschöneweide. Der erste Sozialdemokrat zieht nun auch in unser Dorparlament ein. Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevorstandswahl siegte der sozialdemokratische Kandidat Genosse Bengsch mit 382 Stimmen über den gegnerischen Kandidaten, der nur 108 Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Franz-Buchholz. Bei der am Freitag, den 15. März, stattgefundenen Gemeindevorstandswahl wurde unser Kandidat, der Genosse August Pirthe gewählt. Von 427 eingeschriebenen Wählern im ersten Bezirk übten 162 ihr Wahlrecht aus. Es erhielt Genosse Pirthe 99 Stimmen, während auf den Kandidaten Siesack 18 und auf den Bäckermeister Rette 45 Stimmen entfielen. In der zweiten Klasse wurde Herr Rodenhauer ohne Gegenkandidat gewählt, während in der ersten Klasse von 15 eingeschriebenen Wählern fünf die Herren Veterinärarzt Dr. Fischer und Igl. Lotteriernehmer Jacoby zu Gemeindevorstandern ernannten.

Dabendorf bei Jossen. Bei der am Donnerstag stattgefundenen Stichwahl in der dritten Klasse wurde Genosse Rudolf Bau mit 35 gegen 26 Stimmen gewählt. Mit ihm zieht der erste Sozialdemokrat nach achtjährigem Kampfe in das Dorparlament ein. In der zweiten Klasse unterlag unser Genosse Schulze mit 9 gegen nur 11 gegnerische Stimmen.

Klein-Beßen. Hier wurde in der dritten Klasse Genosse Julius Paatsch mit 16 gegen eine Stimme, die auf den Gegner entfiel, gewählt. In der zweiten Klasse steht Genosse Gustav Schmidt mit dem bürgerlichen Kandidat in Stichwahl. In der ersten Klasse erhielt Genosse Baurat eine, der gegnerische Kandidat zwei Stimmen.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Deffentliche Kommunalwähler-Versammlung bei Thelen, Kaiser-Friedrich-Str. 45b.

Friedrichshagen. Zu einer wichtigen Parteiarbeit wollen sich die Genossen am Donnerstagabend 7 Uhr in den Bezirkslokale einfinden.

Höpenitz. Morgen Donnerstag, den 21. März, veranstaltet der Bildungsausschuß einen letzten Theaterabend in dieser Saison. Zur Aufführung gelangt die Operette „Die Fledermaus“. Karten zu 80 Pf. beim Genossen Seifdres, Grünstr. 16.

Wilhelmsruh. Freitag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Mikrobi, Kronprinzenstr. 15: Deffentliche Gemeindevorstandswahlversammlung. Hierzu am Donnerstag, abends 7 Uhr, von den Bezirkslokalen aus: Flugblattverbreitung.

Potsdam. Heute (Mittwochabend) in allen Bezirkslokalen: Zahlabend. Die Brandenburger Vorstadt versammelt sich bei Schumacher, Alte Luisenstraße.

Berliner Nachrichten.

Bergarbeit bei Berlin.

Das gewaltige Ringen der deutschen Bergflaben um die Existenz erinnert daran, daß wir auch dicht bei Berlin so etwas wie einen Bergbau haben. Die meisten Berliner Einwohner können sich von dem Leben und Treiben in den deutschen Bergrevieren wohl kaum eine richtige Vorstellung machen. Dazu gehört, daß man Land und Leute genau kennt und die rauchenden Zechenschlote gesehen hat, die wie mächtige offne Baumstämme zu Hunderten aus dem Kohlen- und Erzboden wachsen. Aber die nicht zu wenigen heutigen Großstädte, die aus den Bergbaurevieren beheimatet sind und zur deutschen Metropole pilgerten in der trügerischen Hoffnung, hier statt des schwarzen Goldes der Erde blinkendes Gold auf dem Straßenpflaster zu finden, leben und weben jetzt im Geiste mit den fernern Kämpfern gegen den Uebermut der Bergkönige und der ihnen Heerfolge leistenden regierenden Schwachmattigkeit. Vor zwei und drei Jahrzehnten wanderte durch die Berliner Schulen ein ergrauter, im Frontdienst kaput gegangen Bergmann, der den Schülern gegen mähiges Entgelt ein Bergwerksmodell mit mechanischem Betrieb vorführte. Wie konnte da die witzbegierige Großstadtjugend! Eine ganz neue Welt tat sich ihr auf, und in manchem Brausekopf spukte wochenlang die Romantik des Unterirdischen nach. Hat sich was mit Romantik! Des Bergmannslebens ganzer Jammer hätte dazumal auch schon die Jugend gewagt, wenn es dem alten Hochmann erlaubt gewesen wäre, seine Vorführung zu

würzen mit der Angabe der Schundzahlung im Bergarbeiterberufe. Auch bei den sehr mähigen Bergwerksnachbildungen, die man auf Berliner Gewerbeausstellungen als ein Stück „Clou“ zu sehen bekam, stand kein Wort, keine berebete Statistik von Bergfron und Hungerlohn. Wer nun auf einem Ausfluge nach der reizvollen landschaftlichen Szenerie bei Erkner einen Abstecher macht nach dem staatlichen Bergbaubetrieb in Rüdersdorf, darf das, was er als Laie hier sieht, nicht etwa auf eine Stufe stellen mit den weitverbreiteten Bergwerksbetrieben in den Kohlenprovinzen. Hier bei Berlin handelt es sich lediglich um die am wenigsten charakteristische Form bergmännischer Handwerkskunst, um den rein oberirdischen Abbau von Kalkstein. Die wenigen kurzen Stollen, die an der Bergsohle in das Gestein getrieben werden zu Sprengzwecken, haben mit unterirdischem Betriebe nichts gemein. Man sieht also auch keine Einfahrten, und die oberirdischen langgestreckten Förderanlagen dienen nur der Materialförderung von der Sohle nach den Bergkluppen und von da zur Abfuhr, meist auf dem Wasserwege, nach dem Rüdersdorfer Strahengebiet. Wenn auch ein derartiger Abbau noch genug Gefahren in sich birgt, so sind selbstverständlich die Gefahren durch Naturmächte bei der Arbeit „unter Tage“ ungleich größer. Der richtige Bergmann kann stets sein Testament zurücklassen, ehe er in die Grube fährt. Er muß stets damit rechnen, daß er das Tageslicht zum letzten Male gesehen hat, und nur die Macht der Gewohnheit, der Zwang zum Dafeinstampfung stumpft das Gefährgefühl ab. Massenunglücksfälle, bei denen Hunderte von Proletarierleben durch „schlagende Wetter“ und dergleichen Vergessenster vernichtet werden, sind in den Rüdersdorfer Brüchen ein Ding der Unmöglichkeit. Auch die Ausrüstung des Bergmannes der Mark ist naturgemäß eine viel einfachere, denn er braucht so gut wie gar nichts von den sinnreichen Hilfsmitteln, wie sie bei der Arbeit tief unter der Erde nötig sind. Trotz dieser Grundverschiedenheit hat man auch in Rüdersdorf bis auf den heutigen Tag die patriarchalischen Bergmannsbräuche gewahrt, die freilich nur bei festlichen Gelegenheiten einen äußeren Ausdruck finden. Dann ziehen die paar hundert, nach ihren Rangstufen geordneten Verknappen in der Kleidamnen Verusstracht mit Säurjessell und Handwerkszeug, Kappi und Federbusch, voran ihr eigenes Musikkorps und im Gesellschaftsdreh die Bergbeamten, durch die Rüdersdorfer Straßen zum Festplatz, und man möchte bei diesem Festgepränge glauben, daß der Bergmannsberuf mit seinem herzigen „Glück auf!“ einer der schönsten der Welt sein müßte. Die Wirklichkeit ist anders. Dort drüben in den Revieren des wirtschaftlichen Massenmordes zugunsten einer Handvoll Blutlanger hieß die Parole schon viel zu lange: Glück ab!

Der Berliner Magistrat als Landwirt.

Die Einrichtung städtischer Meiereibetriebe auf den Kiehlquatern ist durchaus nichts Neues. Sowohl Berlin wie Kölln haben früher Meiereien besessen. Die Meierei Berlins befand sich, nach dem Vermögensverzeichnis des Magistrats im Jahre 1682, vor dem alten Georgentore, wurde aber bei Befestigung der Stadt verlegt und nahm etwa den Platz der heutigen Häuser Neue Königstraße 8-19 ein. Es befanden sich darauf außerdem mehrere Stallungen, Scheunen, Pferdebegehe und ein Wohnhaus; ferner gehörten zu der Meierei 4 Hufen Acker, davon 85 Morgen Gerste- und Roggenboden, 31 Morgen Hafer- und 68 Morgen dreijähriges Roggenland, sowie etwa 53 Morgen Biese. Die Meierei besaß 4 Pferde, 8 Kühe, 146 Schafe, 5 Schweine und 8 Hühner, und erbrachte in den Jahren 1750-1760 zirka 486 Taler jährlichen Reinertrag. Auch die Stadt Kölln besaß eine Meierei, die 1730 von dem Vorbesitzer, Friedrich v. Bartholdi, für 16 000 Taler durch den Magistrat erworben wurde. Sie lag unmittelbar vor dem Schleifischen Tor, ging später in den Besitz des Stadtrats Cuvry über und gab der Cuvrystraße, die über das Gelände dieser Meierei führte, den Namen. Der Besitz war viel größer als der berlinische. 155 Morgen Acker lagen hinter der Meierei, außerdem 134 Morgen Biese und 20 Morgen Gartenland. Auf dem Terrain der Meierei befand sich ein Wohnhaus, ein Brauhaus, ein Badhaus, eine Windmühle, ein Bleichhaus und zahlreiche Ställe, Wagenschuppen, Scheunen, Gerätekammern usw. An Vieh waren 1763 vorhanden: 16 Stück Rindvieh, 2 Pferde, 46 Schweine und für 15 Taler Federvieh. Der Ertrag war 755 Taler. Beide Meiereien, die berlinische wie die köllnische, wurden später verpachtet und brachten dadurch wesentlich höhere Erträge für den Magistrat. Außerhalb der Stadt unterhielten Berlin und Kölln außerdem noch Meiereibetriebe in Treptow, Lichtenberg, Porphagen, Reinickendorf, Woltersdorf usw., so daß die Ergebnisse der Meiereien früher einen wesentlichen Einnahmeposten im städtischen Etat ausmachten.

Die privaten Mädchenschulen sind nicht mehr lebensfähig, sie können ohne Unterstützung nicht mehr fortbestehen. In Berlin werden sie vom Magistrat durch jährliche Subventionen über Wasser gehalten. In Charlottenburg haben drei Privatschulen bereits ihre Pforten für immer geschlossen, am 1. April d. J. wird auch die höhere Mädchenschule von Fräulein Schmidt-Westend eingehen. Einige Anstalten haben so erhebliche Einbußen in ihren Einnahmen erlitten, daß sie Gefahr laufen, Schülern zu verlieren. Der Magistrat Charlottenburg hat nun beschlossen, alle die Mädchenschulen im Ort zu subventionieren, die bei der Aufnahme von Schülerinnen keine konfessionellen Rücksichten wahren lassen, das heißt, auch Jüdinnen aufnehmen. Von der Unterstützung müssen drei Anstalten ausgeschlossen werden, darunter eine, weil sie auf staatliche Anerkennung verzichtet hat. Für die übrigen vier (Apel, Skodow, Mittelstadt und Muchow) sollen insgesamt 45 000 M. als Beihilfe für 1912 in den Etat eingestellt werden.

Hausbesitzer und Wohnungsamt.

In der Stadterordnetenversammlung am 7. März hat Genosse Rosenfeld die Bestrebungen der Hausbesitzer charakterisiert und die Hausbesitzer als großes Gemeinwohl auf dem Gebiete des Wohnungswesens bezeichnet. Diese Bemerkungen veranlassen einem Vorsitzenden der Berliner Hausbesitzer, den Stadterordneten Landsberg, zu der Erklärung, daß die Hausbesitzer ja selber für die Errichtung eines Wohnungsamtes seien. In der letzten Nummer des „Grundeigentum“ veröffentlicht nun der Bund der Berliner Grund- und Hausbesitzervereine seinen Jahresbericht für 1912, der bereits in der Bundesversammlung am 29. Januar 1912 gegeben worden ist. In diesem Bericht wird erklärt, daß der Bund sich veranlaßt gesehen habe, in folgender Resolution öffentlich gegen die geplante Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes Stellung zu nehmen:

„Auf Grund eines in der Delegiertenversammlung des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine vom 16. Oktober 1911 gefaßten Beschlusses spricht sich hiermit der Bund der Berliner Grundbesitzer ganz entschieden gegen die Errichtung des von den städtischen Behörden geplanten Wohnungsamtes aus. Die Berliner Hausbesitzerchaft stellt auf dem Standpunkte, daß einerseits für die Beaufsichtigung der Wohnungen schon völlig ausreichende gemeinnützige Einrichtungen, wie Gewerbeinspektoren, Baupolizei und Armenpflege, vorhanden sind, andererseits die Schaffung des Wohnungsamtes den Etat der Stadt Berlin weiterhin außerordentlich belasten würde, ohne daß mit Sicherheit weitere Erfolge zu erwarten wären.“

Die angeführte dieses offiziellen Berichtes Herr Landsberg seine Behauptung aufstellen kann, ist unerfindlich.

Das Schnellbahnprojekt der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Gesundbrunnen-Rixdorf, ist nunmehr von den Aufsichtsbehörden geprüft worden, so daß die Entscheidung des Ministers der öffentlichen Arbeiten über die prinzipielle Zulassung dieser Bahn eingeholt werden kann. Dabei sind in Gemäßheit des § 5 des Kleinbahngesetzes zugleich die in finanzieller Hinsicht erforderlichen Unterlagen beizufügen. Wie verlautet, werden die Baukosten der Schnellbahn durch Ausgabe von Obligationen aufgebracht werden.

Wegen einer Explosion, herbeigerufen durch die Entzündung von Benzindämpfen und Celluloidgegenständen, wurde die Feuerwehr am Dienstag nach der Glasgower Straße 31 alarmiert. Dort fand die Wehr den Seimarbeiter Koplin und seine Frau in der Küche verlegt vor. Beide wurden verbunden. Der entstandene Brand konnte schnell gelöscht werden.

Wahrheit oder Dichtung? Ein noch nicht aufgeklärter Vorgang beschäftigt sowohl die hiesige als auch die Grunewaldor Polizei-behörde. Am Sonntagabend erschien in dem Restaurant „Waldhaus“ im Grunewald ein 14-jähriger Knabe mit einer stark blutenden Verletzung an der Brust. Er erzählte, ein Herr habe ihn unter den Linden angesprochen und eingeladen, ihn auf einem Ausflug nach dem Grunewald zu begleiten. Dort sei der Unbekannte plötzlich über ihn hergefallen und habe ihn mit einem scharfen Messer einen langen Schnitt in der Brust beigebracht. Obwohl die Polizei den Angaben des Knaben recht skeptisch gegenübersteht, hat sie doch Nachforschungen nach dem Täter in die Wege geleitet. Der Letztere wird als ein etwa 30-jähriger Mann mit bartlosem Gesicht und blondem, lockigem Haar geschildert. Er soll mit grauem Summimantel, braunem Hut und gleichfarbiger Hoje begleitet gewesen sein.

Ein bebauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern mittag in dem Hause Saarbrücker Straße 36. Dort befindet sich ein Neubau der Rixdinger-Alten-Gesellschaft, in deren Lortweg sich noch ein Gerüst befindet. Unter dieses hinweg führen gestern früh mehrere beladene Wagen mit Gemüse, ohne mit den Brettern in Verührung zu kommen. Als der 37 Jahre alte Kutscher Paul Pelz aus der Barnimstraße mit einem schwer und hoch mit Mohrrüben beladenen Wagen des Fuhrgeschäftes von Wandel in der Elisabethstraße 21 durch den Lortweg fahren wollte, kam er mit der Ladung an das Gerüst. Mehrere Bretter, die dadurch herunterfielen, trafen ihn am Kopf und rissen ihn vom Tod. Dabei fiel er so unglücklich, daß er unter die Hinterräder seines Wagens zu liegen kam. Ein Rad ging ihm über beide Beine, während ihm das andere den Brustkorb eindrückte. Tot wurde er so unter dem schweren Fuhrwerk hervorgezogen.

Ueber mehrere tödliche Unfälle verschiedener Art wird berichtet. Ein trauriges Ende fand der 33 Jahre alte frühere Arbeiter Adolf Dreßler aus der Köllner Straße 17b. Seit Jahren schwer koch- und lungenleidend, ernährte sich der alleinlebende Mann, der von der Armenunterstützung allein nicht leben konnte, durch einen Hausierhandel in Schankwirtschaften. Als er vorgestern abend 5 1/2 Uhr von einem Spaziergang heimkehrte, wurde er im dritten Stock ohnmächtig, fiel die Treppe nach dem zweiten Stock hinunter, schlug mit dem Kopf gegen die Wand, zog sich einen Schädelbruch zu und verchied auf der Stelle. — Durch einen Sturz von seinem Wagen kam der 37 Jahre alte Kutscher Reinhold Jakob aus der Gerichtsstraße 43 ums Leben. Jakob war seit 5 Jahren bei der Kohlenhandlung von Louis Schulz in der Heidestraße beschäftigt und ernährte durch seinen Verdienst nicht nur seine Mutter, sondern auch einen 27 Jahre alten Bruder, der gelähmt ist und nicht arbeiten kann. Am Montag fuhr Jakob einen Kohlenwagen nach Tegel. Auf dem Rückweg schloß er auf dem Bod ein. Vor dem Hause 175 in der Müllerstraße kam der Wagen plötzlich ins Schleudern und Jakob fiel vom Wagen herab auf die Straße. Er schlug so unglücklich mit dem Kopf auf die Bordwand, daß er sich einen Genickbruch zuzog. Man brachte ihn nach der Hülsmoche in der Lindower Straße, doch konnte man dort nur noch seinen Tod feststellen.

Ein üblicher Straßenbahnunfall ereignete sich am Montagabend gegen 8 Uhr in der Neuen Königstraße. Dort versuchte vor dem Hause Nr. 33 der 24-jährige Kupferschmied Wih. Heese, dessen Wohnung bisher unbekannt geblieben ist, unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 82 (Richtung Weihensee) das Gleis zu passieren. Obwohl der Führer alle ihm zu Gebote stehenden Bremsmittel anwandte, wurde er umgeworfen und geriet unter den Schuttrahmen. Um den Verunglückten zu befreien, mußte der Wagon mittels Winden angehoben werden. Der Ueberfahrere, der schwere äußere und innere Verletzungen erlitten hatte, erhielt von zwei zufällig anwesenden Ärzten an Ort und Stelle Notverbände, verstarb aber bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus Friedrichshagen.

Aus der Havel gefandert wurde vorgestern bei Rixdorf der Leiche eines ungefähr 30 Jahre alten Mannes, der seinem Neuhoren nach den besser gestellten Ständen angehört hat. Der Tote ist 1,50 Meter groß, hat dunkelblondes, dünnes Haar und Schnurrbart und trug einen dunklen Winterüberzieher mit schwarzem Futter, einen dunkelgrünen Jadreranzug, eine graumollene Unterjacke, ein wollenes Hemd und Unterhose und Schafstrieel. Vier Taschentücher, die er bei sich trug, sind B. J. gezeichnet. In einer goldenen Uhr befindet sich die Gravierung „Weihnachten 1908“. Sein goldener Trauring ist „E. H. D. 20. 7. 1905“ gezeichnet. Außerdem hatte er noch einen goldenen Aneiser mit Futteral und ein Portemonnaie mit 203,45 M. in seinen Taschen. Anscheinend hat die Leiche mindestens 14 Tage im Wasser gelegen.

Das neue Frachtbriefmuster enthält bekanntlich sowohl Spalten für die Bestimmungsstation als auch für den Bestimmungsort. Für den Fall, daß beide voneinander abweichen, ist ausdrücklich auf die Ausfüllung der Spalte „Bestimmungsort“ hingewiesen; es darf danach eine Weiterbeförderung mit der Kleinbahn ohne ausdrückliche Vorchrift des Absenders nur dann stattfinden, wenn die Spalte „Bestimmungsort“ vom Absender ausgefüllt ist oder der Empfänger rechtzeitig die Weiterbeförderung bei der Uebergangstation beantragt hat. Die Uebergangstationen sind nun angewiesen worden, vom 1. April d. J. ab ohne ausdrückliche Vorchrift des Absenders oder Empfängers Sendungen, bei denen im Frachtbriefe unter dem Vorbezug „Bestimmungsort“ eine Kleinbahnstation nicht angegeben ist, den Kleinbahnen nicht mehr zur Weiterbeförderung zu übergeben, sondern die Empfänger vom Eingang des Gutes zu benachrichtigen. Es liegt daher im Interesse der Versender, sofern sie die Zuführung der Sendungen nach Kleinbahnstationen wünschen, entweder im Frachtbriefe die Weiterbeförderung nach der Kleinbahn ausdrücklich vorzuschreiben oder wenigstens im Frachtbriefe unter den Namen der Bestimmungsstation in der Spalte „Bestimmungsort“ den Namen der Kleinbahnstation, auf der das Gut dem Empfänger ausgeliefert werden soll, anzugeben. Für Empfänger, welche die für sie eingehenden Sendungen auf einer Kleinbahnstation in Empfang nehmen

vollen, empfiehlt es sich, die Eisenbahnübergangsstation entweder ein für allemal oder im Einzelfalle um Weiterbeförderung der Güter nach der Kleinbahn zu erfuchen.

Ein betrübter Funder. Einen goldenen Bombardier mit 2000 Kronen und 20 M. deutschem Gelde und einem Hund Schlüssel hatte eine Künstlerin in einem Auto beim Aussteigen am Anhalter Bahnhof in der Sonntagnacht liegen lassen. Der Chauffeur, der den Schatz fand, lieferte das Geld auf der Wache in der Mittelstraße ab. Die Verlufterägerin eilte mit dem ersten Zuge von Dresden herüber und nahm ihr Eigentum unterseht wieder in Empfang. Dem ehrlichen Funder war ein Hundertzweihundertzettel zugeordnet, aber — der gesetzliche Funderlohn beträgt nur 31 M. und mehr erhielt der Funder nicht.

Aus dem Umstande aber, daß einige Blätter den Hund mit 80 000 Kronen bewerteten, sind dem armen Funder recht unliebende Dinge erwachsen. Der Chauffeur war durch schwere Krankheit in der Familie und Arbeitslosigkeit in wirtschaftliche Bedrängnis geraten. Nun melden sich alle Gläubiger, um — an dem Funderlohn teilzunehmen. Armer Funder!

Verloren gegangen ist am Montagabend zwischen 7 und 8 Uhr auf dem Wege von Charlottenburg, Bismarckstr. 55, bis zum Bahnhof Friedrichstraße, Schiffbauerdamm, ein Lederetui mit 970 M. Inhalt. Das Geld bestand aus einigen Hundert-, Fünzig- und Zehnmarkstücken. Der ehrliche Funder wird höflich gebeten, das Geld abzugeben, da es sich um einen Hausdiener handelt, der das Geld auf seiner Tour einlieferte hatte und dafür hauptsächlich ist. Abgegeben bei Heise, Schmstr. 5.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln (Nizdorf).

Ungeheures und rigoros wirkende Maßnahmen übt die hiesige Steuerbehörde auf solche Steuererhebungen, deren Steuerrückstände sich auf länger als auf das letzte Vierteljahr erstrecken. In mehreren Fällen ist es vorgekommen, daß Personen, die infolge ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse mit ihren Steuerbeiträgen längere Zeit in Rückstand gekommen sind, durch die Vollstreckungsbehörde der städtischen Steuerkasse der ganze Wochenlohn beschlagnahmt worden ist. Eine solche Praxis der Steuerbehörde ist ungesetzlich und bedeutet zugleich eine materielle Schädigung nicht nur des betr. Rezenten, sondern auch die Herbeiführung eines Ruinandes über dessen Familie. Und es scheint, als ob die Steuerbehörde jeder Verletzung über ihr ungesetzliches Vorgehen bar ist, denn sonst hätte sie aus einer bereits vor längerer Zeit an sie gerichteten Eingabe eines solchen Rezenten die nötigen Konsequenzen ziehen müssen. Statt dessen hat sie noch nicht einmal eine Antwort auf jene Eingabe erteilt. Vor uns liegt ein neuer Fall; wieder ist die Steuerbehörde in nachfolgendem Schreiben auf das Unrecht ihres Vorgehens aufmerksam gemacht worden:

Neukölln bei Berlin, den 18. März 1912.

An den Magistrat der Stadt Neukölln
zu Händen des Herrn Stadtrat Allert.

Am 14. März d. J. ist der Firma Woch u. Freitag, Aktien-gesellschaft in Berlin, Bernburger Str. 14, seitens der städtischen Steuerkasse, Vollstreckungsbehörde — Zehlfeste VI, Bez. 21, Nr. 1892 — ein Zahlungserbot und Ueberweisungsbescheid zugestellt worden, nach welchem wegen der Gesamtschuld des Gemeinrentners Johann F. aus Neukölln, Richtenrader Str. 14 wohnhaft, im Betrage von zusammen 89,85 M., einschließlich 7,76 M. Kosten des Zwangs Vollstreckungsverfahrens der Arbeitslohn des Schuldners unbeschränkt beschlagnahmt und für die verstrichene Woche auch dem Schuldner in vollem Umfange gekürzt werden. Ich nehme an, daß die Steuerkasse inzwischen in den Besitz des Geldes gelangt sein wird.

Dieses Verfahren, das übrigens, wie mir zur Kenntnis gekommen ist, von der dortigen Vollstreckungsbehörde in einer Anzahl anderer gleichliegender Fälle ebenso gehandhabt wird, ist ungesetzlich. Ich verweise hierbei auf die Bestimmungen in § 850 Ziffer 1 der Zivilprozessordnung und in § 4 Ziffer 2 des Reichsgesetzes vom 1. Juni 1899 (Lohnbeschlagnahmengesetz). Nach diesen Bestimmungen ist unbeschränkte Lohnbeschlagnahme nur zulässig wegen Steuerhinterzügen, die nicht länger als ein Vierteljahr rückständig sind, während wegen älterer Steuerhinterzügen nur derjenige Lohnbetrag beschlagnahmt werden darf, der 1800 M. jährlich — oder 28,85 M. wöchentlich — übersteigt.

Dennoch durften dem Schuldner in der verstrichenen Woche nur 17,40 M., das sind die Steuern für das Quartier Januar bis einschließlich März 1912, gekürzt werden und für die Zukunft nur der 28,85 M. wöchentlich übersteigende Betrag.

Das geschilderte Vorgehen der Vollstreckungsbehörde hätte aber zur Folge, daß dem Steuerhinterzogen für mindestens zwei Wochen überhaupt kein Lohn ausbezahlt werden würde. Die unmittelbare Folge dieses Vorgehens ist gewesen — was ich Herrn F. absolut nicht verzeihen kann —, daß er zunächst seine Beschäftigung, die er mit vieler Mühe nach monatelanger Arbeitslosigkeit erlangt hat, wieder aufgegeben hat. Die weitere Folge dürfte sein, daß Herr F. gezwungen ist, für sich und seine Familie die Armenverwaltung in Anspruch zu nehmen. Das gekennzeichnete Verhalten der dortigen Vollstreckungsbehörde läßt sich, abgesehen davon, daß es gesetzwidrig ist, auch vom Standpunkt der sozialen Fürsorge einer Großstadt nicht billigen.

Ich erlaube ergebnislos, den zuviel eingezogenen Betrag Herrn F. sofort auszugeben, außerdem die in Frage kommenden Beamten anzupöbeln, daß sie sich mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut machen und nach denselben verfahren.

Ferner erwarte ich eine Antwort auf meine Beschwerde, die mir in früheren Beschwerdeböfen, die ich namens der Betroffenen eingereicht habe, nicht erteilt worden ist.

Herr F. hat mich zur Beschwerde bevollmächtigt.

G. Freier,

Neukölln, Münchener Str. 16.

Die Stadt Berlin hat seinerzeit dieselbe Praxis zu üben gesucht, sie ist jedoch, nachdem sie auf das Ungeheuliche ihres Vorgehens aufmerksam gemacht wurde, bald zu einer den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Handhabung zurückgekehrt.

Ist die Neuköllner Steuerbehörde den haren Bestimmungen des Gesetzes gegenüber taub, oder zwingen sie die außerordentlich prekären Finanzverhältnisse schon zu ungesetzlichen Maßnahmen. Wäre letzteres der Fall, so wäre es an der Zeit, daß die Stadtverordnetenversammlung Mittel und Wege sucht, um die Finanzen Neuköllns zu sanieren.

Reinickendorf.

Die Beratung des diesjährigen Etatvoranschlags stand als einziger Punkt auf der Tagesordnung der letzten Gemeindevertreterversammlung. Eingeleitet wurde sie durch eine dem wackeligen Elemente des Bürgermeisters mit dem untergeleiteten Text: „Wir haben kein Geld, wir haben kein Geld und hätten's doch so nötig.“ Leider ist es wieder einmal notwendig, die extra-abwerfenden Steuern (Einkommen-, Gewerbe- und Grund- und Gebäudesteuern) zu erhöhen, ohne daß es möglich wäre, den massenhaft andrängenden neuen Anforderungen gerecht zu werden. Nur das Notdürftigste konnte berücksichtigt, viel Wünschenswertes mußte zurückgestellt werden. Da sich unter diesen leider auch so ziemlich alles befand, was unsere Genossen wiederholt im Laufe der Jahre gefordert hatten und was seinerzeit auch von der Mehrheit der Gemeindevertretung als dringender erforderlich erklärt worden war, konnte die Kritik unserer Genossen, in deren Auftrag Genosse Köhn sprach, nicht sanft aus-

fallen. Der mangelnde Fürsorge für die Bedürfnisse der ärmeren Volksschichten stehe gegenüber im großen Gegenlage die liebevolle Rücksichtnahme auf Wünsche und Forderungen der besitzenden Klasse. Von den bürgerlichen Mitgliedern der Gemeindevertretung war es daher ganz selbstverständlich, daß sie sowohl in der Generaldiskussion, als auch später bei der Beratung der Einzelrats so gut wie gar nicht das Wort nahmen. Sie mußten ihre Interessen beim Gemeindevorstand gut aufgehoben und überließen daher diesem die Diskussion mit den sozialdemokratischen „Drängern und Mörglern“. Sie schienen darüber einig geworden zu sein, so schnell als möglich über die für sie stets so unangenehme Situation hinwegzukommen.

Bei der Beratung des Etats der Amis- und Gemeindeverwaltung wurde auf Antrag der Finanzkommission beschlossen, die Weiterzahlung des „Vierzeittelgeldes“ an die evangelische Kirchengemeinde einzustellen. Die Beratung dieses Antrages gab Anlaß zu einer unserer hiesigen Gemeindeverwaltung charakterisierenden Szene. Genosse Köhn hatte für Annahme dieses Antrages plädiert. Die Mehrheit der Gemeindevertretung, die sich der Konsequenz des Antrages wohl kaum bewußt war, wußte nicht recht, wie sie stimmen sollte. Da erklärte der Fabrikbesitzer Weder: „Meine Herren, nehmen Sie den Antrag an, ich habe ihn gestellt und nicht die da“ (mit einer bezeichnenden Handbewegung über seine Schulter nach unseren Genossen deutend). Er bestätigte damit, daß die Mehrheit der Gemeindevertretung sich gar keine Mühe gibt, Anträge unserer Genossen auf ihre sachliche Berechtigung zu prüfen, sondern schon so gedreht ist, sie ohne weiteres abzulehnen. Das gibt allerdings die Erklärung für so manche unerklärlichen Wechselläufe. Der Etatstitel, der in Einnahme mit 88 550 (im Vorjahre mit 94 000) M. und in Ausgabe mit 440 550 (413 000) M. abschließt und mithin einen Zuschuß von 352 000 M. erfordert, wurde genehmigt. Der Etat der Grundstücksverwaltung schließt mit einer Einnahme von 108 500 (831 000) M. und einer Ausgabe von 280 800 (381 000) M. ab, erfordert mithin einen Zuschuß von 172 300 M. Beim Etat der „Schulverwaltung“ stand mit zur Beratung ein Antrag der Volksschullehrer. Sie forderten die Erhöhung der Ortszulagen von 900 auf 750 M., also noch um 150 M. weniger, als ihre Berliner Kollegen und die vieler anderer Berliner Vororte. Nur 11 000 M. Mehrausgaben pro Jahr hätte die Erfüllung dieser Wünsche beansprucht; aber abgesehen von allen Bürgerlichen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Einem ganz gleichen Schicksal erlag der Antrag unserer Genossen auf Einstellung von Mitteln zur Errichtung der Pflichtfortbildungsschule, deren Statut bereits vor zwei Jahren beschloffen wurde. Von unseren Genossen Dominik und Dhl wurde der Antrag aufs eingehendste begründet. Die Ausrede von den fehlenden Mitteln entkräfteten sie durch den Hinweis auf die geradezu ungeheuerlichen Aufwendungen für die noch nicht 400 Schüler des Realgymnasiums; betragen doch hier die Ausgaben für jeden Schüler 24,47 M. pro Jahr, gegen etwa 100 M. für jedes der Volksschule besuchende Proletarierkind. Diese Differenzen wären nur zu rechtfertigen, wenn nicht die Kinder einer bevorrechteten Klasse, sondern die befähigteren unter den die Volksschulen besuchenden Kindern aus dem Gymnasium kämen. Während seinerzeit bei Begründung der höheren Schule die Regierung davon abgeraten habe und von vornherein erklärte, keine Zuschüsse dafür leisten zu wollen, wurde dies Gymnasium doch begründet; jetzt aber dränge die Regierung auf Errichtung der Fortbildungsschule. Sie stellt erhebliche Zuschüsse in Aussicht, und doch sträube sich der Gemeindevorstand gegen ihre Errichtung. Es waren so ziemlich die ältesten Väter, die der Bürgermeister Wilke und der Beigeordnete Reichhelm als Entgegnung hierauf hervorkamen. Die Vorstehenden bezahlten die meisten Steuern, es sei daher berechtigt sie vor den ärmeren, nicht so viel Steuern zahlenden Bevölkerungsklassen zu bevorzugen. Und Herr Weder gab wieder eine Probe seiner nationalökonomischen Kenntnisse, indem er erklärte, die Kosten des Gymnasiums würden geringer, wenn die Gemeinde gezwungen sein wird, mehr Volksschulen zu bauen. Na, gegen solche — Weisheit kämpfen selbst die Götter vergebens. Genosse Dhl wies nur noch darauf hin, daß die Vorstehenden zwar höhere Steuern zahlen, aber aus der Tasche der Nichtbestehenden, wobei nicht denn der Wohlstand der Fabrikanten, der Grundbesitzer usw., kurz aller Bestehenden. Ganz begrifflich sei ihm ja die Sorge vor jeder etwa zu weit gehenden Möglichkeit des Verlustes des Gymnasiums seitens der Proletarierkinder, denn noch immer sei der dümmste Arbeiter den Vorstehenden der Liebe. Verblüffend war die Behauptung des Beigeordneten Reichhelm, daß die Sozialdemokraten an den unelendlichen Zuständen in Reinickendorf schuld seien, denn sie haben nicht dafür gesorgt, daß die feinerzeit stattfindenden großen Versammlungen statt mit der Wohnungspolizei und dem Zweierverband, sich mit dem Schullehrer Groß-Verlins beschäftigen. Diese Idee ist einfach genial. Der Etat selbst wurde angenommen. Er schließt bei der Volksschule in Einnahme mit 77 600 M. (71 000 M.), in Ausgabe mit 579 000 M. (522 000 M.), beim Gymnasium mit 62 900 M. (40 500 M.) in Einnahme und 142 000 M. (127 550 M.) in Ausgabe und mit einem Zuschuß von 2000 M. an die private höhere Mädchenschule. Es betragen somit die gesamten Einnahmen der Schulverwaltung 180 500 M. (111 500 M.) und die Ausgaben 729 000 M. (650 000 M.), so daß ein Zuschuß von 548 500 M. (538 500 M.) durch Steuern zu decken sind, das sind 222 Prozent des staatlich veranlagten Einkommensteuersolls.

Trebbin (Kreis Teltow).
In der Stadtverordnetenversammlung wurde nach 4 1/2 stündiger Beratung der Rammereikassenetat mit 18 gegen die 4 Stimmen unserer Genossen angenommen. Der Etat balanciert mit 110 000 M. Für die Badeanstalt in der neuen Schule sind 200 M. eingestellt. In der Zeit vom 27. Januar bis zum 31. Dezember 1911 wurden 572 Bannen- und 195 Brausebäder genommen. Vereinnahmt wurden dafür 334,75 M. Es wurde vorgeschlagen, Abonnementkarten einzuführen und für Bannenbäder 30 Pf., für Brausebäder 15 Pf. zu erheben. Der Bürgermeister glaubt, daß diesem Wunsche Rechnung getragen werden kann, weil man sich mit dem sonderbaren Gedanken trägt, die Bannenbäder in zwei Klassen zu scheiden. Die Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes fand schon in der Etatsberatungskommission keine Mehrheit. Genosse Richter nahm Gelegenheit, dem Herrn wieder einmal unsere Auffassung über diese reaktionäre Gebührenherabsetzung darzulegen. Es kam dabei auch zur Sprache, daß dem Arbeiterturnverein „Vorwärts“ in zwei Instanzen abgelehnt worden sei, daß die Behauptung, es handle sich um einen politischen Verein, unzutreffend ist. Hierauf wurden gegen die 4 Stimmen unserer Genossen folgende Steuerzuschläge festgesetzt: Einkommensteuer 160 Proz., Gewerbesteuer 180 Proz., Betriebssteuer 100 Proz., Grundwertsteuer 2 Promille. Genosse Richter hatte auch noch die Abhebung der Betriebssteuer beantragt, das wurde aber, wie schon früher, abgelehnt.

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. Zur Einrichtung von Zeichentafeln in der zweiten und dritten Gemeindegemeinschaft wurden die erforderlichen Mittel bewilligt. Hierauf wurde die Aufhebung der Amtskautionen für die Gemeindebeamten beschlossen. Die Abrechnung über den Kartoffelverkauf weist eine Einnahme von 7176 M. und eine Ausgabe von 7280,90 M. auf. Die Entleerung der Wald- und Hermannstraße soll energig durchgeführt werden. Die Entschädigungsumme beträgt für die Waldstraße 61 061,50 M., für die Hermannstraße 12 875 M. Der freiwilligen Feuerwehr wurde die Genehmigung zum Anbringen einer Sirene auf dem Schulhause in der Klantenburger Straße erteilt.

Königs-Wusterhausen-Storkow-Weeslow.

Durch mangelnde Verkehrsmöglichkeit auf der Eisenbahn Königs-Wusterhausen-Storkow-Weeslow werden, wie aus einer an uns gelangten Zuschrift ersichtlich ist, über hundert in Wäldern beschäftigte, aber dort nicht wohnende Arbeiter seit Jahren zu furchenlangen Insuperanteilen gequält. Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Warten beurteilt. Auf dieser Strecke kommt früh 1/2 Uhr ein Zug in Königs-Wusterhausen an, der nächste trifft aber erst um 1/8 Uhr dort ein. Da die Arbeiter nun in Wäldern um 7 Uhr auf der Arbeitsstelle sein müssen, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als den Zug um 1/8 Uhr zu benutzen. Dadurch werden sie gezwungen, ihre Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen und außerdem müssen sie sich noch Schlafzeit um 7 Uhr herumdrücken. Abends ist es dasselbe. Um 1/8 Uhr ist Feierabend, 8 1/2 Uhr können sie aber erst den nächsten Zug benutzen; es bliebe noch die Möglichkeit für die Arbeiter, die Zeit nutzlosen Wartens durch die Heimfahrt per Rad zu nutzen. Doch bei den unbedingten Witterungsverhältnissen ist ihnen letzteres unmöglich; sie werden daher um die Möglichkeit gebracht, 2 1/4 Stunden mit ihrer Familie zusammen zu sein. Eingaben um eine günstigere Verlegung der Züge sind, wie man uns mitteilt, von der Eisenbahndirektion abschlägig beschieden worden. Mit dem in Weeslow bestehenden Verkehrsverein ist die Eisenbahndirektion zwecks besserer Verkehrsverhältnisse in Verbindung getreten und ist auch dessen Wünschen entgegen zu werden. Kann die königliche Eisenbahndirektion den zahlreichen Arbeitern nicht ein gleiches Entgegenkommen beweisen, wie einigen vermögenden Herrschaften, die die Bahn weit seltener wie diese benutzen und daher die ungünstige Verkehrsmöglichkeit weniger hart empfinden?

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Da die Beratungen des Etats noch nicht zum Abschluß gebracht wurden, ist die Festlegung der Steuerzuschläge von der Tagesordnung abgesetzt. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, bis zu drei Jahren der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdieneralter bei den Sekretären aus dem Militär-anwärterstande anzuzunehmen; Anträge auf Ausdehnung dieser Vergünstigung auf die Bureauassistenten wurden abgelehnt. Festgelegt wurden die Etats: Bauwesen, Einnahme 50 900 M., Ausgabe 109 400 M.; Gartenverwaltung, Einnahme 485 M., Ausgabe 31 745 M. Stadtv. Herrmann beantragte die Uebertragbarkeit der einzelnen Positionen eines Titels (20 000 M.) zu streichen. Die Versammlung lehnte dies ab; sie hofft, daß der Rechnungsprüfungsausschuß auf die Ueberstreichung von Posten wachen wird. Witte's Schulen, Einnahme 80 270 M., Ausgabe 149 780 M. Bei der Mädchenmittelschule (Charlottenhufe) ist ein Ausfall von 3400 M. an Schulgeld gegen das Vorjahr. Vermögensverwaltung, Einnahme 348 500 M., Ausgabe 282 500 M.

Vom Kaufmanns- und Gewerbegericht. Beim Kaufmannsgericht wurden im Jahre 1911 82 Klagen anhängig gemacht, und zwar von Kaufleuten gegen Handlungsgehilfen eine, und von Handlungsgehilfen gegen Kaufleute 31. Der niedrigste Streitwert betrug 21 M., der höchste 37,90 M. Im ganzen haben 44 mündliche Verhandlungen stattgefunden, und zwar vor dem Vorsitzenden allein an 12 Sitzungstagen 15, vor dem besetzten Gericht an 10 Sitzungstagen 29. Beim Gewerbegericht wurden 88 Klagen anhängig gemacht, und zwar betrafen 12 Klagen Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer und 76 Klagen Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber. Die Höhe des Streitobjektes betrug 80 mal bis einschl. 20 M., 27 mal von 20—50 M., 21 mal von 50—100 M. und 9 mal mehr als 100 M. Der niedrigste Streitwert betrug 8,35 M., der höchste 894,44 M. Das Verfahren bei den erledigten 85 Klagen dauerte weniger als 1 Woche in 63 Fällen, 1—2 Wochen in 15 Fällen, 2—4 Wochen in 5 Fällen und 1—3 Monat in 8 Fällen. Im ganzen haben 117 mündliche Verhandlungen stattgefunden, und zwar vor dem Vorsitzenden allein an 13 Sitzungstagen 30, vor dem besetzten Gericht an 31 Sitzungstagen 87 Verhandlungen. In 29 Fällen betrafen die Klagen rückständigen Lohn und in 57 Fällen Entschädigung wegen vorzeitiger Kündigung des Dienstverhältnisses.

Rede und Diskussion. „Wald“ 8 1/2 Uhr, bei Reichardt, Köppler Str. 59; Sitzung. Vortrag. Gäste willkommen. Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Bismarck-Schwedeb.-Krossen-Sommerfeld. (Ordnung Berlin.) Mittwoch, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Heyner, Kopenstraße 47. Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

— M. W. 74. Anteilig ja. — Koch 21. Nicht sich nach der Landesgesetzgebung für Hessen. Fragen Sie beim „Reichlichen Volksfreund“ in Darmstadt, Bismarckstr. 10, an. — Rig. 3. Darüber bestimmt das Gesetz. Einen Anspruch auf Bestellung zum Vorwand haben Sie nicht. — Kluge. Der Kauf ist rechtsverbindlich. In der Anzeige können wir nicht raten. — Sprengel 4. Nur auf Anfrage sind Sie zu der Angabe verpflichtet. — M. W. 10. Ihr Antrag erscheint begründet. Klage beim Amtsgericht Köpenick. — W. J. 111. Sie sind noch zahlungspflichtig. Der damalige Artikel behandelte die Frage der Lohnpländung. — S. J. 1012. Sie sind für Ihre Behauptung demselbständig und können sich auf Zeugnis der Kindesmutter beziehen. — G. 18. Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — M. R. 110. Nein.

Persil

für
Kinderwäsche

(Wichtig - lesen!)

Das selbsttätige Waschmittel.

Unentbehrlich für jeden kinderreichen Haushalt. Vereinfacht und erleichtert das tägliche Waschen der Säuglingswäsche, macht sie

geruchfrei
und schneeweiß, selbst wenn vorher stark vergilbt. Bestes Desinfektionsmittel bei Krankheiten.

Erprobt u. gelobt!

Nur in Originalpaketen, niemals lose.

HENKEL & CO., DÜSSELDORF.

Alleinige Fabrikanten auch der beliebtesten

Henkels Bleich-Soda

Verkaufsstellen durch Plakate erkennlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte:
Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.